Antifaschistisches INFO Blatt

11

Mai/Juni '90 • 3.-- DM

Schaut nicht weg! Wehrt euch! greift ein!

Inhalt :

Antifaschistisches Infoblatt Nr. 11



V. i. S. d. P.

und Kontaktadresse:

L. Meyer
Gneisenaustraße 2a
1000 Berlin 61



Für eine revolutionäre antifaschistische Bewegung!

Antifa-Infos im ABO

Das Antifa-Info ist natürlich auch im **Abonnement** zu beziehen. Dies geht folgendermaßen vor sich: ihr schreibt uns eine Karte (oder füllt die Abo/Bestell-Karte aus, sollte sie in diesem Heft irgendwo zu finden sein), auf der steht ab welcher Ausgabe ihr das Info beziehen wollt. Wenn ihr die Karte dann in einen Briefumschlag steckt und die passende Knete gleich dazupackt, kann eigentlich nichts mehr schief gehen. Solltet ihr uns das Geld lieber überweisen wollen, so ist auch dies kein Problem: wir teilen euch auf Anfrage mit, wohin die Knete überwiesen werden kann. Noch eins: wir schicken nur noch Abos raus, wenn sie bezahlt sind — also Cash **im Voraus**.

Ein **Einzelabo** geht über **5 Ausgaben** und kostet **25,— DM**. Darin ist das Porto für den Versand bereits enthalten. Für Menschen, die mehrere Exemplare bestellen, für WeiterverkäuferInnen, Infoläden, Buchläden etc. gibt es ab jetzt bessere Konditionen, also sowas wie Rabatt. Sollte die oben erwähnte Abo/Bestell-Karte in dieser Ausgabe noch nicht drin sein, könnt ihr die Bedingungen bei uns erfragen.

Zeitungmachen kostet Geld. Damit wir den Preis (3,—) pro Heft halten können, sind wir auf AbonnentInnen angewiesen. Wir freuen uns über jedes Förderabo, das über die 25,— DM hinausgeht. Ihr unterstützt damit unsere Antifa-Arbeit und das Erscheinen dieses Infos.

Zum Schwerpunktthema DDR im letzten Antifa-Info haben wir eine Sonderbeilage erstellt, die bestellt werden kann.

Es geht um die Geschichte der DDR, auf die wir aus Platzgründen im letzten Info nicht eingehen konnten. Wir halten eine gründlichere Betrachtung dieser Geschichte aber für notwendig, um politisch zu den Entwicklungen in der DDR Stellung zu beziehen. Die Beilage besteht aus einem fotokopierten Artikel zur Geschichte der SED aus der Zeitschrift 'Arbeiterpolitik'. Dem folgen Beiträge von Isaac Deutscher, die er 1945 verfaßt hat. Das Material kostet 2.— DM incl. Porto.

Liebe FreundInnen, GenossInnen, Antifas

Die 90iger Jahre haben mit einer explosionsartigen Rechtsentwicklung in der BRD und in der DDR begonnen. Die seit der Bonner Wende verfolgte Propagierung einer»Nationalen Identität der Deutschen« trägt ihre Früchte. Ein von Vielen schon totgeglaubter Nationalismus feiert seine Auferstehung. Die Erinnerung an die Geschichte, wie eng Nationalismus, Rassismus und Faschismus in Deutschland miteinander verknüpft sind wird von einem nationalen Mediengetrommel in den Hintergrund gerückt. Die Herrschenden der BRD bedienen sich vermehrt der von Faschisten entwickelten Politikkonzepte, Argumentationshilfen und Begriffe. So beispielsweise wenn das Ziel des dritten Anlaufs zur »Neuordnung Europas« in diesem Jahrhundert mit einem »Europa freier Völker« von Faschisten und vom bestimmenden Teil der CDU/CSU umschrieben wird. Gegen die heutige großdeutsche Politik in den Fußstapfen Bismarks und Hitlers, 45 Jahre nach der militärischen Niederlage des Nazi-Faschismus, wird für den 8.Mai dieses Jahres in beiden Teilen Berlins zu Aktionen aufgerufen.

Die ideologische Vorarbeit zur Rechtsentwicklung haben die Theoretiker der 'Neuen Rechten' geleistet. Die Grenzen zwischen den Aussagen dieser Professoren, Doktoren, Journalisten und Politiker, ob konservativ oder faschistisch sind schwer auszumachen. Seit Jahren findet hinter den Kulissen der großen Politik eine intensive Austausch statt, in der die alten deutschen Herrschaftskonzepte und besonders die der Nazis, aufgearbeitet und für die heutige Zeit aktualisiert werden. Wesentliche Kernsätze und Parolen der 'Neuen Rechten' haben Einzug in die vorherrschende Politik gefunden. Die Bonner Regierung setzt auf ein verschärftes rassistisches Ausländergesetz, daß am 27.April im Bundestag verabschiedet werden soll. Und wie aus einem Lehrbuch der 'Neuen Rechten' wirbt Innenminister Schäuble für das neue Gesetz damit, daß das Selbstverständnis der »Nationalen Identität der Deutschen« ausländerfreundlich sei — in einem »Europa der freien Völker«.

Mit bevölkerungspolitischen bis religiösen Argumenten versuchen sich die sog.»Lebensschützer«, ein Sammelbecken von faschistischen bis konservativen Strömungen, den Zugriff auf den Körper von Frauen zu sichern. Ihr Angriff richtet sich zunehmend gegen die vergleichsweise liberale Abtreibungsregelung in der DDR. Sie halten Vorträge auf Seminaren der Studienzentren von CDU/CSU, bei verschiedenen faschistischen Organisationen und treten vor Allem in kirchlichen Kreisen auf, um ihre Propaganda gegen die Abtreibung zu verbreiten.

Auf den Straßen wird die offizielle Politik von einem enormen Anstieg rassistischer und sexistischer Gewalt begleitet. »Nichtdeutsche« werden überfallen — das letzte bekanntgewordene Todesopfer war der pakistanische Student Mahmut Ahzar. Er starb Anfang März an den Folgen eines Überfalls durch einen DDR-Bürger, der bei dem Angriff »Deutschland den Deutschen« schrie. Die militanten Nazis rekrutieren besonders in der DDR neue Mitglieder und organisieren die Gewalt gegen AntifaschistInnen, Linke, EmigrantInnen und in letzter Zeit verstärkt gegen Frauen. Aufmärsche von Faschisten haben in Frankfurt, gleich dreimal in Hamburg, in Westberlin, mehrfach in Leipzig und einigen anderen Städten stattgefunden. Als Schläger- und Terrorgruppen, die gegen die dem Staat unbequemen Menschen vorgehen, werden sie von den Behörden geduldet und geschützt. Wir lassen uns davon nicht einschüchtern, auch nicht von den mehreren hundert Festnahmen und Ermittlungsverfahren, mit der die Westberliner Polizei AntifaschistInnen verfolgt.

*• Anfang April haben Antifa-Gruppen in Westberlin die Kampagne **»Den Antifaschistischen Selbstschutz organisieren«** wieder aufgenommen. Im Antifa-Info Nr.8 sind die Erfahrungen des antifaschistischem Selbstschutzes aus dem letzten Jahr nachzulesen und das Antifa-Jugendinfo hat sich in seiner Ausgabe Nr. 35 schwerpunktmäßig mit dem Thema beschäftigt.*

*• Das **Antifasist Haber Bülteni** ist zum zweiten Mal erschienen (siehe Inhaltsangabe auf Seite 32). Eine eigenständige Redaktionsgruppe von GenossInnen aus der **ANTIFA-Hamburg** geben zum ersten Mal einen eigenen Lokalteil des Antifa-Infos heraus, mehr dazu auf Seite 23.*

red. info

Inhalt



Das was vor Jahren noch als nationalistische Politik in faschistischer Tradition von einer breiten Öffentlichkeit gebrandmarkt worden wäre, ist heute zum Bestandteil der herrschenden Politik in der BRD und Westberlin geworden. Helmut Kohl hat bis heute nicht die Oder/Neiße Linie als Polens Westgrenze anerkannt und erhebt Ansprüche auf die Interessensvertretung der *»deutschstämmigen«* Bevölkerung in den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches. Diese Politik setzt mit der Annexion der DDR auf die *»Neuordnung Europas«* und seiner Grenzen mit einem starken Großdeutschland als Führungsmacht.

Vorwärts...

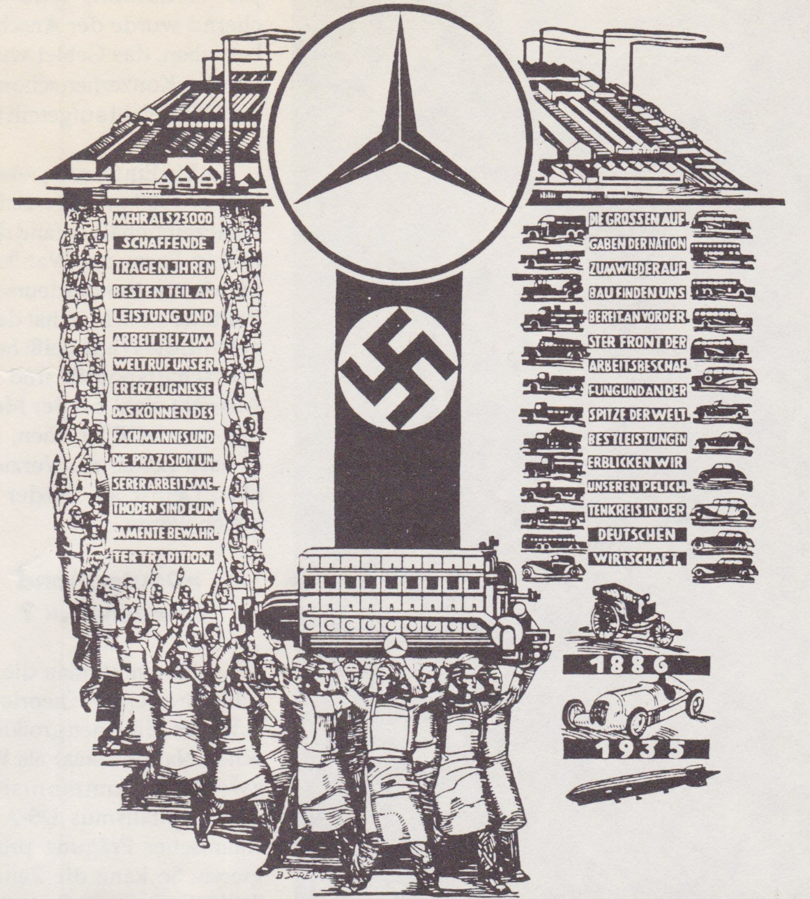
...in die Vergangenheit

■ *»Noch ist über die Zukunft Breslaus* (Wroclav-Polen, Red.) *in in einem Europa freier Völker nicht entschieden«* . Diese Vision, die 1985 für uns noch schwer vorstellbar gewesen wäre, da es noch einen Block realsozialistischer Staaten gab, drängt heute nach ihrer Umsetzung. Dieser Ausspruch könnte aus den Schriften der 'Neuen Rechten' bzw. den 'nationalrevolutionären' Faschisten stammen, gebracht hat in Helmut Kohl auf dem Schlesiertreffen vor fünf Jahren mit dem Motto - *»Schlesien bleibt unsere Zukunft«* .

Die Rede ist hier von einem »Europa freier Völker«, einer Parole, die durchgängig von der faschistischen 'Nationalistischen Front' (NF), über die 'Jungen Nationaldemokraten' (JN) bis zur CDU/CSU gebraucht wird. Gemeint ist bei allen eine *»Neuordnung Europas«* und damit die Ausdehnung der deutschen Grenzen nach Osten. Die konservative Regierung ist zu den Traditionslinien deutsch-nationaler Politik zurückgekehrt, wie es u.a. bereits 1895 vom 'Alldeutschen Verband' formuliert worden ist: *»Nach Süd-Osten und Osten sind der Entwicklung der Deutschtums natürliche Grenzen nicht gesteckt«*.

Der bundesdeutschen Industrie und den Banken wird von der Regierungspolitik das verlockende Angebot zur *»Erschließung neuen Wirtschaftsraums«* im Osten mit einem starken Nationalstaat, bei gleichzeitigem Fall der Handels- und Produktionsbeschränkungen in Westeuropa gemacht.

Die nationalistische Politik des regierenden Stahlhelmflügels der Union und der 'Republikaner' empfehlen sich dem Großkapital weiterhin u.a. durch die Politik des Sozialabbaus, der Beschneidung politischer Rechte, wie aktuell das neue 'Ausländergesetz', dem Ausbau des Polizei- und Repressionsapparates, einer



»Die Welt ist in Bewegung, Osteuropa wird jetzt aufgeteilt. Wer nicht dabei ist, der verliert«

VW-Chef **Hahn**

Familienplanung zur Bewahrung der *»Keimzelle der Gesellschaft«* bei notwendiger Zurückdrängung von Frauenrechten auf Selbstbestimmung des Lebens.

Kurzum alles, was durch die Niederlage des Faschismus am 8.Mai 1945 gestoppt worden war, soll in der Politik wieder möglich sein. Alles was heute dem Ziel dient den Menschen verfügbar zu machen als Rädchen im Getriebe, kontrollierbar und abhängig, soll wieder Anwendung finden können. Auch vor der Anwendung modernisierter faschistischer Politikkonzepte wird nicht zurückgeschreckt, wenn sie der Verbreitung *»deutscher Werte«* wie Ordnung, Fleiß und Disziplin — nach Oben Buckeln und nach Unten Treten, dienen.

Die Wegbereiter

Die Vorarbeit dazu haben jahrelang die Theoretiker der 'Neuen Rechten'(siehe Artikel) geleistet und deren Strategien und Inhalte haben seit der Bonner Wende Einfluß auf die Politik der BRD gewonnen. So griffen Kohl, Strauß und andere Unionspolitiker, die von Neu Rechten Ideologen, wie Armin Mohler und Hellmut Diwald geprägten Worte von der Überwindung Hitlers auf.

Das heißt im Klartext, die Erfahrungen, daß der deutsche Nationalismus die Nazis hervorgebracht hat, zwei Weltkriege angezettelt und verloren hat sollen kein Hemmschuh mehr sein diesen Nationalismus wiederzubeleben — die als nützlich erachteten Konzepte der Nazis sollen wieder Anwendung finden können.

Hitler ist in dieser Geschichtsbetrachtung ein Unfall, ein Kriegs-Verlierer, der die Teilung Deutschlands herbeigeführt hat. Die Bonner Wendepolitiker setzten auf die Wiederbelebung des deutschen Nationalismus und bedienten sich dazu aus den Theorien der 'Neuen Rechten'.

Konjunktur erfuhren Begriffe, wie 'Nationale Identität', die noch in den siebziger Jahren, fast ausschließlich von faschistischen Gruppen benutzt worden sind. Das Thema einer *»deutschen Identität«*, sprich Nationalbewußtsein, fand 1985 Eingang in das Programm der Bundeszentrale für politische Bildung — in zahllosen Politikerreden und Zeitungskommentaren wurde das Thema ausgewalzt und langsam verbreiterte sich diese Ideologie — Dummheit — in breiteren Kreisen der Gesellschaft.

Nutznießer dieser Politik waren die 'Republikaner', doch die Union rückt auf, verschärft das Tempo der Rechtsentwicklung, so daß die Reps heute schon den Anschluß Österreichs und des Sudetenlandes fordern, die Grenzen von 1938,



DDR-Faschos

um sich noch zu unterscheiden. FDP und SPD versuchen sich als die besseren Vertreter der Nation zu profilieren und halten Anschluß zum Zug nach Rechts.

Der »moderne« großdeutsche Plan?

Auf der Westberliner Demonstration *»Gegen den Nationalen Taumel«* wurde gesagt, daß die Armeen des modernen Großdeutschland heute nicht das Heer oder die Flotte sind, sondern die Wirtschaftspolitik und die Massenmedien.

In der Tat, die ständige Berieselung durch die Massenmedien mit der Frage der deutschen Einheit seit Anfang 1989 in einer Kampagne, die die Massenflucht der DDR'lerInnen über Ungarn und Polen begleitete, noch vor den großen Demonstrationen und der Wende in der DDR, der Eindruck, der erweckt wird, daß *»deutsche Einheit«* nun selbstverständlich auch einen deutschen Nationalismus nötig hat und das dieser mit dem alten Nationalismus nichts mehr gemein habe, sind ein Gehirnwäscheprogramm.

Jedem Menschen, dem bei diesem Thema Auschwitz, Treblinka, Rassenstolz, Volksgemeinschaft einfällt, der die Tatsache benennt, daß die Nazis 1933 nicht vom Himmel gefallen sind, sondern eine Folge des deutschen Nationalismus waren und auf die Gefahr der heutigen Entwicklung hinweisen wird in der BRD versucht ein Jagdschein zu verpassen.

Viele Menschen sind heute noch verwirrt, das Denken kommt mit der Geschwindigkeit der Ereignisse um die deutsche Einheit nicht mehr mit. Das schon lange wieder geschürte Nationalgefühl der Westdeutschen, erhält durch die von der Mehrheit der DDR Bevölkerung gewollte Annexion durch die BRD Wirtschaft, Politik und Medien neuen Nährboden.

Die Bereitschaft der DDR Bevölkerung sich einverleiben zu lassen wurde in einer gezielten Medienkampagne gefördert. Erst wurde die DDR sturmreif geschossen, alles Positive was nach der DDR Wende möglich gewesen wäre zur Utopie verdammt, wild wuchernd wurde der Anschluß betrieben, das Gebiet wurde von den Konzernen schon vor der DDR Wahl aufgeteilt und besetzt.

Ein Einmarsch, wie der Hitlers 1938 in Österreich ist nicht zeitgemäß, er fand diesmal in Form der Wahlkampfauftritte bundesdeutscher Politiker statt. Man hat dazugelernt, die Waffe heißt heute Wirtschaftspolitik und die Aussicht zieht bei der Mehrheit der DDR'lerInnen, daß es nach Zeiten des Verzichts allen Deutschen wieder gut gehen werde.

»Deutschland erwache...« ?

Jubeln können die Faschisten mit ihrer Theorie des '3.Weges', die einen großdeutschen Nationalstaat als Weg zwischen Kommunismus und Kapitalismus US-Amerikanischer Prägung propagieren. So kann die Zeitung 'Junge Freiheit' ein Fortschreiten *»nationalistischer Tendenzen jenseits von Rechts und Links«* feststellen und jubelt über den Nationalismus in der SPD. Aus ihrer Sicht beeinflußt jede Betonung und *»Bekenntnis zur Nation, das Meinungsbild«* in ihrem Sinne.

Mit Befriedigung werden die Kommentare Rudolf Augsteins in den Spiegel Ausgaben seit November 89 als *»Bekenntnis zum Nationalismus«* wahrgenommen und die Zeitung 'Europa Vorn' von Januar 1990 berichtet über die internen Auseinandersetzungen darüber in der Spiegel Redaktion.

Diese Blätter sehen ihre Theorien von einer möglichen völkischen Neuordnung in Europa angesichts der Nationalitätenkonflikte in Osteuropa und dem Prozeß der deutschen Einheit bestätigt. Genauestens werden die Prozesse in Osteuropa z.B. von Wolfgang Strauss wahrgenommen, nach dem in einem Aufstand das *»letzte Kolonialreich Sowjetunion«* hinweggefegt werden soll.

Der Rückfall in einen Nationalismus der Pogrome und *»los von Moskau«* Bewegungen, in Aserbaidschan und Armenien, in den baltischen Republiken der

Ukraine, in Weißrussland und anderswo werden gefeiert als Rückbesinnung auf den Nationalismus, der eine Großmacht Deutschland wieder möglich macht.

Der Widerspruch zu Kohls Politik wird von der 'Neuen Rechten' im Moment darin gesehen, daß er an der Paktgebundenheit mit den USA festhält. Doch sie sehen den Prozeß zur Beendigung der Nachkriegsordnung in die Wege geleitet und erheben die Forderung nach einem neutralen bewaffneten Deutschland, in einem Europa vom Atlantik bis zum Ural.

Mit Genugtuung stellte die 'Junge Freiheit' fest, daß zur Vorlage für das 10 Punkte Programm des Kanzlers zur deutschen Einheit auch Konzepte der *»Nationalrevolutionären Neutralisten«* Wolfgang Venohr und Theodor Schweissfurth benutzt worden seien (s. Art. 'Neue Rechte').

In der Tat sind solche Pläne seit Mitte der fünfziger Jahre von den ideologischen Vorläufern der heutigen 'Neuen Rechten' publiziert worden.

Vorgestellt wurde dieser Plan im Oktober letzten Jahres nicht als erstes von Kohl, sondern eine Woche vorher im Spiegel von seinem *»Berater«* dem ehemaligen Chef der Deutschen Bank und Alfred Herrhausen, dem als ehemaliger Burschenschaftler das Spektrum der 'Neuen Rechten' sicher nicht unbekannt war. Ganz aus *»nationaler Sicht«* fragte sich die Zeitung 'Junge Freiheit', ob Herrhausen, den sie sehr schätzten, nicht deshalb ermordet worden sei, weil er mit Plänen in Verbindung gebracht worden wäre, die *»Wolgadeutschen«* aus der Sowjetunion in *»Nord-Ost Preußen«* anzusiedeln. Wir wissen es nicht.

Wenn heute von den Herrschenden in diesem unseren Lande auf die gleichen Politikkonzepte zurückgegriffen wird, die den Nazi-Faschismus ermöglicht haben, ist das kein Zufall. Die Ideologie des Nationalismus wird gebraucht, um die Menschen verfügbar zu machen. *»das Ungleichgewicht zwischen Leistung und Anspruch«*, daß der *»Sozialstaat«* gefördert habe, müsse beendet werden, um »unsere internationale Konkurrenzfähigkeit zu verbessern« und dazu brauche es mehr *»Gemeinschaftsbewußtsein«*, braucht es *»Nationale Identität«*.

Diese Aufforderung zum Verzicht zugunsten *»nationaler Interessen«* des Kapitals wurde bereits 1983 von dem Kohl Berater Weidenfeld formuliert, der als einer gemäßigten Vertreter des deutschen Nationalismus gilt. Es ist auch kein Zufall,

- daß sich die Angriffe auf *»nichtdeutsche«* Menschen vermehren — geschätze Zahl seit dem letzten Jahr in Westberlin sind 350 Überfälle mit Krankenhausaufenthalt und mindestens zwei Morde mit rassistischem Hintergrund,

- daß der neue alte Nationalismus Polenfeindlich ist und Gebiete Polens für sich beansprucht — zu der Tatsache, daß 8 Millionen Vertriebene in der BRD leben, deren Verbände nie aufgehört haben die alten Grenzen von 1937 bzw. '38 zu fordern kommt der weitverbreitete Rassismus gegenüber den Polen in der DDR und in Westberlin, gegen den Polenmarkt

- daß in Deutschland auf eine nationalistische Begründung die rassistische folgt — die Liste mit den Bekenntnissen von Unionspolitikern zum völkischen Nationalismus ist lang, ob es nun CSU-Stoibers Bemerkungen *» das deutsche Volk «* werde *»durchmischt und durchrasst«* oder die Kampagne *»die Deutschen sterben aus«* ist,

- daß faschistische Parteien und die Nazis in diesem Gesellschaftsklima Zulauf haben und an Bedeutung gewonnen haben, die herrschende Politik weiter nach Rechts zu drücken und ihren Terror auszuüben — die Faschisten werden von der Polizei bedingungslos gegen antifaschistische DemonstrantInnen geschützt, wie in Hamburg als zum Schutz von 180 Nazis der Kühnen Fraktion eine starke Polizeimacht eine Gegendemonstration von 6.000 Menschen angriff.

Der Neue Alte Nationalismus hat 45 Jahre nach Niederschlagung des Faschismus die Neuordnung Europas wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Politikkonzepte der Faschisten sind wieder *»gesellschaftsfähig«* geworden.

Faschismus kommt nicht über Nacht

Der Einfluss, den Faschisten heute in der DDR und BRD haben, kann nicht allein an den Stimmengewinnen der 'Republikaner' und der anderen faschistischen Parteien abgelesen werden. Er muß an seinem tatsächlichen Einfluß auf die vorherrschende Politik in diesem Land gemessen werden, und der ist weitaus größer als an Stimmenzahlen abzulesen ist.

Der verstärkt seit der Wende eingeleitete Prozeß zur Schaffung einer *»nationalen Identität der Deutschen«* trägt seine Früchte in einer im Augenblick rasanten Rechtsentwicklung, die sich auf übergeordnete nationale Interessen beruft. Damit hat eine Entwicklung eingesetzt, die in ihren Grundzügen aus der deutschen Geschichte bekannt ist. Auch wenn heute von den wenigsten Vertretern des deutschen Nationalismus ein neuer Hitler gewünscht wird, weil er nicht mehr zeitgemäß ist, so wird doch viel von dem wieder aufgegriffen was die Nazis stark gemacht hatte.

Zur Durchsetzung des totalen Terrors gegen eine organisierte Arbeiterbewegung und einer militärischen Neuordnung Europas mußten die Nazis nur die Bestandteile des deutschen Nationalismus zusammen sammeln, von ganz rechts bis auch in die Reihen der Arbeiterbewegung. Grundlage dafür war die *»Nationale Frage«*, das scheinbar übergeordnete Interesse der Deutschen, entscheidener als die Unterschiede zwischen arm und reich, Menschenmaterial und Herrscher.

Polenmarkt in Westberlin



Faschismus kommt nicht über Nacht heißt, das die Strategen eines 4.Reiches noch lange nicht gewonnen haben. Gegen diejenigen, die ausgegrenzt werden, wie die als Ausländer bezeichneten, die Frauen deren Rechte bei zu erwartender Arbeitslosigkeit beschnitten werden, die ArbeiterInnen und Angestellten, die zum Verzicht von Oben gezwungen werden.

Die *»Nationale Frage«* dient dazu den Verzicht, die Beschneidung erkämpfter Rechte und die Bekämpfung von sozialen Kämpfen bei den Menschen zu begründen. Sie wird deshalb heute in Deutschland von den Herrschenden gebraucht, weil einiges an Unruhe unter den Menschen bevorsteht.

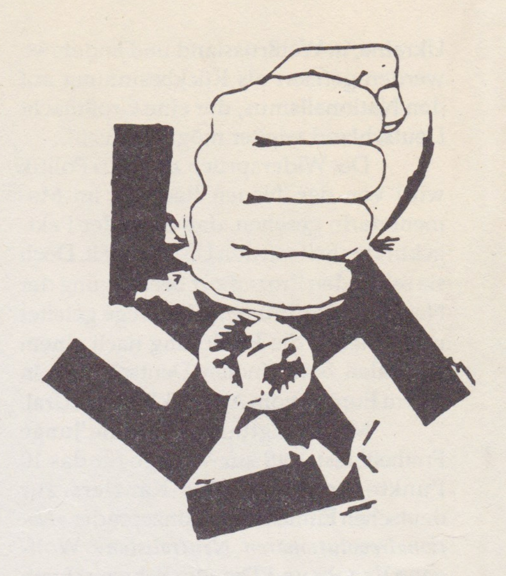
Gegen Verblödung und Deutschtümelei!

Für die Linke und die sozialen Bewegungen ist es lebensnotwendig die Schärfe des Angriffs zu dem sich die Herrschenden in der BRD formiert haben, zu begreifen. Ob es die Vorschläge Lothar Späths (CDU) sind, der sich für eine Angleichung der wöchentlichen Arbeitszeit in der BRD und der DDR bei 40 Stunden aussprach, der Vorstoß der Arbeitgeber bei den Metall Tarifverhandlungen den 10 Stunden Tag wieder einzuführen, die Verschärfung der Ausländer Gesetze und die Vorbereitung ihrer verstärkten Ausweisung aus Deutschland, die Kampagne der Lebensschützer gegen den §218: Es ist ein Angriff, um möglichst viel von dem rückgängig zu machen was einen ungezügelten Kapitalismus stört. Es wird Widerstand gegen die kapitalistische Unterwerfung in der DDR geben, wenn der Hauseigentümer wieder vor der Tür steht, die Arbeitslosigkeit für längere Zeit hoch bleibt. Auch in der BRD werden Steuererhöhungen, eine Kürzung sozialer Leistungen, die immense Wohnungsnot und die Festigung einer Zweidrittel Gesellschaft einiges an Unruhe auslösen. Die Probleme, die daraus entstehen, die soziale Ungerechtigkeit, sind von der Rechten nicht so ohne weiteres zu lösen.

Die Rechte versucht mit ihrem Nationalismus den Haß der bei den Menschen entsteht, wenn ihnen ihre Lebensgrundlage genommen wird, in eine Betonung des Deutschtums und gegen 'Fremde' abzulenken von der Auseinandersetzung gegen die Verursacher und Nutznießer der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit, dem Kapital.

Gegen das Gehirnwäscheprogramm der Medien, daß das alles als normal und übermächtig erscheinen läßt, müssen wir auf die Straße gehen und dort wo wir leben und arbeiten handeln. Ansätze dazu sind gemacht. Am 8.März demonstrierten ca 3.000 Frauen in Westberlin unter dem Motto *»gegen Nationalismus, Wiedervereinigung und Patriachat«* , ihre Demonstration wurde mehrmals von der Bereitschaftspolizei mit brutaler Gewalt überfallen, mehrere Frauen wurden festgenommen. Immerhin 10.000 Menschen nahmen am 17.März an der Westberliner Demonstration gegen den Anschluß der DDR und den Nationalen Taumel teil. Der längerfristige Widerstand wird überall da zu enwickeln sein, wo es die Bereitschaft zur Gegenwehr gegen den *»nationalen Angriff«* gibt und für die eigenen Interessen einzutreten.





Wir sind nicht bereit den Preis der Wiedervereinigung zu zahlen. Zahlen sollen diejenigen, die den Profit aus ihr schlagen.

Je früher sich ein Widerstand gegen die großdeutschen Pläne und die damit verbundenen sozialen Angriffe entwickelt, sei es bei den Beschäftigten im Tarifkonflikt der Metallindustrie, im Kampf gegen die Ausländergesetze, in den Stadtteilen gegen die Spekulation mit Wohnraum, die Streichung der Mittel gegen Schwulen- und Hurenprojekte und an vielen anderen Konflikten — je besser sind die Vorrausetzungen dem großdeutschen Hunger einen Dämpfer zu verpassen. Von den ganzen bürgerlichen Parteien einschließlich der SPD und den Grünen ist das jedenfalls nicht zu erwarten, zu sehr unterliegen sie dem Anpassungsdruck der Rechtsentwicklung.

Für die antifaschistische Bewegung ist es höchste Zeit zu begreifen, daß das Erscheinungsbild des Faschismus kein dumpfer Hitler Kult mehr ist. Die alten Strategien der Nazis, neu überarbeitet, werden heute auch von den Hitler Anhängern der FAP benutzt, sie tauchen in verschiedenen Abstufungen bei den 'Republikaner' und der NPD, und auch in der CDU/CSU auf.

Sie haben zum Teil schon wieder mit Hilfe des Nationalismus erheblichen Einfluß in der Politik und der Bevölkerung gewonnen. Gegen diese Politik, die die Menschen hier gegeneinander aufhetzt und versucht das Prinzip 'der Stärkere setzt sich durch' und 'das eigene Volk geht vor', durchzusetzen, die wieder mit neuen Begriffen für Nation und Rasse schreit, müssen wir verstärkt mit Gegeninformation und Gegenwehr begegnen, mit Aufklärung und Widerstand.

Nationalismus, BRD und deutsche Einheit

■ Der Nationalismus in der BRD ist keineswegs eine neue Erscheinung die mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ihren Höhepunkt überschritten und ihr Ziel erreicht hätte. Die Diskussionen über die polnische Westgrenze und über Sonderrechte für die deutsche Minderheit in Polen zeigen das. Nur die Formen des Nationalismus und die Bedingungen unter denen er wirken und gedeihen kann, haben sich in den letzten 45 Jahren verändert.

Mit der militärischen Niederlage des Faschismus war auch die Existenz der herrschenden Klasse und der kapitalistischen Ordnung in Deutschland in Frage gestellt. Nur mit Hilfe der drei imperialistischen Siegermächte, USA, GB und Frankreich, war es möglich die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft wenigstens in den Westzonen, der späteren BRD, zu erhalten und zu sichern. Der Preis, den die Herrschende Klasse dafür zahlen mußte war:

1. Die Teilung Deutschlands und die Abtretung von Gebieten an Polen.

2. Die Ein- und Unterordnung in das westliche Bündnis mit den USA als führender ökonomischer, militärischer und politischer Macht.

Bestimmend für die Entwicklung in Deutschland nach dem Krieg waren die Interessen der Siegermächte. Mit dem Sieg über den gemeinsamen Feind traten unweigerlich die gegensätzlichen Interessen und Ziele an die Oberfläche; auf der einen Seite die SU, ein Staat mit sozialistischer Wirtschaftsgrundlage, bestrebt ihre Einflußsphäre zu erweitern, sich einen Schutzgürtel zu schaffen. Ein möglicher neuer Krieg sollte nicht mehr auf dem Territorium der Sowjetunion ausgetragen werden können. Demgegenüber standen die Interessen der westlichen, kapitalistischen Siegermächte. Sie waren bestrebt, die Ausdehnung des Sozialismus auf Osteuropa zu begrenzen und wenn möglich auch dort wieder rückgängig zu machen.

Die Abkommen von Teheran, Jalta und Potsdam[1] waren ein Kompromiß, der die Einflußsphären festlegte, die Aufmarschgebiete absteckte, von denen aus die zukünftigen Auseinandersetzungen geführt werden sollten. Wie für alle Abkommen, so gilt auch für diese der Grundsatz, sie haben nur so lange Bestand und Gültigkeit, wie die ihnen zugrundeliegenden Kräfteverhältnisse existieren, ändern sie sich, so entfallen auch die Grundlagen für den ausgehandelten Kompromiß.

Die herrschende Klasse Deutschlands hat sich mit dem Verlust ihrer ehemaligen » Ostgebiete « nie abgefunden[2]. Allerdings war ihr ein Zurückdrängen des Sozialismus, die Überwindung der Teilung auf gesicherter kapitalistischer Grundlage aus



eigener Kraft in den 50er, 60er und 70er Jahren nicht möglich. Nur im NATO-Bündnis, d.h. durch die Unterordnung unter die Interessen der Vereinigten Staaten, schien überhaupt eine Perspektive in dieser Richtung denkbar. Das US-Banner wurde zum Symbol des Kampfes gegen den Kommunismus, hinter dem sich die westeuropäischen Staaten sammelten.

Es waren die Regierungen der Sowjetunion und der DDR die unmittelbar nach dem Krieg und in den 50er Jahren immer wieder Angebote zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten unterbreiteten. Der Preis sollte die Neutralität Deutschlands sein. Die SU hätte sich dadurch eine neutrale Pufferzone (wie Österreich oder Finnland) geschaffen.

Die Westmächte und die Regierung Adenauer lehnten diese Angebote ab, sie setzten auf die Westintegration der BRD. Das diente der Sicherung der kapitalistischen Ordnung in der BRD und der gemeinsamen Aufrüstung gegen den Feind im Osten.

Seit einigen Jahren gibt es in der BRD Versuche sich aus dem Schlepptau der Verbündeten, vor allem der USA, zu lösen und wieder eine eigenständigere Rolle in der Weltpolitik zu spielen. Die gewachsene ökonomische Stärke des BRD-Kapitals verträgt sich nicht mit der Rolle des politischen Lehrjungen, der an der Hand der USA durch die Weltpolitik geführt wird. Die Selbstbeschränkung und Fesseln, die mit dem verlorenen zweiten Weltkrieg der herrschenden Klasse in der BRD angelegt wurden, sollen schrittweise abgestreift werden. Dem dienen die Versuche die eigenen Geschichte wieder positiv zu werten, den Makel der Vergangenheit abzustreifen.

Daran beteiligen sich nicht nur Faschisten und verstockte Reaktionäre sondern auch anerkannte bürgerliche Historiker aus dem konservativen Lager. Sie passen ihre ideologischen und politischen Vorstellungen den gegebenen Bedingungen an (Schlagwort vom Europa freier Nationen).

Mit der Schaffung des EG-Binnenmarktes wollen die westeuropäischen Staaten günstigere Ausgangsbedingungen im weltweiten Konkurrenzkampf mit den USA und Japan herstellen. Die außenpolitischen Aktivitäten der BRD, sei es z.B. die Entsendung des Bundesgrenzschutzes im Rahmen der UNO nach Namibia, die Ostpolitik oder das stärker Engagement im Nahen Osten, dienen dazu sich nicht nur als ökonomisch mächtige sondern auch als politisch führende Kraft in der Europäischen Gemeinschaft zu etablieren.

Nur im Rahmen der EG, als deren führende Macht, kann die BRD eine weltpolitisch bedeutendere Rolle einnehmen und ausfüllen. Das sind nicht nur Wünsche und Pläne reaktionärer Ideologen und Politiker, sondern entspricht den ökonomischen und politischen Interessen des deutschen Kapitals. Alle bürgerlichen Parteien in Bonn sind gezwungen diesen Interessen Rechnung zu tragen, nur über die Mittel und Methoden zu ihrer Durchsetzung gibt es Differenzen.

Gespeist wird der Nationalismus und Rassismus nicht nur durch das ökonomisch gestärkte Kapital, es findet einen günstigen Nährboden auch in den sozialen und politischen Verhältnissen innerhalb der BRD selbst.

Existenzangst, sozialer Abstieg, die Korruption und Verlogenheit der etablierten Parteien verbunden mit einer politischen und gesellschaftlichen Perspektivlosigkeit führen den Nationalisten und Faschisten Wähler und Anhänger aus praktisch allen Teilen der Bevölkerung zu (siehe dazu auch Berichte zu den Wahlen in den Info-Ausgaben des letzten Jahres).

[1] Darin wurden die zukünftige Behandlung Deutschlands durch die Alliierten und die Einflußsphären der Siegermächte in Europa festgeschrieben.

[2] Der Auftrag, die Einheit Deutschlands in den Grenzen von 1937 herzustellen, wurde 1948 im Grundgesetz festgeschrieben.

'Neue Rechte' — unter dieser Bezeichnung sammelten sich Anfang der 70er Jahre die Faschisten und Reaktionäre, die die Politik und Strategie der 'Alten Rechten' für gescheitert erklärten. Die 'Alte', vor allem durch das Spektrum um der 'NPD' verkörperte Rechte, sollte aus ihrer damaligen Krise herausgeführt und modernisiert werden. Die neurechten Ideologen entwarfen Strategie- und Politikkonzepte, die heute gefährliche Konturen angenommen haben. Dieser Artikel soll einen Überblick über die Entstehung und Entwicklung der 'Neuen Rechten' geben. Um einen besseren Einblick in die Geschichte zu bekommen, verweisen wir auf den Artikel »Faschistisches Wahlbündnis« im Antifa-Info Nr. 8 / Mai-Juni `89, indem wir bereits näher auf die Geschichte der 'Alten Rechten', der NPD und auf die Umstrukturierung im »Nationalen Lager« eingegangen sind. Das Heft kann noch bei uns bestellt werden.Weitere Artikel zur 'Neuen Rechten' werden folgen.

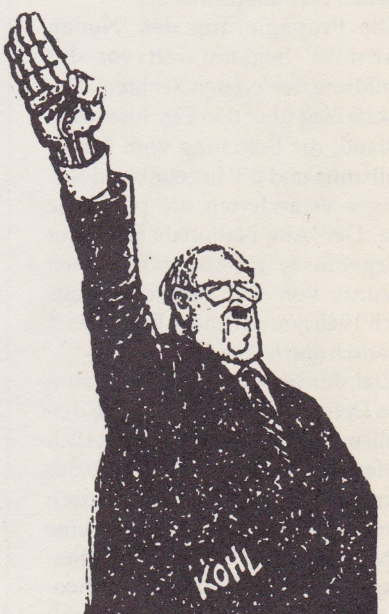
»NEUE RECHTE«

Modernisierter Faschismus

■ Neonazistische Politik, faschistische Organisationen und ihre Vertreter ließen sich bis Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre relativ einfach ihren Wurzeln zuordnen. Programmatisch wie personell schöpften sie aus den Töpfen des Nationalsozialismus, aus denen auch nach 1945 noch reichlich braune Scheiße quoll.

Mit der 1964 gegründeten 'Nationaldemokratischen Partei Deutschlands' (NPD) hatten die alten und neuen Nazis die bis heute erfolgreichste faschistische Organisation in die bundesdeutsche Parteienlandschaft eingebracht. Das Scheitern der NPD bei den Bundestagswahlen 1969 (4,3 %) nahmen führende faschistische und nationalkonservative Ideologen zum Anlaß ihrer bisherigen politischen Theorie und Praxis eine Absage zu erteilen. Diese ideologische Wende war die Geburtsstunde der 'Neuen Rechten'.

Bei der braunen Neugeburt erblickte jedoch keine faschistische Partei oder Organisation das Licht der Welt. Es ging vielmehr darum, ein breit angelegtes Ideologiekonzept zu verwirklichen, das auf alle politischen und gesellschaftlichen Bereiche angewandt werden sollte: Die 'Neue Rechte' als kulturellpolitische Strömung.



Die „Los Angeles Times"

Aus Alt wird 'Neu'

Die 'Neue Rechte' vereint im wesentlichen zwei politische Strömungen, die sich gegenseitig ideologisch befruchten. Die eine ist die der nationalrevolutionär-faschistischen Ideologen, die eine »Volksgemeinschaft« propagieren, der sie ein biologistisches Menschenbild zugrundelegen, wonach der Mensch sein Tun und Handeln vor allem nach Trieben, Instinkten, nach Rasse, Geschlecht und Evolution bestimmt. Die andere Strömung wird von den nationalkonservativen Ideologen vorgegeben, die dem *» Werteverfall«* den Kampf angesagt haben und die sich in Deutschtum und Wertvorstellung auf die sogenannte *»konservative Revolution«* in der Weimarer Republik berufen.

Beide Strömungen sind bereits aus eben dieser Republik als Vorreiter und Träger des Nationalsozialismus bekannt. Was sie damals praktisch vereinte — der *»Kampf gegen den jüdischen Weltbolschewismus«* — vereint sie auch heute.

Warum also 'Neue Rechte'? Die Propagandisten der neuen Richtung knüpfen zwar eindeutig an die faschistischen und reaktionären Traditionen der Nationalsozialisten an, distanzieren sich aber deutlich vom Hitlerfaschismus und gehören nicht mehr zu den eingeschworenen Leugnern der Naziverbrechen (*»Auschwitzlüge«*). Dies geht zum einen auf ihr *»realistisches Weltbild«* zurück, nach dem mit der Vernichtungsideologie der Nazis kein Staat mehr zu machen, geschweige denn eine Massenbasis zu gewinnen ist. Zum anderen auf ihre Einschätzung der realpolitischen Verhältnisse, die die Ausgangsbasis für eine ihrer Hauptaufgaben bilden: die Entwicklung eines 'Neuen Nationalismus'.

Die Propagierung des 'Neuen Nationalismus' begann weit vor der Herausbildung der 'Neuen Rechten'. Der militärische Sieg über den Faschismus in Deutschland, die Befreiung vom Nationalsozialismus und die Ergebnisse des 2. Weltkrieges veränderten die politische Weltlage. Der 'Alte Nationalismus', der diese Ergebnisse mitzuverantworten hatte, wurde von den Rechten bereits kurz nach 1945 neu definiert. Er galt jetzt als *»historisch überholt«*.

Ziel der neuen deutschen Nationalismus Definition war (und ist) es, den Nationalismus als solches grundsätzlich zu rechtfertigen und die Ergebnisse des 2. Weltkrieges ideologisch und praktsch wieder rückgängig zu machen: Also eine Wiederherstellung des 'Deutschen Reiches'. Aus der neuen Nationalismustheorie, die von Konservativen und Faschi-

Henning Eichberg

ideologischer Kopf der 'Neuen Rechten'

Henning Eichberg, der heute im dänischen »Exil« lebt, gilt als einer der Ideologen der 'Neuen Rechten'. Sein 1978 in Zusammenarbeit mit dem 'Hochschulpolitischen Ausschuß der Deutschen Burschenschaften' und dem 'Verein zur Förderung konservativer Publizistik e.V.' herausgegebenes Buch mit dem Titel »Nationale Identität« gilt als ein Standardwerk der 'Neuen Rechten':

... Der 1942 in Schlesien geborene "Wortführer" der Neuen Rechten hatte zu dieser Zeit bereits eine lange politische Karriere hinter sich. Bereits als Schüler hatte er 1956 Kontakt zu Otto Strassers DSU, von der ihn sein "militanter Antikommunismus" über den Umweg der VDNV — in der er 1961 bereits zwei später entscheidende Köpfe der Neuen Rechten, Wolfgang Strauss und Wolfgang Venohr kennenlernen konnte — in die Arme und "wohlwollende Förderung Arthur Erhards von der Zeitschrift Nation Europa trieb". Gleichzeitig wurde Eichberg beim Hamburger "Studenten-Anzeiger" des dortigen NHB, dem Hochschulbund der NPD, aktiv. In dieser Zeitschrift veröffentlichte er auch seine Erlebnisse, die er in einem Zeltlager "französischer Nationalisten" gesammelt hatte, das er auf Erhards Initiative besucht haben soll. Hier ... fand für Eichberg und damit für die Neue Rechte in der Bundesrepublik eine "Kehrtwende" statt, denn ersterer habe Begriffen wie "Nationalismus" und "Elitebewußtsein" gelernt und den Mut gefaßt, "gleich der französischen (Neuen Rechten, M.F.) auf die Tradition des revolutionären Linksfaschismus und der europäischen Waffen-SS zurückzugreifen."...

... Nach einer kurzen Mitgliedschaft in der AUD und dem bereits genannten Aufenthalt in Frankreich ... engagierte sich der rege Student bei den in der Mitte der sechziger Jahre entstandenen "nationalrevolutionären Basisgruppen", unter anderem auch bei der Berliner APM, in deren Koordinierungsschrift "Ideologie und Strategie" er unter dem Pseudonym Hartwig Singer Redaktionsmitglied wurde. Eichberg arbeitete mit in der "Sababurg-Runde", in der er neben Joß, Brunner, Waldmann und Dehoust (jetziger Herausgeber von 'Nation Europa' anm. Info) Mitglied des "Arbeitskreises Ideologie" wurde, der mit der Schaffung einer nationalrevolutionären Publizistik beauftragt war. ...

... 1974 wird er neben Wolfgang Strauss zum wichtigsten Mitbegründer der SdV/NRAO. Ideologisch wirkt er jedoch weit über diese Organisationen hinaus. ... Die(se) zentralen Kategorien der neurechten Ideologie propagiert Eichberg in einem breiten Spektrum von Zeitschriften: In "student", in "Nation Europa", in "Junges Forum", in der "Jungen Kritik", im Deutschen Studenten-Anzeiger", in der "Neuen Zeit" in den "Burschenschaftlichen Blättern", in der Zeitschrift für Kulturaustausch", in "La Plata Ruf", in der Stuttgarter Zeitung", in "Wir Selbst" und nicht zuletzt in "Criticon" gehört Eichberg mehr oder weniger regelmäßig zu den Autoren. Was ihn jedoch von anderen neurechten Publizisten unterscheidet ist sein erfolgreicher Versuch, auch in Blättern der Linken zu Wort zu kommen. Ausgelöst wurde dies durch eine in der Zeitschrift "das da - avanti" Ende 1978 geführte Auseinandersetzung zur "nationalen Frage" mit Rudi Dutschke. Daraufhin kam Eichberg in dem Magazin "päd extra", in der alternativen Frankfurter "Stadtrevue", im "Pflasterstrand" und in "Ästhetik und Kommunikation" zu Wort, wo sich Interviews mit und Artikel von ihm fanden. An dieser Stelle kann bereits resümiert werden, daß sich hier für Eichberg das Beharren auf die Beibehaltung des Sozialismus-Begriffs in der Terminologie der Nationalrevolutionäre auszahlte ...

... Der Generalsekretär der "Nouvelle Ecole" — dem theoretischen Organ der wichtigsten Organisation der französischen "Nouvelle Droite", des "Groupement de Recherche et d'Estudes pour la Civilisation Européene" (GRECE) — in der Bundesrepublik, Frocoise-Xavier Dillmann, nannte in einem Artikel über die Neue Rechte in der Bundesrepublik unter anderem Henning Eichberg als einen der wichtigsten Verfechter des Gedankens der "nationalen Identität". ...

aus: "Die »Neue Rechte« in der Bundesrepublik — Organisationen-Ideologie-Strategie" von Margret Feit, Campus Verlag Frankfurt/New York 1987

sten gleichermaßen entwickelt wurde, entstand die Idee des *»Dritten Weges«*: politisch ein Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus, geographisch (auf ganz Deutschland bezogen) ein Weg zwischen West und Ost.

Die Strategie

Der 'Neuen Rechten' geht es wie gesagt hauptsächlich um eine ideologische Einflußnahme. Dazu braucht es nicht unbedingt eine Partei oder Organisation. Wie schon in der Weimarer Republik die *»konservative Revolution«* ist die 'Neue Rechte' durch intellektuelle Ideologen geprägt. In Diskussionsforen, Seminaren und (Buch-) Veröffentlichungen wird (mit Erfolg) versucht Denkweisen und Weltanschauungen zu beeinflussen und zu verändern. Erklärtes Ziel ist die Erlangung der *»kulturellen Hegemonie«*, eine vom italienischen Marxisten Gramsci entwickelte auf die perspektive der Linken bezogene Theorie. Das heißt, sie wollen mit ihrer Ideologie in die Köpfe der Menschen eindringen, an das Bewußtsein herankommen, um so das gesellschaftliche und politische Klima in ihrem Sinne zu untergraben.

Weil dies eine Partei allein derzeit nicht erreichen kann, wird die Gründung einer solchen erst garnicht ins Auge gefaßt. Stattdessen wird versucht, direkt in den bestehenden gesellschaftlichen Gruppen und politischen Parteien zu wirken oder von außen auf sie einzuwirken. Damit ziehen sie die Konsequenzen aus den gescheiterten Versuchen der 'Alten Rechten', nach 1945 eine rechtsextreme Partei zu etablieren.

Dies steht jedoch nicht im Widerspruch zu der 1983 gegründeten faschistischen Partei 'Die Republikaner', die eindeutig aus dem Spektrum der 'Neuen Rechten' hervorgegangen ist (Info Nr. 4 u. 6/7). Die SSchönhuber Partei erntet zur Zeit die Früchte der neurechten Strategie. Sie ist Teil der 'Neuen Rechten' und wird von ihr natürlich ideologisch und personell gestützt. Ihre Funktion besteht allerdings eher darin, als eine Art politische Vorfeldorganisation den Rechtsruck der etablierten Parteien zu beschleunigen und den Gewöhnungsprozeß an rechtsextremes Gedankengut zu fördern, als daß sie das Zukunftsprojekt der 'Neuen Rechten' schlechthin darstellt.

Die Wahlerfolge der 'REPs' und die teilweise haarklein von den Etablierten übernommenen populistischen Forderungen (Asylgesetzgebung — *»Deutschland ist kein Einwanderungsland«*) deuten in erschreckender Weise an, wieweit die Strategie der *»kulturellen Hege-*



monie« — die Rechtsentwicklung in den Köpfen — bereits fortgeschritten ist.

Die mehrgleisige Strategie läßt sich noch konkreter fassen, wenn die Auswirkungen anhand des 'Neuen Nationalismus', sein Einfluß auf die Politik der Bundesregierung bzw. auf die Politik der CDU/CSU beleuchtet wird (s. Nationalismus Artikel in diesem Heft).



Vom 'Neuen Nationalismus' zur 'Neuen Rechten'

Die parteipolitischen Grundlagen für den 'Neuen Nationalismus' in der BRD legte die 1949 gegründete 'Deutsche Gemeinschaft' (DG). Die Kleinstpartei wurde von August Haußleiter, dem vorherigen stellvertretenden Landesvorsitzenden der bayrischen CSU ins Leben gerufen. Nach den programmatischen Vorstellungen der 'DG' sollte das 'Deutsche Reich' auf *»völkischer«* Basis wiederhergestellt werden. Die Programmatik beinhaltete bereits große Teile der Ideologie, wie sie in der nationalrevolutionären Strömung der 'Neuen Rechten' wiederzufinden ist. So vertrat sie die Theorie vom »Dritten Weg« zwischen den beiden Weltmächten und damit einen sogenannten *»Befreiungsnationalismus«*. Eine Konsequenz aus dieser Politik bestand für die 'DG' darin, nationale Befreiungsbewegungen zu unterstützen, deren antiimperialistischen Kampf sie mit der Situation des geteilten Deutschlands verglichen.

Im Mai 1965 ging die 'DG' zusammen mit einer 'Deutschen Freiheitspartei' (DFP) und einem Teil der 'Vereinigung Deutsche Nationalversammlung' (VDNV) in die 'Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher' (AUD) über. Bei der späteren Herausbildung der 'Neuen Rechten' gilt die 'AUD' als eine der wichtigen Vorläufer.

Die 'AUD' verstand sich als Gegenpart zum 'Alten Nationalismus', dessen Vertreter 6 Monate vorher in der 'NPD' ihre Parteiorganisation ausgerufen hatten. Die inhaltlichen Differenzen zwischen 'AUD' und 'NPD' hinderten beide jedoch nicht an eine Zusammenarbeit. Noch im selben Jahr verhandelten sie über ein Wahlbündnis, daß allerdings nicht zustande kam. Mitte der 60er Jahre suchte sie Kontakt zur Studentenbewe-



'Stolz auf Deutschland-Jugend'- ganz im Sinne der 'Neuen Rechten'

gung. Der linken 'Außerparlamentarischen Opposition' bot sie sich in der Hoffnung an, zu deren *»parlamentarischem Arm«* werden zu können. Auch das scheiterte.

Die Ausrichtung auf diese Bewegung als politische Zielgruppe behielt sie bei. Nach dem Zerfall der 'APO' fanden sie ihre neuen Zielgruppen in den entstehenden Umwelt- und Bürgerinitiativen. Mit Wolf Schenke† und Wolfgang Venohr gehörten zwei ideologische Köpfe der heutigen 'Neuen Rechten' zu den Mitbegründern der 'AUD', beide waren Gründer der 'VDNV'. Ihre Zielgruppenpolitik führte Ende der 70er Jahre dazu, daß die 'AUD' zu den Mitbegründern der Partei 'Die Grünen' gehörte.

Die zweite wichtige parteipolitische Organisation des *»Dritten Weges«* war der von Otto Strasser Anhängern 1948 geründete 'Bund für Deutschlands Erneuerung' (BDE) aus dem 1954 die 'Deutsche Soziale Union' (DSU) wurde. Otto Strasser, dem bis 1955 die Einreise in die BRD veboten war, hatte schon seit 1945 aus seinem kanadischen Exil die »Rundbriefe für Deutschlands Erneuerung« in die BRD verschickt um seine Anhänger zu sammeln. In seinen 'Rundbriefen' warb er für den *»Solidarismus«*, dessen innenpolitische Ordnungsvorstellung ein biologistisch-organisches Gesellschaftverständnis sein sollte. Dieses Verständnis setzt dem demokratisch-pluralistischem System die Idee einer *»staatstragenden Elite«* entgegen. Außenpolitisch setzte es ein neutrales bewaffnetes Deutschland in einem *»befreiten«* Europa voraus — eine *»Föderation Europa«* mit der *»Dritten Welt«* als *»Rohstoff-Basis«*.

In Strassers 'DSU' arbeitete der damals 16jährige Henning Eichberg (s. Kasten). Eichberg, der auch in der 'VDNV' von Schenk und Venohr sein Unwesen trieb, gehört zu den Chef-Ideologen der 'Neuen Rechten'. Als die 'DSU' nach internen Richtungskämpfen zerfiel, trat die ebenfalls an Strasser orientierte 'Unabhängige Arbeiter Partei' an ihre Stelle.

In diesem weiteren Vorläufer der 'Neuen Rechten' engagierte sich auch Wolfgang Strauss (s. Kasten), wie Eichberg Nationalrevolutionär und einer der intelektuellen Chef-Denker der neurechten Ideologie. Die 'UAP' wollte einen *»Deutschen Sozialismus«* propagieren und nannte sich eine *»Kampfpartei für den demokratischen freiheitlichen Sozialismus deutscher Nation«*. Ihrem *»Sozialismus«* wurde ein nationales Konzept verabreicht und der Partei eine streng antikommunistische und antisozialistische Stoßrichtung gegeben. Strauss, Chefredakteur der



»Thule-Seminar e.V.«

»Der Bundesregierung liegen derzeit keine Erkenntnisse vor, die eine Bewertung des Thule-Seminars als rechtsextremistisch zulassen« Carl Dieter Spranger, Staatssekretär im Bundesinnenministerium 1989.

Nun denn, dann eben anders rum: Im Januar 1918 rief Rudolf Freiherr von Sebottendorf eine bayrische »Ordensprovinz« der 1912 gegründeten 'Thule-Gesellschaft' aus. Eine »Gesellschaft«, die sich als »Germanenorden« bezeichnete und völkisch-antisemitisch ausgerichtet war. Sie verwendete als erste Gruppierung die späteren Nazi-Symbole wie Hakenkreuz und SS-Runen.

Sebottendorf kaufte 1918 den 'Münchener Beobachter', der später in 'Völkischer Beobachter' umbenannt wurde. Die 'Thule-Gesellschaft' war die Keimzelle der 'NSDAP'. Neben Hitler waren auch Rodolf Heß, Alfred Rosenberg, Hermann Göring, Heinrich Himmler, Julius Streicher und andere führende Nazis Mitglieder der 'Thule-Gesellschaft'.

Der Name 'Thule-Seminar e.V. — Arbeitskreis für die Erforschung und das Studium der europäischen Kultur', den sich diese Formierung der 'Neuen Rechten' zugelegt hat, läßt Bezüge zu. Wird den inhaltlichen Aussagen nachgegangen, läßt die politische Ausrichtung des Seminars eigentlich keine Zweifel mehr zu. Der Intelektuellen-Zirkel der sich hinter dem »Seminar« verbirgt, beruft sich wie die Nazis auf ihre »europäischen Denker« namens Ernst Jünger, Friedrich Nietsche, Carl Schmitt, Arnold Gehlen etc.. Nach den Regeln des 'Thule-Seminars' kann der Organisation nur angehören, wer »auf relevante Militanz für das Thule-Seminar verweisen kann«.

Der von Pierre Krebs begründete und von Armin Mohler geförderte Kreis versteht sich als 'Neue Schule' und ist ein Ableger der französischen 'G.R.E.C.E.' (Groupement de recherche et d'études pour la civilisation européenne), dem intelektuellen Kern der franz. 'Nouvelle Droite' (Neue Rechte).

Wie vom Kopf der 'Nouvelle Droite' in Frankreich, Alain de Benoist, wird von Pierre Krebs die Zeitschrift 'Elemente' (Eléments) herausgegeben. Ein theoretisches Organ, daß die europäische Rechte verbindet. Die Zeitschrift erscheint in England unter dem Titel 'The Scorpion', in Italien ('elementi'), in Belgien ('L'anneau') und Spanien ('punto y coma').

Pierre Krebs ist auch zuständig für Kaderschulungen im militanten Spektrum der Nazi-Scene. Solche Schulungen erhielten Kader der faschistischen 'Nationalistische Front' (NF) in ihrem früheren Schulungs-Zentrum in Bielefeld.



'UAP'-Parteizeitung *»Reichsarbeiterzeitung«* prägte den für die nationalrevolutionäre Strömung der 'Neuen Rechten' zentralen Begriff des *»Befreiungsnationalismus«*.

Formierung der 'Neuen Rechten'

Die eigenständige Organisierung der Vertreter des 'Neuen Nationalismus' bedeutet nicht, daß sich hier ein totaler Bruch mit den Vertretern des 'Alten Nationalismus' vollzogen hätte. Es waren vor allem die inhaltlichen Differenzen, die die einzelnen faschistischen Strömungen untereinander abgrenzten. Mit einer Zahl von bis zu 25.000 MitgliederInnen, organisierte die 'NPD' Rechtsextremisten aus fast allen Bereichen.

Ihre traditionalistische Ausrichtung als 'Alte Rechte' hinderte die 'Neuen' natürlich nicht an der Mitarbeit in dieser Partei — im Gegenteil, genau hier lag eines ihrer wichtigsten Agitationsfelder. Teile der 'NPD'-Jugendorganisation 'Junge Nationaldemokraten' (JN) griffen die Ideologie der Neurechten als erste auf. Als der NPD 1969 der Sprung in den Bundestag mißlang, brachen innerparteiliche Konflikte aus. Mit der Gründung der 'Aktion Widerstand' (AW) 1970 versuchte die 'NPD' eine drohende Spaltung der Partei entgegenzuwirken. Dies gelang aber nur für kurze Zeit. 1972 spaltete sich ein aktionistischer Flügel der 'NPD' ab, der sich den Namen 'Aktion Neue Rechte' (ANR) gab (s. Info Nr. 8).

Die 'ANR' gilt als die »Urzelle« der 'Neuen Rechten'. Ihr Gründer, der bayrische Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende der NPD, Dr. Siegfried Pöhlmann war mit 460 anderen Mitgliedern aus der Partei ausgetreten. Etwa 350 von ihnen gingen mit ihm in die 'ANR' über. Andere Gruppierungen, Organisationen und Einzelpersonen beteiligten sich ebenfalls an Pöhlmanns 'ANR', darunter die 'Außerparlamentarische Mitarbeit' (APM), die 'Partei der Arbeit'/'Deutsche Sozialisten' (PdA/DS), verschiedene Gruppen der 'JN', diverse »nationalrevolutionäre Basisgruppen«, der Arbeitskreis 'Junges Forum' und Wolfgang Strauss von der 'UAP'.

Henning Eichberg, der selbst nicht als Mitglied der 'ANR' auftrat, verfaßte die *»Grundsatzerklärung«* der Organisation. Die Erklärung enthielt die wichtigsten ideologischen Orientierungspunkte der 'Neuen Rechten': Die Herstellung einer *»neuen Ordnung«*, eines *»europäischen Sozialismus«* mit antimarxistischer und antikapitalistischer Ausrichtung — für eine *»Leistungsgemeinschaft«* und gegen eine *»Gleichheitsidee«* (sexistisch und rassistisch begründet) — für einen *»antiimperialistischen Befreiungsnationalismus«* — gegen die *»Umerziehung«* und für die Schaffung einer *»Nation Europa«*.

Eichbergs Grundsatz zielte darauf, daß langfristig eine Ideologie entwickelt werden müsse, die die engagierte Jugend gewinnen kann. Platt gesagt, daß die deutsche Jugend wieder Stolz sein soll daß sie deutsch ist im Rechten Sinne. Oder wie ein Gerd Waldmann 1969 in der faschistischen Monatszeitschrift 'Nation Europa' die Strategie der 'Neuen Rechten' umschreibt: *»Mit den Mitteln der Linken müssen wir die linke Unruhe nach rechts umfunktionieren. Rechts: das muß in Zukunft heißen: nicht reaktionär, sondern fortschrittlich; nicht bürgerlich, sondern im Sinne eines modernen europäischen Nationalismus.«*

Beherzigt wurden diese Aufrufe vor allem von den später aus der 'ANR' hervorgegangenen nationalrevolutionären Organisationen wie 'Solidaristische Volksbewegung' (SVB) und 'Sache des Volkes/Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation' (SdV/NRAO). Letztere wurde von W. Strauss und H. Eichberg mitbegründet und kehrte in ihren Ideen besonders den *»nationalen Sozalismus«* hervor. Ihr Agitationsfeld war breit gestreut. Durch die Übernahme der von Linken, Friedens- und Ökologiebewegung ins Gespräch gebrachten Themen in ihre Politik, versuchte sie in sozialen Bewegungen und maoistischen Parteien Fuß zu fassen. Ihre *»Nationalrevolutionären Basisgruppen«* nervten linke Gruppierungen mit Unterwanderungsversuchen und gründeten Vorfeldorganisationen, die der 'SdV/NRAO' Zulauf aus dem 'JN'-Spektrum bescheren sollten oder dieses Sprektrum ideologisch beeinflußten.

Nationalrevolutionäre Einflüsse finden sich in allen rechten Zusammenschlüssen wieder. Vom militanten bis zum gemäßigten rechten Spektrum gehören die neuformulierten Begriffe *»Befreiungsnationalismus«*, *»Ethnopluralismus«* (eine wohlklingende Umschreibung des Wortes 'Rassismus') und *»nationale Identität«* längst zum Stammvokabular.

Französische Vorbilder

Unter anderem über Eichberg, der



bei der französischen 'Nouvelle Droite' in die Schule gegangen war, stellt sich die Nähe zu anderen rechtsintelektuellen her. Nationalrevolutionäre Ideen stehen in direkter Auseinandersetzung mit erzkonservativen Gedanken.

Wie die nationalrevolutionären Ideologen basteln die konservativen an einer Modernisierung ihrer Politikbegriffe. Dabei drängt sich besonders das intelektuelle Organ der westdeutschen 'Neuen Rechten' in den Vordergrund: 'Criticon'—»konservativ, kritisch, konstruktiv« — leistet auf dem Gebiet der Zusammenführung jeder Schattierung von rechts die Hauptarbeit.

Seit 1971 gehört Eichberg zu den Autoren von 'Criticon', welche wie er engste Beziehungen zu Vertretern der französischen 'Neuen Rechten' unterhält. Das Blatt erscheint seit 1970 und wird von Caspar von Schrenck Notzing (WMF u. BASF-Großaktionär) herausgegeben. Hier schließt sich der Kreis derjenigen Autoren, die als Vordenker der 'Neuen Rechten' zählen.

Zu den Chefschreibern bei 'Criticon' gehört Armin Mohler, gebürtiger Schweizer, der sich bei den Nazis als SS-Freiwilliger anbot. Mohler war Privatsekretär von Ernst Jünger. Von 1964 bis '86 leitete er als Geschäftsführer die Konzerneigene »Carl-Friedrich von Siemens Stiftung«, deren Vorstand sich aus Topmanagern der Industrie zusammensetzt. Er gilt als *»konservativer Revolutionär«*, der die Ideen der oben genannten *»konservativen Revolution«* aus der Weimarer Republik mit den Theorien der 'Neuen Rechten' verknüpft. Sein besonderes Engagement gilt der Zusammenarbeit der 'Nouvelle Droite' mit der 'Neuen Rechten' in der BRD und gehört zu den Gründern der franz. G.R.E.C.E. (s. Kasten 'Thule-Seminar'). Aus seiner 1985 erschienenen Dokumentation zum 25jährigen bestehen der Siemens-Stiftung geht hervor, daß seine Ideen speziel zum Thema Faschismus gefragt waren. Die Stiftung interessierte sich besonders für die Brauchbarkeit von Konzepten für eine Reform der faschistischen Ideologie. Dazu konnte Mohler einiges beitragen. Auf seiner Referentenliste für Veranstaltungen bei der Siemensstiftung standen reihenweise glühende Vertreter der neurechten Ideologie.

Seine volle Unterstützung findet das deutsche Gegenstück zur G.R.E.C.E., die neufaschistische Denkfabrik des Pierre Krebs — das 1980 gegründete 'Thule-Seminar' (s. Kasten), das Mohler als einen *»ausschließlich von jungen, unbelasteten Menschen getragene Strömung«* bezeichnet. Für die Zeitschrift 'Elemente', die vom 'Thule-Seminar' herausgegeben wird schwingt er des öfteren die Feder. Nicht zuletzt gehört Mohler zu den Befürwortern der 'Republikaner' als populistische Variante der 'Neuen Rechten', wie sie in Frankreich in Le Pens 'Front National' existiert.

Zusammen mit Franz Schönhuber, Prof. Dr. Bernard Willms, Prof. Dr. Wolfgang Seiffert, Prof. Dr. Hellmut Diwald, Prof. Dr. Robert Hepp und Prof. Dr. Hans Joachim Arndt — die laut Criticon als *»Publizisten, ... in den letzten Jahren in der Diskussion über die >deutsche Identität< an vorderster Front standen«* — gründete Dr. Armin Mohler 1983 den 'Deutschland Rat'. Dieser 'Rat' forderte in einer Anzeigenkampange von Dezember '83 die *»Entkriminalisierung unserer Geschichte als Voraussetzung für ein selbstverständliches Nationalbewußtsein«*.

Im Mittelpunkt einer nationalen Kampagne, mit der Vertreter der 'Neuen Rechten' Mitte der 80'er Jahre an die Öffentlichkeit traten, stand die *»Wiederherstellung Deutschlands«*. Im Februar '84 appellierte eine weitere Mischung aus nationalrevolutionären und konservativen Theoretikern an *»die Regierungen in Bonn und Ost-Berlin und an die Friedensbewegung im ganzen Land«*, daß die Lösung der *»nationalen Frage der Deutschen ... eine wahrhaft revolutionäre Aufgabe aller Europäer«* zur *»Rettung der Menschheit«* sei. Zu den Unterzeichnern der in der Frankfurter Rundschau erschienenen Anzeige gehörten u. a. Sven Thomas Frank (verantwortlich), Wolfgang Strauss, Wolf Schenke, Wolfgang Venohr, Theodor Schweißfurth, Gerd Klaus Kaltenbrunner.

Der Prozeß zur *»Entkriminalisierung«* der deutschen Geschichte, hat mit der Bonner *»Wendepolitik«* einen neuen Anfang genommen und findet in der aktuellen politischen Entwicklung mehr und mehr Anhänger. Die *»Diskussion«* um die *»nationale Identität«* der Deutschen — ein politisches Konzept der 'Neuen Rechten' — hat sich schleichend ihren Weg gebahnt und steht nun im Mittelpunkt der Auseinandersetzung um ein *»Europa freier Völker«* oder ein *»Europa der Vaterländer«*, wie es bei der >Europaarmee< Hitlers — der Waffen-SS hieß.

Mehr zur Politik der 'Neuen Rechten', ihren Organisationen, Publikationen, Verbindungen und Strategien wird es in den nächsten Infos geben.



Kohls Statthalter gewinnen die Wahlen in der DDR

Die Wahl in der DDR ist gelaufen, das Ergebnis eindeutig und von den verschiedensten politischen Lagern analysiert und kommentiert. Wir wollen im folgenden auf den Wahlkampf und sein Ergebnis nur kurz eingehen. Alle, die sich auch nur eine halbwegs kritische Sicht der Vorgänge bewahrt haben, konnten in den letzten Wochen hautnah erfahren wie Bonner Politik in der DDR betrieben wurde und wird. Wichtiger ist, welche Auswirkungen das Wahlergebnis in Zukunft haben, was auf uns alle noch zukommen wird. Die Politik der Bundesregierung in den letzten Monaten gibt einen Vorgeschmack darauf.

■ Fast die Hälfte der DDR-Wähler hat sich am 18. März für die bürgerliche Parteien-Allianz entschieden. Nicht die Frage wie die DDR regiert werden soll, welche Parteien die besten Vorschläge und Programme zur Lösung der sozialen, ökologischen und politischen Probleme vorweisen können hat die Bevölkerung berührt und interessiert. Zur Wahl stand die Frage: Schnelle Vereinigung, ja oder nein? Das ist nicht zuletzt Ergebnis und Zweck der Einmischung von CDU/CSU, FDP und SPD in die inneren Verhältnisse der DDR gewesen.

Die Bonner Parteien haben in Ost-Berlin, Magdeburg, Dresden, Leipzig usw. stellvertretend ihren Wahlkampf ausfechten lassen. Ermöglicht wurde ihnen das durch die Enttäuschung über die Entwicklung der letzten 40 Jahre, durch eine breite Stimmung in der Bevölkerung, die nicht mehr daran glaubt, die Probleme aus eigener Kraft bewältigen zu können. Die Bürger der DDR haben für die schnelle Vereinigung, für die Einführung der D-Mark gestimmt. Das ist den Parteien zugutegekommen, die die Unterstützung des Geldgebers, der Bundesregierung und damit der CDU hatten.

Die SPD, die sich große Chancen auf eine Mehrheit ausrechnete und auch ein paar Wochen vor der Wahl bei Meinungsumfragen weit vorne lag, hatte dem nichts entgegenzusetzen, im Gegenteil. Mit ihrem Eintreten für einen raschen Zusammenschluß beider deutscher Staaten, durch ihren Wahlkampf, den sie durch die SPD in Bonn finanzieren und bestreiten ließ, trug sie selbst dazu bei die Wahlen zu einer Vereinigungs-Abstimmung werden zu lassen, bei denen alle Vorbehalte und Ängste in den Hintergrund gedrängt wurden.

Als Kraft, die in Opposition zur deutschen Euphorie steht, die Kritik und Ängste formuliert, konnte sich die PDS durchsetzen. Die Parteien und Gruppierungen, die im Herbst vorigen Jahres den Protest formulierten und organisierten an der Eigenstaatlichkeit und den sozialistischen Grundlagen aber festhalten wollen, sind die Verlierer der Wahl. Sie scheinen das Schicksal der von ihr kritisierten Partei- und Staatsführung zu teilen. Sie wurden von der Eigendynamik



des gesellschaftlichen Prozesses und der Massenstimmungen eingeholt und an die Wand gedrückt.

Die Wahlergebnisse weisen große regionale Unterschiede auf. In den Großstädten haben sowohl die SPD als auch die PDS wesentlich bessere Wahlergebnisse erzielen und die Allianz überflügeln können. Außerdem gibt es ein starkes Nord-Süd-Gefälle. In Sachsen und Thüringen haben die konservativen und reaktionären Parteien ihre Hochburgen. Das hat zwei Gründe:

1.Die Probleme bei der Versorgung, den sozialen Verhältnissen und der Infrastruktur (Bausubstanz der Dörfer und Städte z.B.) sind hier besonders groß. Die Bevölkerung fühlte sich gegenüber dem Norden und besonders der Hauptstadt vergessen und vernachlässigt. Vor diesem Hintergrund fielen die Versprechungen der großdeutschen Politiker auf einen besonders fruchtbaren Boden.

2. Die Massendemonstrationen in Leipzig und im Süden der DDR bekamen einen ständig stärker werdenden nationalistischen Inhalt. Das politische Klima, das dadurch erzeugt wurde, schlug sich im Wahlkampf und seinen Resultaten nieder. Es gab organisierte Kolonnen, die Wahlplakate der linken Wahlbündnisse, von PDS und SPD abrissen oder überklebten und Wahlversammlungen störten. Morddrohungen, Übergriffe und Jagd auf Wiedervereinigungsgegner ergänzten die Demagogie der rechten Stimmenfänger. Die DSU, ein CSU-Ableger, erzielte in Sachsen und Thüringen zweistellige Wahlergebnisse. Sie besetzte mit Ihren Inhalten und Methoden den Platz, den die Republikaner in der BRD ausfüllen.

Die Einführung der Marktwirtschaft in der DDR kommt nach diesem Wahlergebnis nicht im leisen und langsamen sozialdemokratischen Gewand. Die Polarisierung zwischen Befürwortern und Gegnern einer schnellen Vereinigung, die sich im Wahlergebnis ausdrückt, wird weiter zunehmen. Dabei sind die Fronten in der Wählerschaft keineswegs starr und unveränderbar. Die Wähler der bürgerlichen Allianz haben den Versprechungen von Kohl vertraut und erwarten deren Einlösung. In welche Richtung sie gehen, wenn ihre Erwartungen enttäuscht werden, ist von vielen Faktoren abhängig. Doch dazu später.

Die Regierungsbildung:

Ohne Erlaubnis aus Bonn läuft nichts

Egal wie eine zukünftige Regierungskoalition in der DDR auch aussehen mag, die daran beteiligten Parteien der konservativen und liberalen Allianz aber auch die SPD müssen sich den Rat und die Erlaubnis ihrer Finanziers einholen.

Dabei stehen sie vor einem schwer lösbaren Dilemma. Sie haben auf der einen Seite die Wünsche und Aufträge ihrer Bonner Geldgeber auszuführen, auf der anderen Seite müssen sie Rücksicht nehmen auf die Interessen und Stimmungen ihrer Wähler, d.h. sie müssen sich auch zum Anwalt der Interessen der DDR-Bürger gegenüber der Bundesregierung machen. Wie wenig Vertrauen die Polit-Profis in Bonn ihren Zöglingen entgegenbringen, zeigten die letzten Tage. Bei jedem Interview eines DDR-Politikers stand hinter ihm der große Bruder aus

dem Westen, vor allen Schritten bei der Koalitionsbildung haben sie in Bonn vorzusprechen.

Die Regierungsbildung und -tätigkeit wird nicht ohne Reibereien und Auseinandersetzungen zwischen allen Beteiligten ablaufen. Dabei fällt den bürgerlichen Politikern die Aufgabe zu die Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die einer ungestörten Profitwirtschaft im Wege stehen. Ebenso schnell wie sie publizistisch aufgebaut und finanziell ausgehalten wurden, werden sie auch wieder fallengelassen, sollten sie sich dieser Aufgabe nicht gewachsen zeigen oder sich dabei politisch verbrauchen.

Die Freiheit, die sie meinen...

Die jahrzehntelange Propaganda des Westens von Freiheit und von der Selbstbestimmung des deutschen Volkes ist durch das Verhalten der Bundesregierung in den letzten Monaten selbst entlarvt worden. Von Anfang an diente der Umbruch in der DDR und der Zerfall der alten Machtstrukturen den Herrschenden in der BRD nur zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen. Erinnern wir uns:

— Im Sommer vorigen Jahres wurde die Fluchtwelle über Prag, Budapest und Warschau mit großem publizistischen Aufwand weiter angeheizt. Blaskapellen auf den Ankunftsbahnhöfen, Geschenke für die Kinder, Interviews mit den Übersiedlern und Unternehmer die schon am Notaufnahmelager Arbeitskräfte suchten, flimmerten über die gesamtdeutschen Bildschirme.

Kohl ließ sich zu der Bemerkung hinreißen, auch der höhere Lebensstandard sei für unsere deutschen Brüder und Schwestern ein moralisch vertretbarer Grund zur Übersiedlung. Was ist übriggeblieben? Abbau der Einstiegshilfen, der freie Rückfahrschein. Kommen soll nur noch wer Arbeit und Wohnung nachweisen kann, wer die öffentlichen Kassen nicht belastet.

— Im Herbst wurde die Opposition, das 'Neue Forum' und seine Vertreter gefeiert.

Kaum eine Talk-Show ohne Bärbel Bohley, Rolf Henrich oder eine/n andere/n Prominente/n aus der Ökologie- und Friedensbewegung in der DDR. Sie wurden von den westlichen Medien nur so lange gebraucht und benutzt bis die erste Etappe geschafft war. Nachdem die alte SED-Garde gestürzt war, wurden auch sie überflüssig. Ihre gesellschaftlichen Vorstellungen paßten nicht in das BRD-Konzept. Jetzt galt es seine eigenen Zöglinge hochzuziehen, auf die man sich verlassen kann.

—Mit der Öffnung der Mauer zeigte sich die Regierung in Bonn und der Senat in West-Berlin spendabel. Das Begrüßungsgeld verschaffte den Bürgern der DDR den Zutritt ins westliche Konsumparadies. Nachdem Wünsche und Hoffnungen geweckt waren, wurde es überflüssig und prompt gestrichen.

— Je stärker die DDR *»ausblutete«*, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten wuchsen, die gesellschaftliche Krise sich ausbreitete, desto mehr konkrete Vorleistungen verlangte die Bundesregierung für Hilfszusagen.

Die Betrügereien der alten SED-Führung, gefälschte Zahlen und Bilanzen dienten dazu, ein Bild von der bankrotten DDR-Wirtschaft zu malen, die ohne Finanzspritzen des großen Bruders nicht mehr auf die Beine kommen könne. Bis heute sind die Wirtschaftspolitiker von CDU/CSU, FDP und SPD damit beschäftigt immer neue Bedingungen zu formulieren, konkrete Hilfen gab es kaum.

Was zwischen beiden deutschen Staaten abläuft hat mit dem Vereinigungsprozeß zweier souveräner Staaten nichts zu tun. Es ist ein mit ökonomischen und politischen Mitteln geführter *»Krieg«* zur Einverleibung der DDR in die BRD.

...ist die Freiheit des Geldes und des Kapitals

Die Bedingungen, die seit Monaten formuliert werden und die jetzt durch die Gewinner der Wahl durchgesetzt werden sollen, laufen alle auf ein und dasselbe hinaus. Die sozialen, juristischen und politischen Hemnisse, die dem bundesdeutschen Kapital bei einem Einstieg in die DDR im Wege stehen, sollen beiseite geräumt werden. Dazu zählen:

1. Die staatliche Subventionierung von Betrieben (d.h. Arbeitsplätzen), Mieten, sozialen Einrichtungen und Grundnahrungsmitteln.

2. Alle gesetzlichen Bestimmungen, die ausländische Kapitalbeteiligungen und Gewinntransfers einschränken sowie das Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln beschneiden.

3. Die starke Stellung von Belegschaften und Gewerkschaften im Betrieb und in der Gesellschaft. Das neue Gewerkschaftsgesetz wurde von allen Bonner Parteien und den Vertretern der Wirtschaft



Begrüßungsgeld hat sich ausgezahlt

Ihre *»Freiheit«* hat gesiegt, jetzt werden sie alles daran setzen diese *»Freiheit«* auch zu nutzen.

Der Ruf nach Einheit, die Wahl bundesdeutscher Ableger in der DDR ist nur eine Seite, etwas anderes ist es die mit einer Vereinigung verbundenen Konsequenzen auch praktisch durchzusetzen. Das wird Opfer kosten, Konflikte schüren und Widerstand hervorrufen. So gesellte sich zum nationalen Taumel in den letzten Wochen auch eine zunehmende Angst in Teilen der Bevölkerung vor dem, was auf sie zukommen wird.

Hoffnungen und Befürchtungen, beides ist für viele Bürger der DDR mit dem Vereinigungsprozeß verbunden. Welches Gefühl die Oberhand gewinnt ist sehr unterschiedlich, es hängt ab von der Stellung der Betroffenen, von der Situation am Arbeitsplatz, den Chancen des Betriebes in einer Marktwirtschaft. So ist die Angst bei Frauen mit Kindern, bei Rentnern, bei Beschäftigten im bisherigen Staats- und Parteiapparat größer als bei Facharbeitern in relativ produktiven Betrieben.

Erste Ansätze und Versuche Widerstand zu leisten sind vorhanden, sei es die Demonstration von Eltern gegen die Abschaffung der Schulspeisung, die Besetzung leerstehender Häuser, die zunehmenden Aktivitäten von Mietern oder die Streiks von Belegschaften, die kritisiert. Sie verlangen von der neuen Volkskammer seine Streichung.

Wenn es nach dem Willen der Bundesregierung geht, soll die Vereinigung von BRD und DDR nach dem Grundgesetz Artikel 23 vorgenommen werden. Damit verbunden wäre ein Übernahme des BRD-Wirtschaftsmodells mit seinen juristischen Bestimmungen im Interesse des Privateigentums.

Einen Vorgeschmack auf das, was der DDR-Bevölkerung im Verlaufe des Einigungsprozesses noch bevorsteht geben die vielfältigen Aktivitäten bundesdeutscher Un-ternehmer, ehemaliger Grund- und Hausbesitzer, der Spekulanten und Absahner. Von Interesse für die BRD-Konzerne sind die auf technologisch hohem Stand produzierenden DDR-Betriebe, bei ihnen planen sie einen Einstieg oder die Gründung gemeinsamer Joint-Venture-Unternehmen.

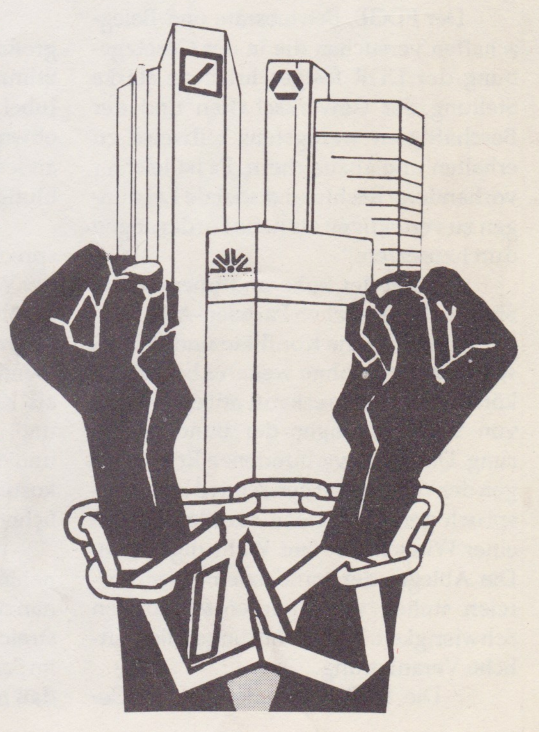
Unproduktive Bereiche der Kombinate werden nach diesen Plänen ausgegliedert, der sicheren Pleite ausgeliefert, deren soziale Folgen der DDR-Gesellschaft insgesamt aufgebürdet werden. Die sozialen Leistungen der Betriebe (Betriebskindergärten und Ferienheime sind nur die bekanntesten Beispiele) werden unweigerlich dem Rotstift der zukünftigen Konzernherren zum Opfer fallen. Betroffen wären in erster Linie die Frauen, die dadurch zunehmend aus dem Produktionsprozeß gedrängt werden; zurück an den Herd, getreu der reaktionären Familienideologie.

Kurz gesagt, das westdeutsche Kapital pickt sich die Rosinen raus, den sozialen Preis hat die Gesellschaft zu tragen und die Bevölkerung in der BRD, wenn die Bundesregierung durch Finanzhilfen wenigstens die gröbste soziale Not abfedern muß, u.a. durch den Aufbau einer Arbeitslosenversicherung.

Es sind nicht nur die Großkonzerne, die jetzt ihre Ansprüche anmelden und versuchen durchzusetzen. Ehemalige Haus- und Grundbesitzer pochen auf ihre alten *»Rechte«*. Sie tauchen bei den Bewohnern ihrer ehemaligen Mietshäuser auf, für die sie 40 Jahre kein Finger rührten und keine müde Mark investierten; sie inspizieren ihre ehemaligen Ländereien, die seit Jahrzehnten von den LPGs bewirtschaftet werden. Die Makler haben die DDR entdeckt. Zu Anfang noch über Strohmänner aktiv, gründen sie zur Zeit ihre offiziellen Büros in der DDR.

Unruhige Zeiten stehen bevor

Noch sind die Vertreter der bundesdeutschen Politik und Wirtschaft relativ zurückhaltend, sie wollen ihre zukünftigen Untertanen nicht verschrecken. Haben sie ihren Fuß erst in der Tür, können sie ihrer Sache sicher sein, so werden sie sich nicht mit halben Sachen (25 oder 49%) begnügen. Und wer sollte sie dann noch hindern, sich zu holen, was ihnen nach ihrem Selbstverständnis sowieso gehört.



sich gegen ein Verscherbeln ihrer Betriebe an bundesdeutsche Unternehmen wehren. Die Zahlen über notwendige und geplante Entlassungen beim Einstieg westdeutscher Partner, die Selbstherrlichkeit vieler Betriebsleitungen, die hinter dem Rücken der Belegschaft verhandeln und handeln, führt zu weiterer Unruhe unter den ArbeiterInnen.



Der FDGB, Betriebsräte und Belegschaften versuchen die in der Gesetzgebung der DDR festgeschriebene starke Stellung der Gewerkschaften und der Beschäftigten wenigstens teilweise zu erhalten und abzusichern. Es ist leichter vorhandene Rechte und soziale Leistungen zu verteidigen als neue Forderungen durchzusetzen.

Auch der hohe und unerwartete Sieg der bürgerlichen Parteien-Allianz in der DDR wird die Konflikte und Widerstände nicht so ohne weiteres beseitigen können. Er wurde erkauft mit einer Latte von Versprechungen der Bundesregierung. Die damit verbundenen Erwartungen der Wähler werden schnell in Widerspruch geraten zu den sozialen Folgen einer Wirtschafts- und Währungsunion. Die Ableger der bundesdeutschen Parteien stehen vor einer entscheidenen Schwierigkeit. Ihnen fehlt die gesellschaftliche Verankerung.

Die SPD hat weder in den Gewerkschaften noch in den Betrieben organisatorischen Einfluß, den bürgerlichen Parteien fehlt eine soziale Basis im Kleinbürgertum, bei unabhängigen Bauern, Handwerkern, Händlern etc., die es in der DDR noch kaum gibt. Die Stimmungen, durch die diese Parteien bisher getragen werden, können sich schnell ändern.

In der BRD stehen die Erfolge der großdeutschen Politiker im Kontrast zur Stimmung in der Bevölkerung. So rechter Jubel will nicht aufkommen und das, obwohl es doch fast gelungen ist einen anderen Staat ohne einen Schuß, ohne blutige Opfer zu *»erobern«*.

Die Skepsis gegenüber den Versprechungen von Finanzminister Waigel, der Vereinigungsprozeß sei ohne Steuererhöhungen und Notopfer finanzierbar, ist groß. Sie drückt sich aus in der zunehmenden Ablehnung der Übersiedler, die als Konkurrenten auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt empfunden werden und den Städten und Kommunen Gelder kosten, die an anderen Stellen der öffentlichen Versorgung fehlen.

Mit seiner Forderung, die Notaufnahmeverfahren zu stoppen und die finanziellen Anreize für Übersiedler zu streichen hatte Lafontaine bei der Wahl im Saarland viele Wähler gewonnen. Und daß nicht alle ihre Interessen dem nationalen *»Wohl«* unterordnen wollen und werden, das zeigt der Streik der ErzieherInnen in West-Berlin (siehe Bericht Seite 45). In anderen Bereichen, so im Einzelhandel, bei der Post und im Gesundheitswesen kündigen sich ähnliche Konflikte an.

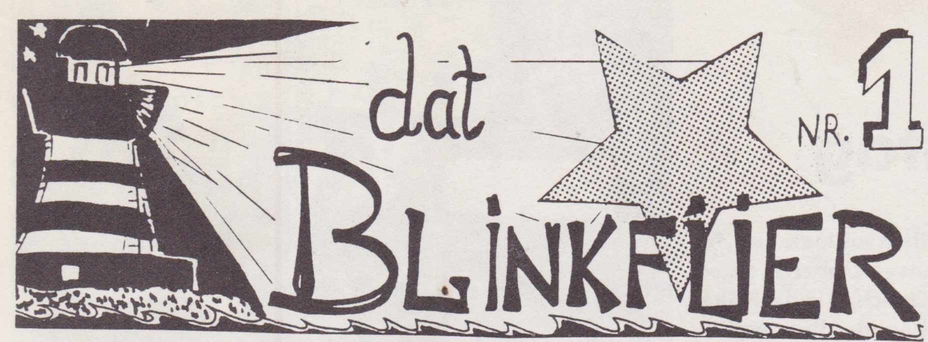
Die herrschende Klasse in der BRD weiß, welche Schwierigkeiten und Konflikte mit dem Einverleiben der DDR verbunden sein können. Die Rechnung, die wir auch in der BRD und in West-Berlin für die Vereinigung zu zahlen haben, soll der Bevölkerung nach dem Willen der Bundesregierung deshalb erst nach den entscheidenen Wahlen in diesem Jahr präsentiert werden.

Sollte der Einigungsprozeß ins Stocken geraten oder die wirtschaftlichen Erwartungen der DDR-Bürger enttäuscht werden, so bleibt den bundesdeutschen Politikern und Medien nichts weiter übrig als zu versuchen mit alten und neuen Feindbildern (Nationalismus, Rassismus und Sexismus) von den Ursachen abzulenken. Wie günstig die Voraussetzungen in der BRD dafür sind, zeigten die Entwicklungen und die Wahlergebnisse des letzten Jahres.

Auch in der DDR sind die Grundlagen vorhanden. Die nationale Euphorie, die Erwartungen die mit der deutschen Einheit verbunden sind, paaren sich schon jetzt mit einer Stimmung in Teilen der Bevölkerung gegen die PDS (den Kommunismus), gegen die in der DDR lebenden Ausländer, gegen die Volksrepublik Polen und seine Bevölkerung. Sollte es den Herrschenden in der BRD gelingen den aufkeimenden Widerstand in beiden deutschen Staaten zu ersticken und große Teile der Bevölkerung zu Opfern im nationalen Interesse des deutschen Kapitals zu bewegen, steht eine Zeit wachsenden Nationalismus und Rassismus bevor.

Der linken und antifaschistischen Bewegung kommt die Aufgabe zu, sich nicht nur gegen die nationalistische und rassistische Entwicklung zu wehren, sondern sich auch mit den sozialen Abwehrkämpfen zu solidarisieren, sie praktisch zu unterstützen, wo immer dies möglich ist. Die Entwicklung in beide Richtungen — stärkerer Nationalismus oder wachsender Widerstand — ist offen, beide Tendenzen sind in den Auseinandersetzungen angelegt. Es gilt die Konflikte in allen gesellschaftlichen Bereichen zu nutzen, die Sand ins nationale Einigungsgetriebe streuen.

Hamburger Regionalteil im Antifa-Info



HAMBURGER REGIONALTEIL – ANTIFA-INFO-BLATT

»dat Blinkfüer« wird den in HH verkauften Infoblättern beigelegt. Der Regionalteil ist natürlich auch für Leute die nicht in Hamburg wohnen zu haben. Bis zur nächsten Ausgabe soll es eine HH-Kontaktadresse geben, bei der das Info bestellt werden kann. Wer interesse am »Blinkfüer« hat, oder sein Abo um diesen Regionalteil bereichern möchte, kann sich erstmal an die Westberliner Adresse wenden.

EDITORIAL

Wir, die Zeitungsredaktion des Hamburger Regionalteils vom „Antifaschistischen Infoblatt", sind Einzelpersonen aus verschiedenen Gruppen, die in der ANTIFA HAMBURG organisiert sind. Diese Zusammensetzung wird sich im Inhalt der Regionalbeilage widerspiegeln. Das heißt: bestimmte Standpunkte, wie z.B. die Notwendigkeit von Organisierung der allumfassenden politischen Praxis (nicht nur Militanz) u.a. werden wir in der Zeitung sicher immer wieder vertreten. Dennoch ist die Beilage kein Organ der ANTIFA HAMBURG, denn das würde bedeuten, daß die Artikel im voraus innerhalb des Zusamenhangs diskutiert werden müßten. Dazu ist aber weder eine Struktur vorhanden (es würde zu lange dauern) noch ist es unser Bedürfnis. Wir sind also keine Delegierten der ANTIFA HAMBURG mit dem Auftrag, eine Zeitung zu machen, sondern eine unabhängige Gruppe. Wir wollen als Gruppe intervenieren. Sowohl innerhalb von ANTIFA HAMBURG als auch innerhalb der antifaschistischen Bewegung in dieser Stadt. Wir hoffen natürlich, daß die Bewegung auf die Zeitung reagiert. Jede/r AntifaschistIn ist aufgerufen, Beiträge zu schicken, sich an der Organisierung der Diskussion zu beteiligen.

Wir sind keine „Flugblätter-gesammelte-Werke-Zeitung". Es wird eine Rubrik „Termine" für Veranstaltungen, Demos usw. geben, die mit zwei bis drei Sätzen kurz angekündigt werden. Ausnahmen wird es geben, wenn eine Demo im Vorwege schon Gesprächsthema in der ganzen Stadt ist. Dann versuchen wir, diese Diskussion zusammenzufassen oder auch zu kommentieren.

Wir sind auch keine Zeitung der aktuellen Infos. Da wir erstmal als Beilage erscheinen (also etwa 2-monatlich), wäre das auch ein Anspruch, den wir in diesem Rahmen nicht verwirklichen könnten. Vielmehr wollen wir dazu kommen, einzelne Aktivitäten von Neonazis in einen Zusamenhang zu stellen und zu bewerten.

Wir haben uns natürlich auch vorgenommen, das praktische Auftreten der antifaschistischen Bewegung unter die Lupe zu nehmen. Für diese Rubrik stellen wir dann noch kurz vor dem Erscheinungstermin die wichtigsten Meldungen zusammen. Das nennen wir — unter uns — „Kampfberichterstattung".

Wir werden versuchen, grundsätzliche Themen anzupacken, die für Hamburg wichtig sind. Z.B. die Frage der Bündnispolitik in Zusammenhang mit der Hamburger Antifa-Koordination. Andere Grundsatzthemen werden weiterhin im überregionalen Teil erscheinen.

Nicht zuletzt wollen wir die Erfahrungen der antifaschistischen Arbeit im Stadtteil, in der Schule, im Betrieb, in der Gewerkschaft oder Universität weitergeben. Wir wollen Projekte vorstellen (wie z.B. das Antifa-Telefon) usw. Aber das zu gewährleisten, hängt auch von Eurer Kooperationsbereitschaft mit uns ab. Wir werden aber auch von uns aus interessanten Projekten nachgehen — also, es kann passieren, daß wir plötzlich mal irgendwo auftauchen und Euch mit neugierigen Fragen nerven.

Bis dann, Eure Redaktion

In dieser Ausgabe findet ihr unter Anderem:

- Eine Einschätzung zur **Demonstration am 3.3.90**
- Stadtteilberichte aus **Norderstedt und Süderelbe**
- Einen **Kommentar zur Diskussion über die Verbotsforderung** bei der Stadteilinitiative in Winterhude
- Ein Interview mit Leuten vom **Antifatelefon**
- Wir gehen der Frage auf den Grund, ob **Antifa eine Wurst ist oder nicht**

'FAP'-ler beim Aufmarsch für Rudolf Heß in Wunsiedel (August '89)



Bundesparteitag der 'FAP'

Eigentlich sollte am 10.3. in Hückelhoven-Doberen, einer kleinen Ortschaft in der Nähe von Aachen, der Bundesparteitag der terroristischen FAP (Mosler-Flügel) stattfinden.

Die Neofaschisten mieteten für diesen Zweck in Doberen die Gaststätte *»Bürgerstube«* an. Als die Wirtin jedoch erfuhr, wer da tagen wollte, entzog sie der FAP kurzerhand die Räume.

Doch ungeachtet dieser Tatsache mobilisierten die antifaschistischen Initiativen vorwiegend aus dem Raum Nordrhein-Westfalen zum vorgesehenen Tagungsort. So kamen dann am Morgen des 10.3. ca. 350 AntifaschistInnen, von Autonomen bis VVN/VdA, nach Doberen, um gegen die Neofaschisten zu demonstrieren und, wenn möglich, den Parteitag zu verhindern.

Die Polizei hatte sich entsprechend zum Schutze der Faschisten vorbereitet. So waren Kräfte aus Aachen, Remscheid, Unna und Bielefeld zusammengezogen worden. Die Gaststätte wurde nach zwei Seiten durch doppelte Absperrgitter und Hundestaffeln verteidigt. Eine permanente Videoaufzeichnung der anwesenden AntifaschistInnen und verschiedene Personenkontrollen stillten die Datensammelwut der Einsatzleitung.

Dies war denn auch für das Bielefelder SEK die Begründung, trotz massiver Vermummung nicht einzugreifen. *»Wissen Sie, lassen Sie die Kinder doch. Wenn es nötig wird, dann haben wir in 30 Sekunden den Platz geräumt. Was sollen wir uns hier jetzt Streß machen«* so der SEK-Führer zu besorgten Journalisten und klopfte sich auf sein, in Cowboy-Manier umgehängtes Tonfa. (Ein in der Öffentlichkeit wegen seiner tödlichen Wirkung verbotenes asiatisches Kampfholz.)

Gegen Mittag kursierten dann verschiedenste Gerüchte durch die Menge. Zum einen behauptete die Einsatzleitung der staatlichen Faschistenschützer, sie hätten die FAP abgefangen und diese würde nun ihren Parteitag in Köln abhalten. Zum anderen hatten AntifaschistInnen einen möglichen Tagungsort in einer nahegelegenen kleinen Ortschaft ausgemacht.

Dann wurde gemeldet, daß die FAP über eine, vor dem zuständigen Verwaltungsgericht eingeklagte, Einstweilige Verfügung die Gaststätte als Tagungsraum bekommen hätten. Diese Verfügung wurde jedoch von der Polizei vor Ort »wegen Sicherheitsbedenken« zurückgezogen. Worin diese angeblichen »Sicherheitsbedenken« bestanden, ist aufgrund der übermäßigen Polizeipräsenz nicht zu erkennen gewesen.

Nach ca. 15 Minuten wurde die Meldung der Einsatzleitung dann von AntifaschistInnen bestätigt. Etwa einen halben Kilometer vor dem Autobahnende standen die FAP-Recken. Ein Reisebus der Recklinghauser Firma Schnitzler, sowie 19 weitere PKWs mit insgesamt an die 120 Neofaschisten, abgefangen von einer Polizeieinheit aus Unna.

Eine kleine Gruppe AntifaschistInnen, sowie einige Journalisten näherten sich dem Konvoi über einen Feldweg, da setzte bei den Neofaschisten auch gleich der Pawlowsche Reflex ein. Heldenhaft wurde aus zum Teil stark alkoholisierten hohlen Köpfen *»Rotfront verrecke«* gegrölt.

Angereist aus Hamburg, Cuxhaven, Uelzen, Aschaffenburg, Augsburg, Kempten, Leverkusen, Neuwied, Recklinghausen, Oldenburg, St.Augustin und Tübingen standen die Großteutschlandkämpfer nun dumm da und mußten nach ca. einer 3/4 Stunde auf der Autobahn, unter Bullenschutz selbstver-



350 AntifaschitInnen demonstrierten gegen die »Großdeutschland-kämpfer« aus dem gesamten Bundesgebiet

ständlich, wieder umdrehen und fuhren in Richtung Köln davon.

Erstaunlich an diesem Aufzug war, daß es noch immer viele Skinheads zu sehen waren. Hatte doch einer der kleingeistigen, aber dennoch ideologischen Führer dieser FAP-Fraktion schon vor längerem *»jegliche* (Konzentrationslager) *KL-Haarschnitte«* ausdrücklich aus der FAP verbannen wollen.

Mit der Disziplin ist es allem Anschein aber nicht allzuweit her. So mußten immer wieder FAP-Mitglieder zurückgepfiffen werden, wenn sie vermeintlich abtrünnigen oder möglichen kühnentreuen Kameraden die Wohnungen kurz und klein schlugen und die Bewohner mehrere Male krankenhausreif prügelten. Wenn auch vom ehemaligen Generalsekretär **Mosler** *»Gestapo-Methoden gegen wirkliche Gegner«*, wie den auf Führungsebene der Kühnen-Fraktion befindlichen **Thomas Brehl**, gebilligt wurden.

Diese Auseinandersetzungen sollten mit einer eher halbherzigen, wenn auch für die FAP politisch notwendigen, Erklärung beseitigt werden. So unterzeichneten die verfeindeten *»Führer«* einen Schrieb in dem die Unterzeichner »auf gegenseitige Angriffe auf die politische Integrität und/oder die persönliche Ehre« verzichteten. So stand es zumindest geschrieben. Was jedoch an der Führungsspitze der Kühnen- oder Mosler-Fraktion munter weiterging. hatte an der Basis schon seit längerem keine Perspektive mehr. Dort arbeiteten die Faschisten flügelübergreifend rege zusammen.

Zum Teil wurden auch die REPs munter von Alt-FAPlern wie **Arnd-Heinz Marx** unterwandert (inzwischen ist er schon wieder ausgeschlossen worden). Wie stark die Neofaschisten auf diese Unterwanderung setzen, zeigt sich auch hier in Westberlin. Dort wird als Paradebeispiel der Republikaner **Wolfgang Wilkening**, ehemals Mitglied in der Bürgerinitiative für *»Demokratie und Identität«* und bekannt für seine Vorliebe für militante Neofaschisten wie **Günter Bernburg** u.a., genannt.

Verwunderlich an diesem Haufen, der da auf der Autobahn stand, war die geringe Personenzahl. Von den aus gewöhnlich gut unterrichteten Quellen genannten 350 FAP-Mitgliedern, waren nur ganze 120 gekommen. Und dies, obwohl der Bundesvorsitzende **Friedhelm Busse** *»Alle Mitglieder«* in der Einladung ausdrücklich *»aufgefordert (hat), am Bundesparteitag teilzunehmen«*.
Ob und wo die FAP jetzt den Parteitag durchgezogen hat, ist leider nicht zu sagen.

Nachtrag:
»Deutsche für Deutsche«

Kleiner Nachtrag zu unserem Artikel *»Deutsche für Deutsche«* in der letzten Ausgabe des Infos: Der SPD-Senatorin und Bürgermeisterin Stahmer ist es offensichtlich ziemlich unangenehm geworden, mit ihrer *»spontanen«* Schirmherrschaft für die Initiative des deutschtümelnden Dietrich Bahner ins Gespräch gekommen zu sein.

In einem, in einer Pressemitteilung vom 1.2.90 wiedergegebenen, Offenen Brief an Bahner schreibt die SPD-Politikerin: *»... ich lehne die Schirmherrschaft für weitere Aktionen ihrer Initiative ... generell ab ...«*. Sie bestätigt zwar darin, daß sie nach *»Öffnung der Mauer ... spontan bereit«* war, die Initiative zu *»unterstützen«*, möchte aber bei weiteren Aktionen der Bahner-Initiative nicht mehr genannt werden.

Welche Meinung ihr SPD-Kollege Alexander Longolius, der neben Wohlrabe (CDU) und Dresdner Bank ebenfalls als Unterstützer der Initiative genannt wurde, dazu hat, ist uns nicht bekannt.

Waffen für Nazis

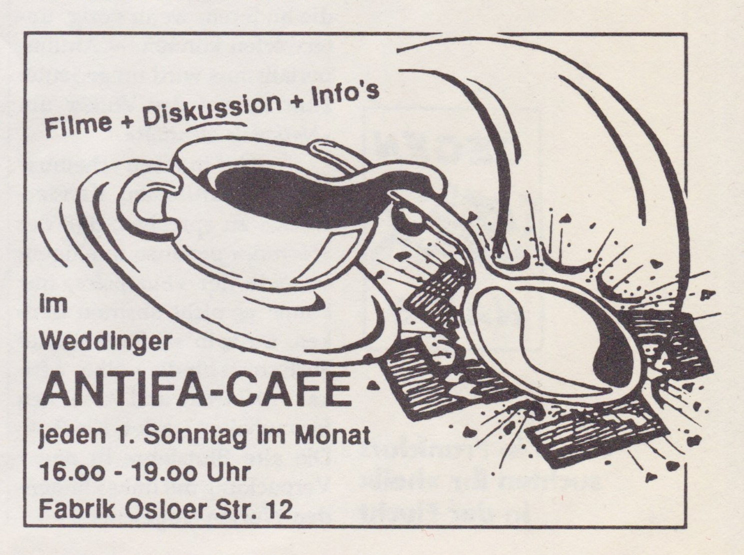
CIA-Beweise für Waffenlieferungen?

■ **Der US-Geheimdienst CIA, ließ kürzlich verlauten, er habe klare Beweise für Verbindungen westdeutscher Nazi-Organisationen mit Arabischen Extremisten. Gemäß eines Berichtes über die BRD glaubt die CIA, daß große Mengen von Waffen und Explosionskörpern von der libanesischen 'Hezbollah' durch Europa geschmuggelt und an Nazi-Terror Gruppen verteilt wurden.**

Der vermutete Verwendungszweck dieser Waffen wird darin gesehen gewalttätige Attacken und Bombenangriffe auf US-Personal und die Militärbasen in der BRD durchzuführen.

Es wäre nicht das erste Mal, daß westdeutsche Faschisten US-Einrichtungen angreifen. Bereits in den frühen 80er Jahren führten sie mehrere Angriffe auf US-Einrichtungen durch und heute ist gut möglich, daß im Zuge des Anschlusses der DDR und der erklärten Strategie der Nazis gegen 'die Besatzer', für ein neutrales Großdeutsches Reich, solche Angriffe von Seiten der Faschisten wieder aufgenommen werden.

Damals sind diese Angriffe, unter anderem von Ottfried Hepp und Walter Kexel ausgeführt, mit einem *»Antiimperialismus«* begründet worden. Der Antiimperialismus wie ihn die Linke vertritt, geht von einer Selbstbestimmung der Menschen aus, damit der Reichtum der Erde gleichmäßig aufgeteilt wird und kein Land über das ande- ►



'NPD'-Aufmarsch in Frankfurt verhindert



re herrsche in einer Welt des Friedens und der Völkerverständigung.

Den *»Antiimperialismus«*, den die Rechte meint, hat mit dem der Linken nichts, aber auch gar nichts zu tun. Aus Sicht der neuen Rechten ist die USA ein Imperialismus, weil sie einerseits in ihrem Land die *»Völker vermischt«* und andererseits andere *»Volksgemeinschaften«* unterdrückt und ihnen ihre Kultur aufdrängt. Die Rechten sind, irreführenderweise, gegen Imperialismus, was bei Ihnen aber bedeutet, daß es keine *»Durchrassung«* der Völker geben dürfe, das es sogenannte starke und schwache Völker gäbe und das die *»starken«* Völker die anderen, wenn nötig, unterwerfen können — Antiimperialismus wird umgedeutet zum Kampf der Völker um *»Nationale Identität«*.

Um in ihren scheinbar wissenschaftlichem Kauderwelsch zu sprechen, daß der *»Negride«* genauso intelligent sei, wie der *»Europide«*, nur könne er nicht abstrakt denken, deshalb sei Technischer Fortschritt für die Völker Afrikas *»Artfremd«* und von Ihnen fernzuhalten. Alles Klar? — Die alte Blutslehre in neuer Verpackung mit links klingenden Worten eingeleitet.



Nazis in Frankfurt suchten ihr »heil« in der Flucht

Bereits zum fünften Mal hat die NPD versucht, in Frankfurt eine Demonstration durchzuführen. Vierzig NPDler waren anwesend am angegeben Treffpunkt, zeitgleich mit etwa 4.000 AntifaschistInnen. Etwa 50% der TeilnehmerInnen waren SchülerInnen, die vom StadtschülerInnenrat mobilisiert wurden. Weil die Demo der Faschisten zu einem stadtbekannten Fascho-Lokal führen sollte, versuchte die Polizei das Erreichen dieses Ortes durch die GegendemonstrantInnen zu verhindern.

Durch massiven Polizei-Einsatz nach ersten Rangeleien (u.a. wurden vier Wasserwerfer eingesetzt) und einer Hetzjagd am Main entlang trieben die »Beamten« die AntifaschistInnen 100 Neonazis in die Arme: Dabei tat sich insbesondere eine Sondereinheit der Frankfurter Polizei (BESI, Beweissicherung) hervor. Das Kalkül der Beamten allerdings ging nicht auf. Denn die so mit den Nazis konfrontierten AntifaschistInnen waren Willens und in der Lage, sich zu wehren. Die etwa 100 Neonazis, die die antifaschistische Kundgebung hatten angreifen wollen, bekamen so starke Gegenwehr zu spüren, daß sie ihr »heil« in der Flucht suchen mußten. Nichtsdestotrotz hat es 27 Festnahmen von AntifaschistInnen gegeben. Insofern läßt sich sicher auch nur von einem Teilerfolg sprechen: Zwar haben die NPDler sich nicht auf die Straße getraut und einige Neonazis auf's Maul bekommen und vor allem ist eine breite Gegenmobilisierung gelungen, dennoch sind die Verletzten und die Festnahmen erneut Ausdruck für die enge Verzahnung von Polizei und Neonazis.

Nach Berichten von KundgebungsteilnehmerInnen (nach der ersten Auseinandersetzung formierte sich ein Protestzug zur Hauptwache der Frankfurter Polizei, der sich von dort in Richtung Untersuchungsgefängnis formierte) war neben dem brutalen Vorgehen der Polizei insbesondere das gut organisierte Auftreten der Faschisten beachtenswert, wird zugleich die Diskussion und Auseinandersetzung als Erfolg gewertet. Gute Stimmung in schwierigen Zeiten.

Brutaler Überfall auf Flüchtlingsheim

■ **Zweimal ist am 9. und 10.3. das Flüchtlingsheim am Sachsenring in Essen-Stehle überfallen worden.** Eine Horde von 50 Nazi-Skins riß am Freitag abend Gehwegplatten aus dem Bürgersteig vor dem Heim, drang mit Äxten, Knüppeln, Tränengas und vermutlich auch Schußwaffen in das Haus ein und zertrümmerte Fensterscheiben und Mobiliar im Erdgeschoß. Zwei Kinder und eine Frau mußten nach dem Überfall ins Krankenhaus. Die Polizei, die nach Berichten von Betroffenen erst spät eintraf, nahm sieben Nazi-Skinheads fest. Am Samstag randalierte erneut eine Gruppe der Nazis vor dem Heim, doch die konnte von Einwohnern vertrieben werden.

Der Überfall auf das rund von 170 Einwohnern bewohnte Asylbewerberheim ist die seit Jahren schwerste Ausschreitung gegen *»Ausländer«* in Essen und er war offensichtlich geplant. In den Tagen vorher wurden mehrfach Nazi-Skins gesehen, die das Heim beobachteten. Vor allem die FAP versucht in dem Stadtteil seit längerem Anhänger zu sammlen. *»Heil Hitler«* Rufe waren auch bei den oben beschriebenen Überfällen nicht zu überhören. (Antifaschistische Nachrichten)





PAL-Geschäftsführer ist 'Republikaner'

■ Die PAL ist für die Erarbeitung der ·Ausbildungspläne und Prüfungen für Auszubildende in der Industrie zuständig und deren Geschäftsführer Gerhard Luedtke ist Funktionär der 'Reps'. Nach Protesten der Gewerkschaften und der Beschäftigten in den PAL-Komissionen ist Luedtke zwar von der Betreuung des Fachausschusses Wirtschafts- und Sozialkunde entbunden, doch wie aus der Stuttgarter IHK-Geschäftsstelle zu vernehmen war sei Luedtke *»auf absehbare Zeit nicht ersetzbar«*.(Antifaschistische Nachrichten, metall)

■ **3. 3. '90 - 12.00 Uhr, die angemeldete Kundgebung des Antifaschistischen Bündnisses auf dem Karl-Muck-Platz findet mit ca.5.000 Leuten statt. Das Spektrum reicht von Autonomen bis zu in bürgerlichen Organisationen zusammengeschlossenen Menschen.**

Die Demonstration ist dann zum Jungfernstieg gezogen, bis dort ist die Menge auf ca. 7-8000 Leute angewachsen, um die von REP und ähnlichen 'Softfaschisten' angemeldete Kundgebung zu verhindern. Die REP und andere haben ein Bündnis mit dem Namen **'Bürgerforum für Wiedervereinigung'** gegründet. Angesichts der antifaschistischen Demonstration sind sie aber nicht gekommen. So zumindest die Nachricht aus HH um ca 22.30 Uhr.
Zuerst gab es dann die Überlegung, die Strecke von dort bis zur Moorweide dichtzumachen. Dort sollte eine Kundgebung von der **'Nationalen Liste'** und anderen 'Hardcorefaschisten' stattfinden. Die antifaschistische Demonstration ist dann aber geschlossen zur Moorweide gezogen.


Kläglicher Haufen Faschisten, von Bullen geschützt

Dort um 13.00 Uhr angekommen, standen ca.30-50 Faschisten mit Fähnchen auf dem Platz hinter einer Kette Bullen. Nichtsdestotrotz wurde sofort von vielen Leuten versucht sie zu vertreiben. Es ►

Auch die Bullen hatten ihre Schwierigkeiten

wurde aber leider keiner erwischt, da die Demo aus verschiedenen Richtungen von ca.1.500 Bullen angegriffen wurde. Diese hatten sich in der Parkgarage des nahegelegenen Congress Centrum mit Kampfliedern, die dort zufällig anwesenden Journalisten die Sprache verschlugen, warm gemacht.

Bis ungefähr 13.20 Uhr gab es eine üble Schlägerei mit den Bullen und vielen Verletzten Leuten. Dann zog die Demo mit ca 2.500 Leuten zurück zum



Gänsemarkt, um dort eine spontane Kundgebung abzuhalten. Auf dem Weg dorthin ist aus einer sehr geladenen Stimmung heraus einiges an Glasschaden entstanden. Nur zu verständlich!!! Diese Kundgebung ist dann von den staatsdienenden Verteidigern der Faschisten nach Aussagen eines Anwesenden wesentlich brutaler als an der Moorweide angegriffen worden. Es gab dort im Verhältnis noch mehr Verletzte als zuvor.

Radio Hamburg meldete empört, daß die Polizei ziellos alle anwesenden Personen, RentnerInnen, Passanten, DemonstrantInnen , zusammenschlug. Die Leute sind in einer einzigen Knüppelei bis zum Karolinen-Viertel getrieben worden. Erst dort wurde von den verbliebenen 1.000 Leuten abgelassen. Nach vorläufigen Einschätzungen - vom selbigen Abend -, um den dann beginnenden Faschistenmarsch zu beschützen.

Während des gesammten Geschehens, versuchten einige Faschisten immer wieder zur Moorweide zu gelangen, wurden aber von aufgebrachten AntifaschistInnen konsequent daran gehindert.

Die Auseinandersetzungen mit den Faschisten begannen bereits in der Nacht vom 2. auf den 3. März im Gebiet der Reeperbahn. Etwa 200 Faschisten zogen in verschiedenen Gruppen umher und schlugen Leute zusammen. AntifaschistInnen wurden, von den Bullen massiv am Eingreifen gehindert. 67 von ihnen landeten in dieser Nacht im Knast. Bei den Bullenangriffen auf die Demonstration wurden laut Radio 100 und ARD 27 bis 40 Leute festgenommen.

Die erste Kundgebung der Faschisten fand, laut Antifa-Hamburg, am 23.12.1989 statt. An ihr beteiligten sich vor allem faschistische Burschenschaftler, 'REP's, die 'NPD' und deren Jugendorganisation 'JN'. Eine zweite gab es am 2.3.1990, vorbereitet vom gleichen Spektrum zusammen mit terroristischen Neofaschisten aus der 'FAP' und der 'NL' (Nationale Liste).

Die antifaschistischen Aktivitäten zum 3.3.1990 wurden zum Großteil von der Antifa-Hamburg (einem Zusammenschluß antifaschistischer Stadtteilinitiativen) vorbereitet. In vielen Stadtteilen gab es zu diesem Datum Kieztreffen, um eine effektive antifaschistische Gegewehr zu diesen neofaschistischen Provokationen zu organisieren.

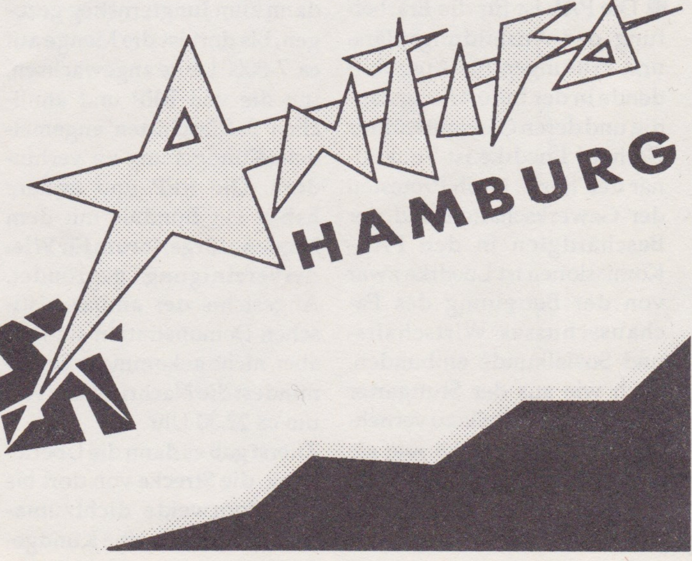
Etwa Woche vor dem 3.3. beteiligte sich ein Antifaschistisches Bündnis u.a. mit Flugblattverteilungen und ähnlichem an den Vorbereitungen. Von Senatsseite aus wurde die Antifaschistische Kundgebung am Treffpunkt der Faschisten genehmigt und die Kundgebung der Faschisten an den Jungfernstieg und an die Moorweide verlegt. Dies sollte allem Anschein nach zum einen das Trennen der AntifaschistInnen von den Faschisten zur Folge haben, und zum anderen die AntifaschistInnen aus den Innenstadt herauslocken. So der Beobachter aus Hamburg.

In der Hamburger Presse wurde in den Tagen vor dem 3.3. für die faschistischen Kundgebungen durch eine ausführliche Berichterstattung eine riesige Werbetrommel gerührt.

Am Abend des 3.3. wollten die Neofaschisten aus der NL eine Veranstaltung mit dem englischen Geschichtsverfälscher (*»Historiker«*) **David Irving** durchführen. Was daraus geworden ist, muß nachgefragt werden.

Faschisten ausgepfiffen:

Am 10.3. spielte St. Pauli in Köln. Als eine Menge faschistischer Hooligans ins Stadion kamen, wurden sie von St.Pauli und Kölner Fans gemeinsam ausgepfiffen und mußten laut Beobachter das Stadion verlassen. Eine gute Zusammenarbeit von verschiedenen Fans, gegen Rechts.



Nazi-Terrorist Manfred Roeder aus Haft entlassen

■ **Am 15. Februar dieses Jahres wurde auf Veranlassung des BGHs der im Juni '82 wegen Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung und versuchter Anstiftung zum Mord zu 13 Jahren Haft verurteilte Manfred Roeder auf Bewährung entlassen.**

Roeder ist nach der vorzeitigen Haftentlassung des Wehrsportgruppen-Chefs **Hoffmann** (s. Info Nr. 9) der zweite wichtige Nazi, der in die Vergünstigung vorzeitiger Haftentlassung kommt. Er gehörte in den 70er Jahren zu den führenden Personen der westdeutschen Nazi-Szene. Roeder war Wegbereiter intensiver Kontakte der Nazis über die Grenzen hinweg.

Er rühmte sich selber eine *»verschworene Gemeinschaft«* in 35 Ländern aufgebaut zu haben. Durch seine ausgedehnten Reisen, besonders nach Südamerika, zu Nazis und Kriegsverbrechern stellte er eine wichtige Verbindung zwischen alten und neuen Nazis dar.

Diese Kontakte pflegte er auch aus seiner Haft. Mit Hilfe seiner Frau, die weiterhin auf dem *»Reichshof«* im Schwarzenborn im hessischen Knüll, der im Sommer 1975 mit Spendengeldern in Höhe von 170.000 DM gekauft worden war, residierte, brachte er monatlich seine Rundbriefe der ***»Deutschen Gemeinschaft international«*** heraus.

Seines Nazi-Karriere begann als CDU-Mitglied, nach seiner Übersiedlung von West-Berlin nach Bensheim im Jahre 1970. Dort gründete er eine *»Bürgerinitiative gegen moralische und politische Anarchie«*, die Ende 1971 in **»Deutsche Bürgerinitiative e. V.«** umbenannt wurde und vom Finanzamt in Darmstadt als gemeinnützig anerkannt wurde.

Unter dem Beifall und mit Unterstützung beider christlicher Kirchen startete der Rechtsanwalt seinen Feldzug gegen Sittenverfall, Pornographie und Dekadenz. Dabei verknüpfte er seinen *»Anti-Porno-Kampf«* mit wilder antikommunistischer Hetze. Er versuchte z. B. mittels frei erfundener Zitate von Mao, Lenin u. a. den Eindruck zu erwecken, als ob die damalige *»Sex-Welle«* ein Trick der Kommunisten zur Eroberung der Macht sei.

Neben seinen anfänglichen Überfällen auf *»Sex-Messen«* und ähnliche Aktionen im Rahmen seines damaligen *»Kampfes«* ging er auch gegen Kunstausstellungen, wie die Kasseler Documenta vor. Außerdem übersprühte er 1974 eine polnische Ausstellung über das KZ Auschwitz mit roter Farbe.

In den 70er Jahren war Manfred Roeder zusammen mit dem Autor des Buches *»Die Auschwitz-Lüge«*, **Thies Christophersen**, und **Erwin Schönborn** Drahtzieher der Zusammenarbeit der damals entstehenden NS-Gruppen. Roeder hatte durch seine Reisetätigkeit gute Auslandskontakte, die er auch für seine Flucht Anfang 1978 nutzte (s. Info Nr. 8, Seite 15). In den letzten zwölf Monaten vor seiner Festnahme am 1. 9. '80 war Roeder in sieben verschiedenen Ländern um seine Auslandskontakte zu pflegen.

Ende 79/Anfang 80 gründete Roeder die '**Deutschen Aktionsgruppen**', die im Zeitraum zwischen 21. 2. - 22. 8. 1980 insgesamt sieben Anschläge, darunter einen auf eine Schule, verübten. Bei diesen Terrorakten starben zwei vietnamesische Flüchtlinge.

Obwohl laut Bundesinnenministerium die Terrorgruppe 'Deutsche Aktionsgruppen' 16 Mitglieder hatte, wurden von der BAW neben Roeder nur vier Leute angeklagt.

Im Prozess wurde darauf verzichtet die Kontakte Roeders näher zu beleuchten und seine Geldgeber aufzudecken.

Nach der jetzigen Haftentlassung ist mit weiteren Aktivitäten Roeders zu rechnen, da sogar die BGH zugeben mußte, daß Roeders politische Überzeugung von NS-Gedankengut durchsetzt ist. Ein erstes Treffen nach seiner Haftentlassung war für den 17./18. März bereits angesetzt. Als Gäste eingeladen sein Nazis aus *»Mitteldeutschland«*.

Zu Roeders »Vergangenheit« siehe auch S. 55: 'Neue Bildpost'



Bundesweite Konferenz »Dem Haß keine Chance«

Sozialdemokratisierung der antifaschistischen Bewegung?

■ Am 10./11.2.90 fand die bundesweite Konferenz gegen Neofaschismus und Rassismus »Dem Hass keine Chance« in Frankfurt a.M. statt. Unerwartet kam es bei dem Abschlußplenum zur Aufkündigung der Mitarbeit und Spaltung der Konferenz durch Vertreter/innen von JUSO, IG Metall und Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (ASF).

Sie waren bei dem Versuch gescheitert, nach der Ausgrenzung des autonomen Spektrums auf der vorhergehenden Konferenz in Bremen, nun DKP und SDAJ rauszuschmeißen. Dieser Versuch war in der Annahme einer entsprechenden Resolution durch die überwältigende Mehrheit der Konferenz-TeilnehmerInnen zurückgewiesen worden. Das Bestreben, die antifaschistische Bewegung zu einem Anhängsel sozialdemokratischer und realo-grüner Politik zurechtzustutzen, hat einen Dämpfer erlitten.

Hier sollte ein Foto hin, daß leider imLay-Out-Chaos verlorengegangen ist, sorry.

Bevor Volker Hauff, Frankfurter Bürgermeister, bei der Eröffnungsveranstaltung der Konferenz in der Paulskirche das Wort ergreifen konnte, besetzten 50-60 linke und autonome AntifaschistInnen kurzzeitig das Podium.

Patriachale Strukturen in der bundesweiten Antifa-Bewegung, Ausgrenzung der Linken, Sozialdemokratisierung der Bewegung, Nationalismus bei der SPD und Teilen der Grünen waren u.a. die Themen von zwei Redebeiträgen aus den Reihen der PodiumsbesetzerInnen, mit denen das Paulskirchen-Publikum konfrontiert wurde. Der anwesenden Prominenz schien das sichtbar zu mißfallen.

Die anschließende Rede von Hauff war von Zwischenrufen, Pfiffen und einem kurzen Gerangel um das aufgehangene Transparent begleitet, das ein eifriger Hauff-Anhänger herunterholen wollte. Der vollständige Text des Transparents lautete:

»Kampf dem Faschismus heißt Kampf jeder Herrschaft. Nazibanden = Handlanger frauenfeindlicher, rassistischer Staatspolitik«.

Bremen und die Folgen

Dabei hatte es in Bremen für die Vertreter/innen dieses Flügels recht verheißungsvoll begonnen. Auf der dortigen Konferenz Ende Januar 89, zu der zahlreiche Inis, Organisationen und Einzelpersonen aufgerufen hatten, hatten sich die Befürworterinnen einer Öffnung der antifaschistischen Bewegung in Richtung SPD, CDU und Kirchen durchgesetzt. Während die DKP sich in freiwilliger Zurückhaltung übte und die Entwicklung sonst mittrug, waren die VertreterInnen von linken und antikapitalistischen Strömungen in der Minderheit.

Einhergehend mit der Öffnung zum bürgerlichen Lager wurde die inhaltliche Ausgrenzung eines aktiven Teils der antifaschistischen Bewegung betrieben. Das hieß: Konsequentes Ausblenden der gesellschaftlichen Ursachen für Faschismus und Rassismus, kein Wort über die Rolle der SPD bei der bisherigen AusländerInnengesetzgebung oder die Grauzone zwischen Konservativen und Faschisten (das Erstarken der 'Republikaner' wurde bezeichnenderweise in Bremen nur am Rande zur Kenntnis genommen).

Das mit dem, von einer Mehrheit angenommenen, Motto: *»Leben und Lieben, dem Hass keine Chance«* Linke und Autonome ausgegrenzt wurden, schien kaum jemandem *»Bauchschmerzen«* zu verursachen. Ein sechsköpfiger 'Koordinationsausschuß' (KO), darunter gerade mal eine Frau, wurde mit der Vorbereitung der Frankfurter Konferenz und einiger weiterer Aufgaben (gemeinsames Plakat, Rundbriefe, etc.) beauftragt.

Während angekündigte Aktionen (z.B. gegen die Verschärfung der AusländerInnengesetzgebung) nicht stattfanden, ging hinter den Kulissen das Geziehe und Gezerre weiter. Der Plan Herbert Schnoor, Innenminister von NRW, in Frankfurt auf´s Podium zu holen, mußte zwar fallengelassen werden, dafür sollte der Frankfurter Bürgermeister Volker Hauf bei der Eröffnungsveranstaltung reden können (siehe Bildunterschrift im Kasten ohne Bild).

Schließlich machte das Frankfurter Multikulturelle Amt unter Leitung von Dany Cohn-Bendit seine finanzielle Unterstützung der Konferenz von der Teilnahme von Walter Janka aus der DDR als Redner abhängig. Trotz eines anderslautenden Beschlußes eines Vorbereitungsplenums, willigte der KO ein. Die Sache scheiterte nur an der Absage von Janka.

Frankfurt und (K)ein Ende?

Daß der KO, der sich mittlerweile als *»Antifa e.V.«* basisunabhängig gemacht hatte, seine Aufgabe nicht nur in der Koordination bundesweiter antifaschistischer Strukturen begriff, zeigte sich wenige Tage vor Konferenzbeginn, als der Vertreter der Jusos im KO einen Unvereinbarkeitsbeschluß mit DKP und SDAJ forderte.

Der KO fand eine *»Kompromißformel«*, die die politi-

schen Absichten besser verschleiern sollte: DKP und SDAJ wurden als unterstützende Organisationen der Konferenz gestrichen. Begründung: Sie hätten seit Dezember '89 nicht mehr an Vorbereitungstreffen teilgenommen (der bisherige DKP-Vertreter war im Dezember aus der Partei ausgetreten, verblieb aber im KO). An zweiter Stelle war erst davon die Rede, daß »... *zentrale Elemente ihrer aktuellen Praxis ... dem Zweck des Bündnisses*« widersprechen würden. Diesem faktischen Ausschluß stimmten die Mitglieder des KO, bei zwei Enthaltungen, einstimmig zu.

Der KO hielt es auch nicht für nötig, mit diesem angemaßten Beschluß an die Öffentlichkeit zu gehen. Erst im Verlauf der Konferenz sikkerte einiges davon durch und führte dazu, daß beim Abschlußplenum eine Resolution eingebracht wurde, die diese Spaltung zurückwies und Aufklärung über den Vorgang verlangte.

Kaum war die Abstimmung darüber abgeschloßen, verkündete der Juso-Vertreter den Abbruch der Mitarbeit seiner Organisation. Es half auch nichts, daß Jusos aus Hamburg ihr Verbleiben auf der Konferenz und ihre Mißbilligung über die Spaltung bekundeten, die Vertreter/innen von IGM und ASF im KO kündigten ebenfalls die Mitarbeit auf.

In der verbleibenden Zeit gelang es dem nun etwas kopflosen Plenum nicht mehr, sich darüber zu verständigen, ob und wie weitergemacht werden sollte. VertreterInnen der Landeskoordination aus NRW kündigten lediglich an, sich in absehbarer Zeit um eine bundesweite Einladung zu kümmern. Was daraus wird und unter welchen politischen Vorzeichen das dann stehen wird, ist noch unklar. Es war übrigens noch zu erfahren, daß ähnliche Spaltungsversuche im Vorfeld der Konferenz in regionalen Bündnissen stattgefunden haben sollen. Ein Zeichen dafür, daß Frankfurt kein »*Sonderfall*« war.

Aussichten

Angesichts eines gewachsenen Nationalismus und den Entwicklungen in der DDR und der BRD werden Spaltungsversuche und Angriffe auf die Antifa-Bewegung in nächster Zeit eher weiter zunehmen. Dabei gewinnt die Totalitarismus-Doktrin, die Gleichsetzung von »*links*« mit »*rechts*«, als ein Instrument der Spaltung und Zähmung der Bewegung an Bedeutung. Das hat sich auch auf der Konferenz gezeigt.

Was vor einigen Jahren noch das Geschäft bürgerlicher Konservativer war, die Verknüpfung von Faschismus und Stalinismus, wird zunehmend auch im »*fortschrittlichen*« Lager betrieben. Die damit verbundene Verharmlosung des Faschismus (und der aktuellen faschistischen Strömungen), wie sie im »*Historikerstreit*« sichtbar wurde, kann heute auch in der TAZ nachgelesen werden. (Jüngstes Beispiel dafür ist der Artikel von H.C. Buch vom 13. 3. '90, in dem er behauptet, »... *daß der Stalinismus eine linke Variante des Faschismus*« darstelle.)

Auf der Konferenz in Frankfurt gab es denn auch den Versuch »*Stalinismus in der Antifabewegung*« zum Thema zu machen. Zwar richtet sich der Vorwurf bisher vorwiegend an das DKP-Spektrum, gemeint sind aber alle antikapitalistischen Positionen. Der KO, mit deutlich sozialdemokratischer Ausrichtung, hat dieses Spiel mitgespielt. Wirft mensch einen Blick auf die nationalistische SPD-Politik, werden die Hintergründe dieser Haltung (mit Blick auf die anstehenden Wahlen) klar.

Der Funktionärsklüngel des formal nicht mehr bestehenden KO trifft sich weiterhin, auch nach der Konferenz. Es bleibt abzuwarten, wie sich in der Zukunft ihre Basis dazu verhält. Bündnispolitik, d.h. Zusammenarbeit in praktischen Fragen, hat nachwievor ihre Berechtigung, wird sich aber u.a. mit jenen Teilen der Basis der reformistischen Organisationen entwickeln müssen, die die Ausgrenzung antikapitalistischer Positionen in Frankfurt abgelehnt und so ihren Funktionären eine Niederlage verpaßt haben.





Zweite Ausgabe des türkischen Antifa-Infos

■ Die zweite Ausgabe des 'Antifasist Haber Bülteni' ist soeben erschienen, hier eine Zusammenfassung der behandelten Themen:

Jugendgangs

Seit Monaten wird die öffentliche Stimmung gegen die Jugendgangs, die '36 Boys', die 'Fighters' und die 'Black Panthers' u.a. von der taz, der türkisch sprachigen Hürryet und der Westberliner Polizei angeheizt. Diese Gruppen werden diskriminiert — indem behauptet wird sie seien alle *»kriminell«* sollen sie von der übrigen Bevölkerung isoliert werden.



Der Polizei soll bei der Kriminalisierung freie Hand gelassen werden und diesen Polizeiterror kriegen jugendliche EmigrantInnen durch die zahlreichen Festnahmen in letzter Zeit besonders zu spühren. Das Haber Bülteni nimmt gegen diese Kriminalisierung Stellung und verteidigt die Gangs gegen die Anfeindungen.

Zwei Schwerpunktthemen imHaber Bülteni Nr.2: -Jugendgangs -Frauen

Gangs gibt es seit einigen Jahren in Westberlin, sie schlossen sich zusammen gegen Discoverbote, Rausschmisse aus Jugendheimen und zur gemeinsamen Freizeitgestaltung, aber auch als Abwehr gegen Faschisten.

Heute hat die rassistische Gewalt auf den Straßen zugenommen und seit dem 20. April 1989 haben viele Jugendbanden keinen Zweifel daran gelassen, daß sie auch bereit sind sich selbst zu verteidigen, deshalb werden sie verschärft kriminalisiert. Das Haber Bülteni macht Vorschläge für eine Zusammenarbeit gegen die Faschisten und ruft dazu auf die Streitereien und Gebietskämpfe untereinander einzustellen und Verbindung mit Antifa-Gruppen aufzunehmen.

In diesem Zusammenhang ist auch ein Interview mit der Hamburger Gruppe 'Red Cops' veröffentlicht, die die antifaschistische Selbsthilfe in Bergedorf praktizieren. Daran anknüpfend enthält die Zeitung einen Beitrag der 'Antifasist Gençlik' (Antifaschistische Jugend), in dem sie konkretere Vorschläge zur Organisierung in den Stadtteilen machen, mehr dazu im nächsten Info.

Frauen:

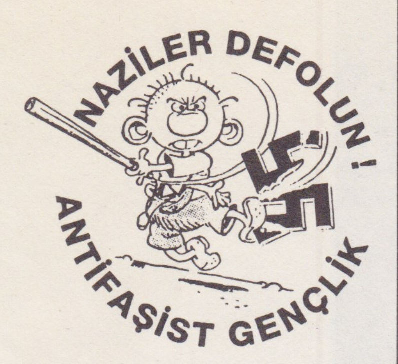
Einen weiteren Schwerpunkt des Heftes bilden Berichterstattungen und Artikel aus der Sichtweise von Frauen. Eine türkische Frau schreibt über die sexuellen Belästigungen, die sie am Arbeitsplatz und auf der Straße von ihren männlichen Kollegen erfährt.



Eine andere Frau beschreibt ihre Gefühle im Zusammenleben mit einem Mann, erzählt über sich, ihre Liebe und dem ständigen Druck des Mannes, der sie zum Nachgeben zwingt, um ihre Liebe unter Beweis zu stellen.

Wenn sie sich als Frau die beim Mann selbstverständlichen Freiheiten nimmt, wird sie gleich als *»Schlampe«* oder ähnlichem beschimpft. Sie erzählt über diese Lüge, die ihr alle erzählen, die nur ihr *»Bestes«* wollen. Dieser Artikel befasst sich speziell mit der Frauenunterdrückung in der türkischen Gesellschaft - er soll für eines der nächsten Infos übersetzt werden. Zur Geschichte des internationalen Frauentages und dem Streik der ErzieherInnen in den Kindertagesstätten sind weitere Beiträge veröffentlicht, sowie die Übersetzung eines Flugblattes von Frauen, das über die vermehrten Übergriffe gegen Frauen durch Rechte in Westberlin informiert.

Ein weiterer Schwerpunkt ist das neue Ausländergesetz aus dem Auszüge veröffentlicht und kommentiert werden. Es werden die Auswirkungen aufgezeigt, die das neue Gesetz für die Emigran-



tInnen haben wird. Auch die Geschichte der Ausländergesetze in der BRD ab 1945, deren Vorlagen aus den Gesetzen der Nazi-Zeit stammen, wird beleuchtet (siehe Artikel Ausländergesetz).

Sonst gibt es noch eine Reihe weitere spannende Artikel über die Situation in der DDR und den anwachsenden Nationalismus bei vielen Deutschen, sowie über die letzten Wahlerfolge der faschistischen 'Front National' in Frankreich, die eine Verschärfung des Immigrationsgesetze zur Folge hatten. Abgeschlossen wird das Heft mit einer Comikseite und Presseschnipseln über wichtige Ereignisse der letzten zwei Monate.

Das 'Antifasist Haber Bülteni' erscheint zweimonatlich und ist zu beziehenüber:

Avni Genç
Gneisenaustr. 2a,
1000 Berlin 61

Neue Termine im Kiezladen, Falckensteinstr. 46

ab April jeden Mittwoch ANTIFA!
1. und **5. Mi.** im Monat: **Antifa Gençlik**
2. und **4. Mi.** im Monat: **Antifa-Kneipe wie gehabt**
am **3. Mi.** im Monat: **Frauen und Lesben Antifa-Kneipe**
und **jeden Mi. von 16-20 Uhr - Kreuzberger Jugendfront-Kneipe**



TERMINE

21.4. - 29.4.: Aktionstage gegen das Ausländergesetz (Programm siehe Ankündigen)
27.4.: Verabschiedung des Ausländer Gesetzes im Bundestag
1.Mai: Antifaschistischer Block auf der DGB Demo-Treffpunkt 8 Uhr 30 am Halleschen Tor, **Revolutionäre 1.Mai Demo** Treffpunkt 13 Uhr am Oranienplatz, **Kreuzberger Kiez-Fest** auf dem Görlitzer Bahnhof geplant, war bei Redaktionsschluß noch verboten, Beginn 15 Uhr
5.Mai: Veranstaltung gegen den Rassismus und Sondergesetze, Ort wird noch bekanntgegeben
8.Mai: Demonstration "zum 45.Jahrestag der militärischen Niederlage des Faschismus: Nie wieder Faschismus" um 17 Uhr am Steinplatz, ob das auf Flugblättern von den REP angekündigte Treffen "aller Patriotischen Kräfte" in Westberlin stattfinden sollte, wird sich Demo zum Veranstaltungsort bewegen.
24.5. - 27.4.: Katholischer Kirchentag, Vielfältige Aktionen und Veranstaltungen unter anderem gegen die "Lebensschützer" oder den klerikalen Faschisten von 'Opus Dei' werden bereits geplant, das nähere entnehmt bitte den entsprechenden Aufrufen

Abonniert das

★ ANTIFA ★ JUGENDINFO

ABO* 25,-- DM ○
Förder-ABO 50,-- DM ○

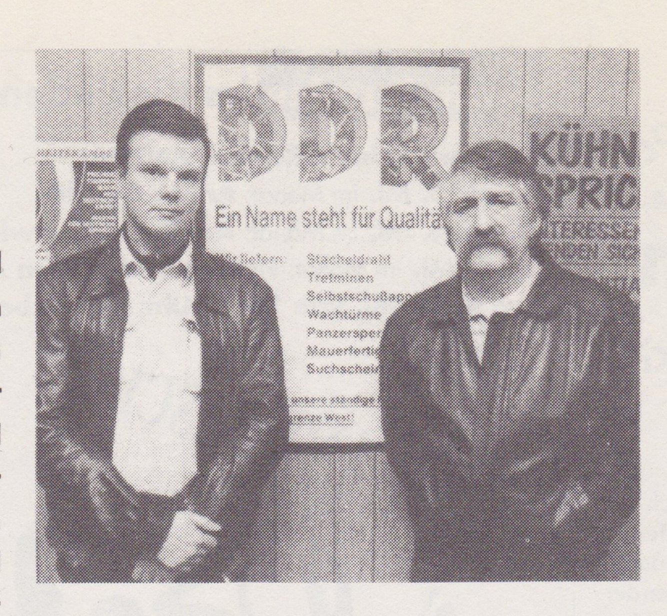
*) ABO: Ein Jahr lang alle **ANTIFA-JUGENDINFOS**, sowie Flugblätter, Plakate und Presseerklärungen der **ANTIFA-JUGENDFRONT**
Zahlbar **Im Voraus** bar oder per Scheck
ANTIFA-JUGENDINFO, Gneisenaustraße 2a, 1000 Berlin 61

FrauenAntifaKneipe

jeden 3. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr

Falckensteinstr. 46, 1/36

Berlin (Ost wie West) wird zum Anziehungspunkt von Neonazis. Nach den Demonstrationsversuchen der NPD in Frankfurt a. Main und den Aufmärschen der 'Nationalen Liste' des Kühnen Flügels in Hamburg (s. Artikel in diesem Heft), war der Westberliner Stadtteil Steglitz am 17.März '90 Schauplatz einer Demonstration von Kühnens FAP.



Michael Kühnen und Reisz (FAP)

'FAP'-AUFMARSCH

■ Die Nazis, unter ihnen **Michael Kühnen**, waren in zwei Bussen aus Westdeutschland angereist und trafen sich in der Kneipe *»Elephant«* am Steglitzer Damm. Über hundert von Ihnen nahmen an einem Treffen in den Versammlungsräumen des Lokals teil, das von der *»Initiative Volkswille«* angemeldet worden war. Diese Organisation wurde von Kühnen und Co als Ersatz für die im Februar 1989verbotene **»Nationale Sammlung«** gegründet. Gegen 19 Uhr 30 formierten sich die Faschisten direkt vor dem Treffpunkt zu einem Aufmarsch.

Die hauptsächlich aus Westdeutschland und der DDR angereisten Nazis waren teilweise uniformiert, streckten die Arme zum 'Sieg Heil' und führten in ihrer Marschordnung die schwarz-weiß-rote Preußenfahne und die Reichskriegsflagge mit sich. Begleitet wurde der Zug von drei, später vier Mannschaftswagen, der Westberliner Polizei, die keinerlei Anstalten machte den Aufmarsch zu verhindern.

Der Aufmarsch war von kurzer Dauer, unter Parolen wie *»Deutsche Jugend für deutsche Einheit«* zogen die Nazis auf den Hermann-Ehlers-Platz vor dem Steglitzer Rathaus und hielten eine Kundgebung ab. Für eine öffentliche Würdigung, da sich ja sonst kaum Menschen auf den Straßen befanden, sorgten zwei mitgebrachte bzw. bestellte Kamerateams, die ihren Film auch am nächsten Abend im Fernsehen ausstrahlen durften. Anschließend verschwanden die Nazis in der U-Bahn.

Es ist das erste Mal seit 1986, als die **'Bürgerinitiative für Demokratie und Identität'** (BDI) eine Kundgebung am Fehrbelliner Platz gegen die *»Asylflut«* abgehalten hatte, daß Nazis in Westberlin in dieser Anzahl wieder ungehindert aufmarschieren konnten.

Sie halten ihre Stunde durch das Aufleben des deutschen Nationalismus im Zuge des Anschlusses der DDR und der wachsenden AusländerInnenfeindlichkeit für gekommen.

Die **'Republikaner'** versuchen die Stimmung der Anwohner des Polenmarktes gegen die Polen auszunutzen und riefen in Flugblätter zur Teilnahme an der Demonstration gegen den Polenmarkt auf. Das ist die Zeit auf die sie lange





Nazis in »BERLIN«

gewartet haben, obwohl die Geschwindigkeit der Rechtsentwicklung anfangs auch alle Fraktionen der Rechten überrascht hatte. Allen Gruppen der faschistischen Rechten gemeinsam ist die Forderung nach einem Volksentscheid über den Anschluß der DDR und die Aufforderung gegen den *»US- und Sovjetimperialismus«* einzutreten, mit der Forderung *»Besatzer Raus«*, und *»Ausländer Raus«*, gegen *»kulturelle Überfremdung«*. In ihren Zeitungen wird festgestellt, daß der *»Einigungsprozeß«* bisher nur von der DDR Bevölkerung auf die Straße gebracht wurde und daß die faschistische Rechte in der BRD daran noch wenig Anteil hatte

Die Faschisten sind auf dem Sprung ihre gesellschaftliche Isolierung zu überwinden, indem sie nur an die Themen anknüpfen müssen, die in der Öffentlichkeit von den Medien verbreitet werden. Rückendeckung erhielten sie in den letzten zwei Fällen in Westberlin und Hamburg von einem SPD geführten Senat, der sie marschieren ließ bzw. sie gegen eine 6.000 Menschen zählende Gegendemonstration verteidigte.

Das ist der Moment an dem sich eine antifaschistische Selbsthilfe bewähren muß. Die Faschisten setzen den Kampf auf der Straße auf die Tagesordnung, die Zahl der Überfälle von Nazi-Skins, Faschos, Rassisten und aufgehetzter Bürger und Jugendlicher hat in den letzten Monaten zugenommen: Im Grenzgebiet zur DDR, auf dem U- und S-Bhf. Friedrichsstraße sowie am Schlesischen Tor vergeht keine Woche ohne Überfälle.

In der Sylvesternacht waren mehrere Frauen am Schlesischen Tor Opfer von Überfällen einer Gruppe von ca. 20 Nazis.

Die besetzten Häuser in der Marchstr. wurden nach einem abgewehrten Angriff von Nazis dafür von den Bullen zwei Stunden belagert, eine Großrazzia konnte durch das Eintreffen einer AL-Abgeordneten noch abgewendet werden. Die Antwort der BesetzerInnen war eine Demonstration durch den Charlottenburger Kiez. Mahmut Ahzar ein pakistanischer Student der FU starb an den Folgen eines Überfalls von einem DDR-Bürger, der seinen Angriff mit einem Feuerlöscher-Deckel mit den Worten *»Deutschland den Deutschen«* einleitete.

Die Gewalt von Rechts hat auf der Straße in beiden Teilen der Stadt zugenommen, sie verschärft das Klima zwischen den EmigrantInnen, den Polen und den übrigen Bevölkerungsteilen. Die zunehmenden Überfälle von *»Deutschen«* auf *»Nicht-Deutsche«* sind die Ursache für die Gewalt untereinander auf den Straßen und hauptsächlich die jungen EmigrantInnen antworten ihrerseits und verteidigen sich gegen eine Welt des Rassismus. Dafür werden sie seit Monaten verstärkt von der Polizei verfolgt und kriminalisiert.

Wir wollen dieser Entwicklung eines Klimas in dem Faschisten offen auftreten und ihren Terror ausbreiten können nicht tatenlos zusehen. Die Antifa-Bewegung hat um den 20. April letzten Jahres bewiesen, daß es möglich ist eine wirksame Antifaschistische Selbsthilfe mit denjenigen zu organisieren, die angegriffen werden, die sich wehren wollen, die nicht warten wollen bis sie an der Reihe sind. In dieser Selbstschutz-Kampagne wurden viele Erfahrungen gesammelt, die heute von Nutzen sind, das Rechte Klima hat sich zwar verschärft, doch wir sind immer noch Viele, wenn wir zusammenarbeiten.

Die Antifaschistische Selbsthilfe kann nicht von einer Gruppe oder Zusammenhang alleine organisiert werden, zu zahlreich sind die Überfälle geworden, doch gibt es in fast allen Westberliner Stadtteilen eine Gegenwehr, die die Nazis bis jetzt davon abgehalten hatte wieder öffentlich zu marschieren.

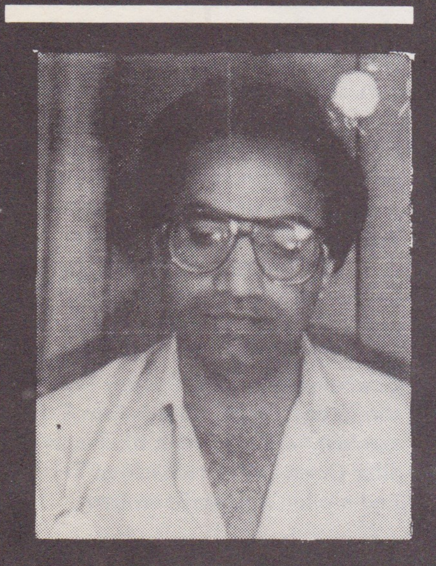
Auch wenn wir wissen, daß die Nazis keinen dumpfen Hitler Kult mehr vertreten, ist doch der 20.April ein Datum, an dem außer Feiern auch Überfälle zu erwarten sind. Wenn im letzten Jahr ein Großteil der geplanten Veranstaltungen der Faschisten abgesagt worden sind, so lag das an der Rücksichtnahme auf die Wahlerfolge der 'Republikaner'.

Nach unseren Informationen haben wichtige Bindeglieder zwischen den militanten Faschisten und den sich gemäßigter gebenden 'REP' darauf hingearbeitet. Für den 20.April 1990 im besonderen ist jedenfalls höchste Aufmerksamkeit verlangt, denn die Nazis treten aller Orten mit verschärftem Terror auf und wollen die Straße erobern.

Die antifaschistische Selbsthilfe organisieren! Mit internationaler Solidarität gegen faschistische Gewalt!

Rassistischer MORD in Westberlin

Nachdem er im Januar von einem angetrunkenen DDR-Bürger zusammengeschlagen worden war, starb der pakistanische Student Mahmud Azhar am 6. März. Durch seine lange Bettlägrigkeit im Krankenhaus, hatte er sich eine Lungenembolie zugezogen. Während seines Krankenhausaufenthalts scheute sich Azhar aus Angst vor weiteren Repressionen an die Öffentlichkeit zu gehen.



■ Beim Verlassen des FU-Institutsgebäudes für Biochemie hatte sich der DDR'ler Azhar mit ausländerfeindlichen Parolen wie » Deutschland den Deutschen « in den Weg gestellt und seinen Pass verlangt. Als Azhar sich ins Gebäude flüchtete und die Polizei anrufen wollte, riß der Angreifer das Telefonkabel aus der Wand und schlug mit dem Deckel eines Feuerlöschers auf dessen Kopf, bis er blutete. Azhar rief nach dem Überfall die Polizei an. Die reagierte aber erst, als auch ein Taxifahrer Meldung machte.

Der zunächst festgenommene Täter wurde nach einem Verhör trotz Fluchtgefahr wieder freigelassen und konnte unbehelligt in die DDR zurückkehren. Die Polizei stellte wenige Tage darauf das Verfahren ein. Das muß aber wieder aufgenommen werden, nachdem die Angehörigen Anzeige erstattet haben. Welche Beamten in der Notrufzentrale und beim Einsatz Dienst hatten, sei nach Auskunft von Polizei und Staatsanwaltschaft z.Z. nicht zu ermitteln.

Auf einem Treffen, zu dem der Pakistanische Studentische Verein eingeladen hatte, wurde u.a. die Durchführung einer Demonstration beschlossen. An der Demonstration am 24.3. in der Innenstadt beteiligten sich etwa 300 Leute. Außerdem fanden mehrmals, jeweils an einem Mittwoch und Samstag, am Breitscheidplatz Mahnwachen statt.

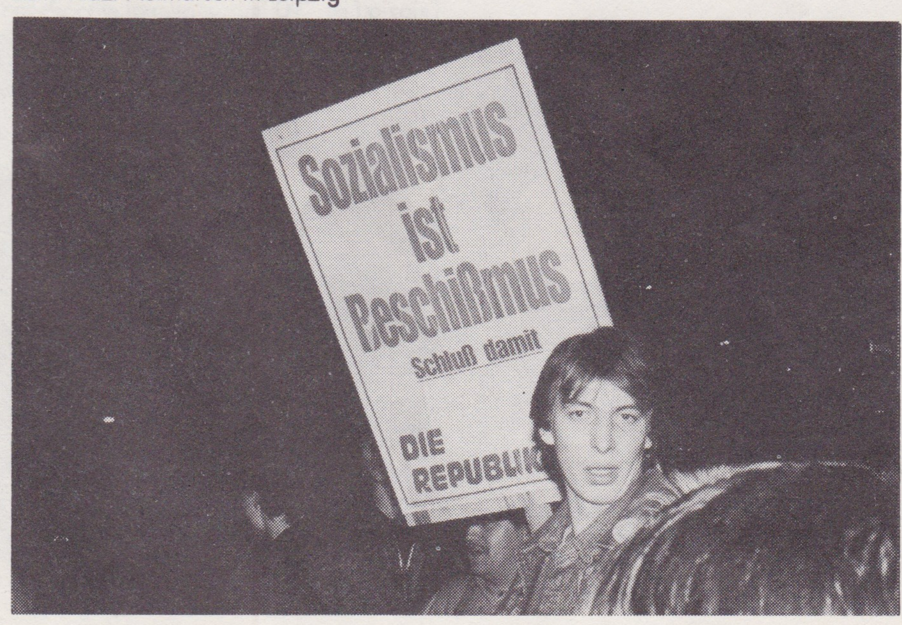
Insgesamt wurde der Vorfall in der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen. Ebenso wie der staatliche Rassismus in Form verschärfter Ausländergesetze ist der rassistische Terror auf der Straße kein Thema für die bürgerlichen Medien. Die Zusammenhänge sollen im Dunkeln bleiben.

Innerhalb eines Jahres ist dies bereits der zweite rassistische Überfall mit tödlichem Ausgang in Westberlin. Wenn es überhaupt in diesem Fall zu einem Gerichtsverfahren kommt, ist zu erwarten, daß die Tat wieder einmal zum » Einzelfall « erklärt werden wird. Schließlich wollten bei dem Mörder von Ufuk Sahin weder Gericht noch Staatsanwaltschaft in AusländerInnenhaß und Rassismus einen Grund für die Tat erkennen und sorgten für ein mildes Urteil.

Nazis in der DDR

Im letzten Info-Blatt haben wir ausführlicher über die Anfänge der Entwicklung faschistischer Gruppierungen in der DDR berichtet. Mittlerweile hat sich diese Tendenz verschärft, bewaffnete Überfälle von Nazi-Skins auf linke fortschrittliche Menschen und AusländerInnen haben ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Ob in Ostberlin oder Leipzig, fast jedesmal sind auch Nazis aus dem Westen beteiligt.

Beim Nazi-Aufmarsch in Leipzig



■ Am Samstag dem 17.März wurde ein besetzte Haus im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg gleich zweimal überfallen, das erste Mal von 200-300 Anhängern des FC Berlin, dem alten Stasi Verein, dessen Fans schon seit langem von Nazis beeinflußt worden sind, und das zweite Mal von einer Gruppe von 30-40 Nazis, die es nach dem ersten zurückgeschlagenen Angriff noch einmal probierten.

Nach Augenzeugenberichten sollen unter den Angreifern auch einige Nazis aus dem Westen gewesen sein, die die Situation anheizten. Auch der zweite Angriff wurde von den Bewohnern und ihren Unterstützern abgewehrt, auf der Strecke blieben zwei Volks-Polizisten, die sich den Nazis ohne Schutzausrüstung entgegengestellt hatten. Das war der bisherige traurige Höhepunkt nach den Spielen des FC Berlin. Schon seit Monaten sorgen die Nazi-Fans des Vereins für Jagd auf Linke und AusländerInnen nach den Heimspielen im Prenzlauer Berg Stadion. Bereits zwei Wochen zuvor zog eine 200 Personen starke von Nazis geführte Gruppe nach einem Spiel des FC-Berlins zu einem Laden, der von unabhängigen Linken eröffnet worden war, und zerstörten die Scheiben.

Doch nicht nur an den Samstagen nach den Fußballspielen auch unter der Woche hat die rassistische Gewalt und die der Nazis zugenommen. So z.B. im Wahlkampf, in dem es mehrere schwere Überfälle gegen Linke bei Plakataktionen und Flugblattverteilen gab, wobei es zu einigen Schwerverletzten kam. Immer wieder werden die besetzten Häuser und deren BewohnerInnen angegriffen. In der Nacht vom 4. auf den 5. April, als eine Gruppe von c.a. 10 Nazis, ausgerüstet mit Baseball-Schlägern, Reizgas, Gasmasken und SS-Uniformkappen, über das Dach in das besetzte Haus in der Kreutziger Straße eindrang. Sie überfielen die BewohnerInnen im Schlaf, sprühten die Zimmer voll mit Gas und schlugen auf die teilweise noch Schlafenden ein. Eine Frau erlitt dabei einen Rippenbruch und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Nachdem sie das Haus verwüstet hatten kletterten sie über eine Leiter aus dem ersten Stock des Hauses und entfernten sich mit zwei weiteren Nazis, die vor der Tür gewartet hatten. Der Anführer der Gruppe wurde von einem der



17. 3. '90 - Faschos vor dem Angriff auf das besetzte Haus in der Schönhauser Allee. Links, mit Freundin: Christian Francke von der Westberliner 'NF'

Schläger mit *»Mario, mein Führer...«* angesprochen.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Westberliner und bundesdeutschen Nazi-Organisationen eine fieberhafte Organisierungsarbeit unter anderem in Berlin aufgenommen haben. Dort will sich eine **'Nationale Alternative'** zur Wahl stellen, die unter Anleitung der **'Nationalen Liste'** des Hamburger Kühnen Gefolgmanns **Christian Worch** arbeitet. Das Propagandamaterial besonders Aufkleber der 'FAP', 'NF', der 'Nationalen Liste', der 'Jungen Nationaldemokraten' und vor allem der 'Mitteldeutschen Nationaldemokraten' (MND) sowie weiterer faschistischer Gruppen hat Verbreitung gefunden.

Potsdam

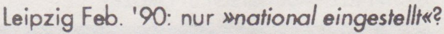
Auch in Potsdam können die örtlichen Nazis mit Unterstützung aus dem Westen rechnen. Oftmals »zu Besuch« sind Nazis der sog. **»Wannsee Front«** aus dem anliegenden Teil West Berlins, um unter den Potsdamer Skins ihre Gefolgschaft zu organisieren. Nachdem das besetzte Haus zweimal überfallen worden ist und die Angriffe das letzte Mal am 23.März erfolgreich zurückgeschlagen werden konnten, sind die Nazis zu gezieltem Terror übergegangen. In kleineren Gruppen werden Einzelne verprügelt und überfallen. So auch der Besetzer einer Paterre-Wohnung der in der ersten Aprilwoche schlafend im Bett von einer Gruppe Nazis in seiner Wohnung überwältigt worden ist. Ihm wurde mit Glasscherben das Gesicht zerschnitten und auf seinem Bauch ein Hakenkreuz eingeritzt.

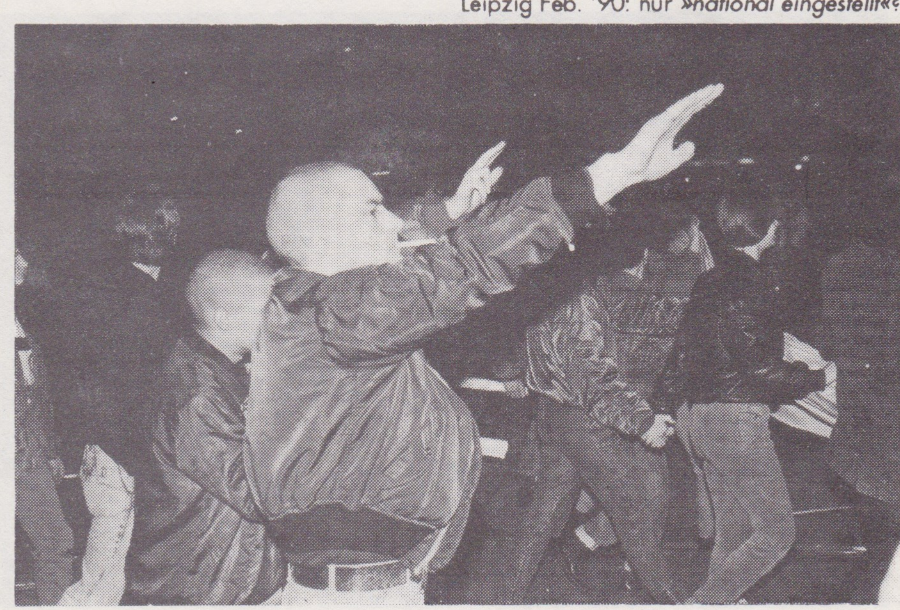
Im nahegelegenen Brandenburg fand am 6 April die Gründungsversammlung des **'Republikaner'** Landesverbandes Brandenburg. unter Beteiligung von c.a. 60 Personen statt. Den 50 GegendemonstrantInnen standen zusätzlich noch ungefähr 60 Skinheads und Nazis gegenüber, die auf der Suche nach der REP Versammlung durch die Stadt zogen.

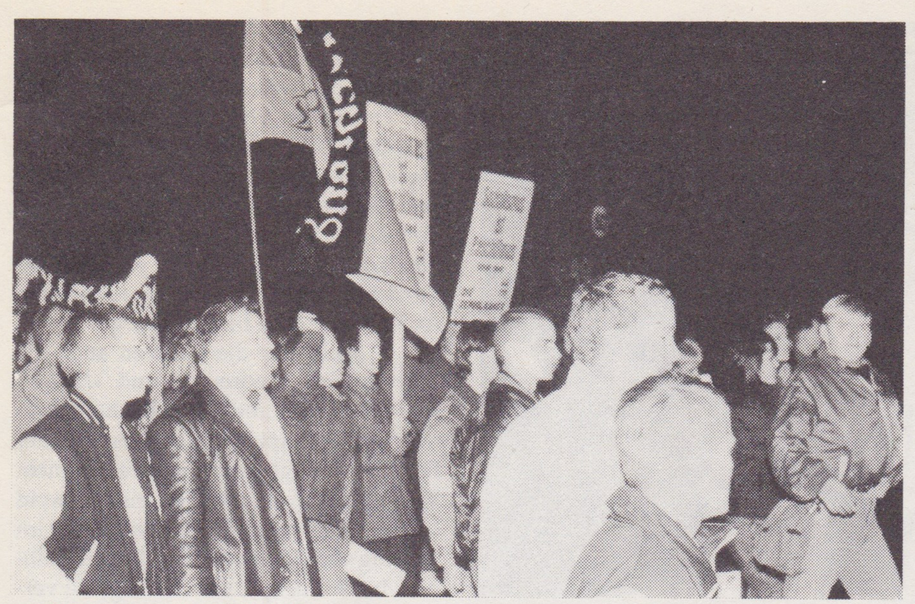
Leipzig

Die Leipziger Montagsdemonstrationen waren wie berichtet zum Tummelplatz der Nazis aus Ost und West geworden, die die große Menge der Deutschlandfans mit ihrer Propaganda versorgten und eine Basis für ihre Aktionen schufen. Obwohl die Partei der 'Republikaner' offiziell in der DDR noch verboten ist, konnte sie ungehindert Massen von Flugblättern unter die Menge bringen. Widerstand dagegen gab es nur von einer kleinen Anzahl von AntifaschistInnen, die sich nicht von der Straße vertreiben lassen. Die Flugblätter der REPs werden aus Westdeutschland angekarrt und teilweise direkt aus den Autos unter der Menge verteilt, es wurden auch wieder Blätter verbreitet, die zur *»Konferenz aller patriotischen Kräfte in Deutschland«* in West-Berlin für den 8. Mai 1990 aufriefen. Der unter den Rep-Flugblätter als verantwortlich zeichnende ist Franz Glasauer, stellvertretender Landesvorsitzender der REP in Bayern, die auch mit der Propagandaverteilung für Sachsen beauftragt sind.

Vor einigen Monaten machte er den Vorschlag das Gelände, auf dem die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf


Leipzig Feb. '90: nur *»national eingestellt«*?





»SS-Siggi« Borchardt ('FAP'), zweiter v. links, zusammen mit 'REP's beim Nazi-Aufmarsch in Leipzig

entstehen sollte, in ein Arbeitslager für (linke) Demonstranten umzuwandeln. Am 29.Januar stürmten Antifas den Stand, während sich die Masse der DemonstantInnen auf dem Altstadt Ring befand, und entfernten das Hetzmaterial und die Andenken-Sammlungen, Kugelschreiber und Bierhumpen mit der REP Aufschrift, aber auch Schlagringe und versüßten den Bundes Reps die Heimreise mit ein wenig Buttersäure im PKW.

Nicht ohne handfeste Proteste verlief dann auch die Gründung des REP-Landesverbandes: Spontan zogen 80 Antifas vor das Hotel am Liszt Platz, in dessen Räumen sich die REPs unter Anleitung des Westens gerade gründeten. Als die Proteste auch für die Teilnehmer unüberhörbar geworden waren, forderte der Versammlungsleiter die Faschisten dazu auf sich mit Stuhlbeinen zu bewaffnen und gegen die Antifas vorzugehen. Doch die ließen sich nicht nicht so ohne weiteres vertreiben und schlugen zurück, worauf sich eine c.a. einstündige Straßenschlacht entwickelte, die erst durch das Eingreifen der Polizei gegen die Antifas beendet worden war. Unter Androhung von Schußwaffengebrauch gingen die Bullen vor und nahmen fünf Antifas fest, die Staatsanwaltschaft wollte nichts von einer REP-Gründung wissen.

Nazi-Aufmärsche

Es hat außer der Teilnahme der Nazis an den Montagsdemos, wo sie einen starken Block mit bis zu 2.000 Symphatisanten bilden, mehrere Nazi-Aufmärsche in der Leipziger Innenstadt gegeben. Seit dem 22.Januar kam es zu mehreren separaten Demonstrationen der Nazis - die Parolen der 300-500 Faschisten zählenden Aufzüge waren: *»Goebbels wir lieben dich, Deutschland den Deutschen - Ausländer Raus, Gisy, Modrow an die Wand, Deutschland einig Vaterland und Bambule, Randale, Rechtsradikale«*. Das Horst-Wessel Lied wurde gesungen und trotzdem behaupteten ein Großteil der Beteiligten sie seien gar keine Nazis, sondern *»nur National«* eingestellt. Das ganze fand unter Beteiligung zahlreicher FAP-Funktionäre, sowohl der Kühnen Truppe, wie auch der Mosler-Heidel Gruppe statt, zu der auch auf dem Photo zu erkennende SS-Siggi Borchardt aus Dortmund zählt.

DSU-Ordner und Faschisten Hand in Hand

Als weiterer trauriger Höhepunkt faschistischer Aktivitäten wird wohl der Kohl-Auftritt am 14.März diesen Jahres in die Leipziger Geschichte eingehen. Gleich dreimal wurden die GegendemonstrantInnen, zu Anfang noch 800 an der Zahl, angegriffen - einmal von Nazi-Skins während der Kundgebung, die nächsten beiden Male wiederum von Nazi-Skins, sowie von 'Republikanern', **'MND'**-ler (siehe unten), Ordnern der **'Deutsch Sozialen Union'** (DSU) des Pfarrers Eppelmanns und einigen Deutschlandfahnenschwenkern.

Nachdem zuvor die DemonstrantInnen durch die Stadt gejagt worden waren, überfielen c.a. 150 Nazis und Deutschnationale die letzte Zuflucht der AntifaschistInnen, die Mensa der Universität. Dort entwickelte sich heftiger Widerstand der Antifas und »Nichtdeut-

David IRVING in Dresden

Am Jahestag der Dresden Bombardierung soll im wiederaufgebauten Dresdner Schloß David Irving einen Vortrag gehalten haben. Thema: die Bombardierung.

Wieviele Personen anwesend waren und wer diese Veranstaltung organisiert hat, ist leider nicht be-

Schlägereien gegen Linke in Neubrandenburg

Wir dokumentieren hier einen Bericht der Zeitung *»Junge Welt«* vom 3. März 1990 aus der Hauptstadt der DDR als einen kleinen Vorgeschmack auf das, was Linke von der Sozialdemokratie und deren spezifischen Repressionsinstrumentarien zu erwarten haben werden, falls nicht gleich die Rechten die Wahl gewinnen:

»Andersdenkende verprügelt - VP sah wieder weg«

Kesseltreiben gegen junge Demokraten auf SPD-Wahlveranstaltung am Donnerstagabend in Neubrandenburg

Die Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden. Zunehmend bekommt man nur noch Wutanfälle, wenn man hört oder sieht, wie dieser edle Anspruch in den Dreck getreten wird.

Neubrandenburg am Donnerstagabend. 20 Uhr beginnt eine Wahlkampf-Show der SPD mit Hans-Jochen Vogel von der bundesdeutschen Schwesterpartei vor rund 10.000 Leuten. Am Rande 50 junge Leute mit 45 DDR-Fahnen. Friedlich, ruhig. Keine Gegendemo, eher Mahnwache. 20 Uhr fing die Veranstaltung an. Fünf Minuten später war die Meinung der Andersdenkenden in den Staub der Straße geworfen. Mit Gewalt, Timo(...) und Ricardo (...), zwei junge Leute von der ANTIFA-Jugend Neubrandenburg, können nicht begreifen, was da passiert ist.

Den jungen Demokraten von der ANTIFA, den NELKEN und der Vereinigten Linken schlug eine Welle von Haß entgegen. Sie wurden eingekesselt und mit Faustschlägen und Fußtritten traktiert. Einem älteren Antifaschisten wurde die DDR-Fahne zerfetzt. Mit der zerbrochenen Fahnenstange wurde er gejagt und geschlagen. Zwei junge Mädchen wurden mit Füßen getreten, weil sie ein Transparent mit der Aufschrift »Vogel flieg nach Hause« trugen. Frauen, die ►



Nazi-Aufmarsch in Leipzig (beide Fotos)

scher« StudentInnen, bis die Faschisten wieder in Richtung Innenstadt abzogen, um dort weiterzurandalieren. Die Volkspolizei wurde während des Überfalls auf den Vorgang aufmerksam gemacht, doch sie weigerte sich einzugreifen.

Der braune Terror auf den Straßen Leipzigs hat damit noch nicht seinen Höhepunkt erreicht. Nachdem ein Schwarzer im Streit einen Nazi-Skinhead mit dem Messer getötet hat, ziehen die Nazi-Skins in großen Gruppen durch die Stadt und jagen alles was sie an AusländerInnen und Linken identifizieren können, nicht nur in den Abendstunden, sondern den ganzen Tag über.

ihre Mütter hätten sein können, schlugen sie mit Handtaschen.

Nahezu jeder der fünfzig Andersdenkenden trug Verletzungen und einen Schock davon. Die Polizei verkroch sich wieder einmal. Nicht genug damit. Die jungen Leute wurden von ihr als Provokateure bezeichnet und der eskalierenden Gewalt überlassen: Die Volkspolizisten hatten den Auftrag, nicht einzugreifen - nur auf Befehl. Soweit die ANTIFA.

VP-Verantwortlicher Major Draegert vom Volkspolizeikreisamt Neubrandenburg erklärte gegenüber der JW, es hätte sich lediglich um einige betrunkene Elemente gehandelt, die Ausschreitungen provoziert hätten. Einer Behandlung im Krankenhaus brauchte sich nach seinen Erkenntnissen kein Demonstrant zu unterziehen. Die Maßnahmen der VP an diesem Abend hätten dem Anliegen entsprochen.

»Betrunkenen Frauen mit Handtaschen? Einkesselungen und Mißhandlungen halb so wild? Die Polizei war da und wartete auf Befehle. Verdammt, wofür bezahlen wir die VP eigentlich?«

'NPD' und 'DVU' gründen Partei

Auch die NPD darf beim »Nationalen Taumel« nicht fehlen und verteilte ihrerseits erst Flugblätter mit einer Stuttgarter Kontaktadresse, in denen der Rückzug Deutschlands aus den militärischen Blöcken gefordert wird. Einer der NPD Leute erschien als Hauptredner vor der Demonstration und forderte die Menge auf als *»wahre deutsche Patrioten für ein Deutschland der Deutschen zu kämpfen«* und wies daraufhin, daß es *»zu viele Türken«* in der BRD gäbe. Mittlerweile ist eine neue faschistische Partei gegründet worden, die 'MND' (Mittel Deutsche Nationaldemokraten). Nach Beobachterangaben handelt es sich um ein Gemeinschaftsprodukt der westdeutschen 'NPD' und der 'Deutschen Volks Union' des Verlegers **Gerhard Frey**. Sie ist über eine Leipziger Postlagerkarte zu erreichen und verbreiten Flugblätter und Aufkleber mit den altbekannten Symbolen der BRD Nazis, z.B. *»Deutschland ist größer als die Bundesrepublik«*, mit einem schwarzen Adler hinter dem Brandenburger Tor.

Nicht nur die Parteien auch die sogenannten Theoretiker und *»Historiker«* der Neuen und Alten Rechten tummeln sich in Leipzig und anderswo in der DDR. Auf Flugblättern wurde zu einem Vortrag des englischen Faschisten **David Irving** eingeladen. Er reist seit Jahren im Auftrag verschiedener Nazi-Organisationen durch Europa, um die Lüge zu verbreiten, daß die Nazis am 2.Weltkrieg unschuldig waren und der Holocaust in den Lagern von Auschwitz und anderswo Diffamierung sei - erst kürzlich wurde er aus Österreich ausgewiesen. Zusammen mit diesen Ankündigungen trat auch die faschistische Zeitung **'Nation Europa'** auf den Plan und verteilte einen offenen Brief ihres Gründers Arthur Erhard, unter dem Titel *»die Sechs Millionen Legende«*. Etwa 2.000 dieser Blätter wurden, nach Augenzeugenberichten, von vielen jungen Leuten begeistert aufgenommen und gelesen. Trotz dieser Flut faschistischer Aktivitäten, die von einer steigenden Zahl gewaltätiger Übergriffe begleitet werden, gehen immer noch AntifaschistInnen auf die Straße. Am 10.März demonstrierten ca. 500 autonome Antifas durch Leipzig und auch an den Montagsdemonstrationen nahmen trotz der Übermacht der Faschisten eine kleine Anzahl GegendemonstrantInnen teil.





»Antifa-Arbeit mit sozialen Kämpfen verknüpfen«

Das nachstehende Interview haben wir Ende Februar mit vier Leuten von der antifaschistischen Stadtteilinitiative Neukölln über ihren Ansatz und ihre bisherige Arbeit geführt. Es geht darin unter anderem um ErzieherInnenstreik (siehe auch Artikel in diesem Heft), das Zeitungsprojekt der Ini und was im Westberliner Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus anders laufen könnte. Wir verbinden damit die Absicht ausführlicher als bisher über praktische Ansätze antifaschistischer Basisarbeit zu berichten und die Leute selbst zu Wort kommen zu lassen. (Die Namen haben wir geändert.)



■ INFO: **Wie lange gibt es die Ini und wer arbeitet in ihr mit?**

Gert: Die Ini besteht seit März 89. Nach dem Wahlerfolg der Republikaner, waren viele Leute betroffen davon und wollten nicht einfach hinnehmen, daß hier die Faschisten aufgebaut werden. Es gab drei Kiezpalaver, wo unterschiedliche Kräfte aus Neukölln sich zusammengefunden haben. Am Anfang gab es eine ziemlich gute Beteiligung. 100-150 Leute kamen zum ersten Kiezpalaver.

Wir haben da erstmal politisch diskutiert und überlegt, was man hier im Stadtteil machen kann. Nach dem dritten Kiezpalaver nahm die Besucherzahl ab. Es wurde Zeit, daß man konkrete Schritte festlegt und ein erstes Treffen für die Ini einberaumt.

Mitarbeiten tun unterschiedliche Leute: Vom Krümelladen, von der Lunte, Schüler von der Fritz Karsen Schule, Leute von der MLPD, von der SEW und hauptsächlich viele einzelne Unorganisierte...

Tom: Und Autonome!

Wie sah eure bisherige praktische Arbeit in der Ini aus?

Tom: Wir sind eine Gruppe, in der sehr unterschiedliche politische Leute beeinander sind. Wir hatten am Anfang ganz viele Schwierigkeiten trotzdem was zusammen zu machen. Nach dem 1.Mai gab es eine große Diskussion darüber, was möglich ist zusammen zu machen und was nicht.

Wir haben oft bei Demonstrationen in verschiedenen Blöcken teilgenommen und sind nicht zusammen als Ini gelaufen. Wir haben es trotzdem geschafft, gemeinsam zu mobilisieren, d.h. ein gemeinsames Flugblatt zu machen und das mit Leuten aus der Ini und aus anderen Gruppen zusammen zu verteilen.

Gert: Zum REP-Parteitag im letzten Sommer ist zumindest ein Teil der Leute mit einem gemeinsamen Transparent gelaufen.

Tom: Die erste gemeinsame Aktion war die Einrichtung einer Info-Stelle zum 20.April. Wir waren zwar damit relativ überfordert, da es zum Glück aber ohne große Probleme funktionierte , war es dennoch ein Erfolg. Am Anfang wurden auch Arbeitsgruppen gebildet, weil es keine gute Geschichte ist, sich immer nur im Plenum zu treffen. Sie sind aber alle, bis auf eine, oder besser gesagt zwei, eingeschlafen.

Klara: Es gab `ne gemischte Anti-Sexismus-Gruppe, wo nur noch Frauen übrig geblieben sind. Die sind aber keine Arbeitsgruppe der Ini mehr, sondern bereiten jetzt mit anderen Frauen aus gemischten Zusammenhängen Frauen-Kiezpalaver in Neukölln vor. Es ist was eigenständiges geworden, obwohl es

Zusammenarbeit und Austausch noch gibt.

Tom: Wir haben jetzt auch eine Männergruppe, die sich mit dem gleichen Thema beschäftigt. Sonst zur Praxis: Wir haben uns an diversen Demos beteiligt.

Mit eigenen Aufrufen?

Tom: Im Regelfall schon, weil die vom Bündnis immer so schlecht zu verteilen sind. Wir versuchen so eine Sprache zu benutzen, daß uns auch relativ normale Leute verstehen. Diese Bündnis-Flugblätter sind meist eher an Leute gerichtet, die zur Uni gehen und haben deshalb eine bestimmte Art Sprache und Ansatz. Da steht dann z.B. warum es wichtig ist, wegen irgendeiner Geschichte 1945 heute auf die Straße zu gehen. Das interessiert aber jemanden, den wir versuchen anzusprechen, relativ wenig.



»Paradiesvogel im Antifa-Bereich«

Klara: Als nach dem Sommer letzten Jahres CDU und Republikaner ihre Sache gegen das AusländerInnenwahlrecht gestartet haben, wollten wir eine Kampagne dagegen machen. Eine richtige Kampagne ist es zwar nicht geworden, aber was wir hauptsächlich gemacht haben, waren Aktionen gegen Stände von REP und CDU. Das ging sogar soweit, daß hier im Norden von Neukölln nach ein-zweimal die CDU mit ihren Ständen nicht mehr aufgetaucht ist. Die wollten wohl nicht zulassen, daß lauter Antifas dann darum stehen. Die Reps haben weitergemacht, aber die hatten nie richtig Zulauf.

Wir sind auch oft in den Süden runtergefahren, nach Gropiusstadt und so. Da ist schon `ne andere Situation, da schlägt dir manchmal der blanke Hass entgegen. Wir haben da Flugblattaktionen und Aktionen an Ständen gemacht.

Gert: Im Sommer haben wir auch eigene Stände mit Flugblättern und Literatur gemacht.

Tom: Im Antifa-Bereich sind wir so'ne Art Paradiesvogel, weil wir keine "politische Linie" haben. Es gibt halt Gruppen, die politische Linien haben und die hatten ganz lange Schwierigkeiten mit uns und auch in der Zusammenarbeit mit anderen Gruppen im Kiez. Mit unserem Entstehen hat sich das ein Stück weit verändert. Für uns war es so'n Durchbruch mit der Zeitung, der NAZ, die wir machen. Es hat funktioniert, daß sich ganz viele Gruppen daran beteiligt haben.

»Wir sind von unten«

Was war für euch der Grund, euch als bezirkliche Initiative und nicht wie in anderen Bezirken als Bündnis, zusammenzusetzen? Seht ihr da einen Unterschied?

Gert: So'n Bündnis, wie du das jetzt meinst, ist mehr so'n Ding von "oben". Aber wir sind halt von "unten".



Klara: Ich glaube, daß es in Neukölln gegenüber Kreuzberg oder so, ein Vorteil ist, daß hier weder SPD-Spektrum noch Alternative Liste drinsitzen. Sonst wäre es hier wahrscheinlich härter abgelaufen oder Parteien-Politik betrieben worden. Die sind halt so rechts in Neukölln, die haben sich erstmal rausgehalten. Es waren am Anfang auch ziemlich viele Leute dabei, die das erste Mal was gemacht haben — Unorganisierte — aber auch Leute aus Parteien, die aber nicht als Parteien-Vertreter da sitzen und Parteienpolitik betreiben. Das hätten wir auch so nicht zugelassen.

»Schuldige für die Mißstände benennen«

Ihr habt mal in einer Selbstdarstellung geschrieben, daß antifaschistischer Kampf für euch heißt, auch Kampf gegen Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit. Warum ist das für euch wichtig und was bedeutet das konkret?

Klaus: Der Zusammenhang ist ja ziemlich naheliegend: Rassismus und Faschismus wird meist damit betrieben, irgendwelche Schuldigen für die sozialen Mißstände hier zu finden. Wenn man gegen die Faschisten was unternehmen will, muß man die wahren Schuldigen für die Mißstände benennen, muß man klar stellen, daß es eben nicht die Ausländer, die "Fremden" sind. Wir haben die Leute vom Werra-Block (ein Spekulationsobjekt mit ca.100 leerstehenden Wohnungen in Neukölln. Anmerk.INFO) unterstützt, soweit es ging. Wir haben mit ihnen zusammen plakatiert und Aktionen gemacht. Und dann haben sie in unserer Zeitung, der Neuköllner Antifaschistischen Zeitung (NAZ), einen eigenen Artikel geschrieben.

Tom: Zur Zeitung: Das ist nicht so'n Teil, was verkauft wird, sondern in Briefkästen gesteckt, auf der Straße und auf dem Arbeitsamt verteilt wird. Die Auflage war 30000 Stück. Darüber sind ganz viele Menschen zu erreichen.



Gert: Was ich bei der Zeitung noch wichtig fand, war, daß 'ne grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem REP-Programm drin war.

Wie sah es mit der Resonanz auf eure Arbeit aus? Habt ihr auch Rückmeldungen von Leuten, die die Zeitung bekommen haben?

Gert: Es sind neue Leute gekommen, auch wegen der Zeitung, wobei wir selbstkritisch sagen müssen, daß wir uns darauf nicht vorbereitet hatten. Einmal ist ein Pärchen gekommen, die waren überhaupt nicht Szenemäßig drauf, die hatten wohl noch nie was mit Politik zu tun gehabt. Die Frau sagte:"Die REP's haben ein frauenfeindliches Programm" und sie hatte sich deshalb von der Zeitung angesprochen gefühlt. Da haben einige Leute von uns so reagiert, daß sie die beiden als REP-Spitzel verdächtigt haben, aber die sind nie wieder aufgetaucht. Und ich finde, daraus müssen wir lernen für die Zukunft.

ErzieherInnenstreik

Bei eurer zweiten Ausgabe der NAZ habt ihr als Schwerpunktthema den ErzieherInnenstreik gehabt. Wie ist es dazu gekommen?

Tom: Ich bin mit einer Erzieherin befreundet, die mir ständig von ihrer Arbeitssituation erzählt. Und da das sowieso in unsere politische Konzeption paßt... (Gelächter). Der konkrete Ansatz ist, daß die Erzieherinnen ihr Streikbüro in der Galerie Olga Benario haben, wo wir uns auch treffen. Und da sind wir auf die Idee gekommen, warum sollen wir nicht eine Sonderausgabe dazu machen?

Ihr habt ja auch das SPD-Büro in Neukölln besetzt...

Klaus: Ja, wir haben versucht die Zeitung besser zu verteilen, dadurch, daß wir eine Aktion machen. Das halt mal mehr passiert, als daß auf der Straße irgendwelche Leute stehen und einem ein Papier in die Hand drücken.

Tom: Die Besetzung hatte auch ein gutes Medien-Echo, daß wir natürlich mitorganisiert haben. Soweit wir mitbekommen haben, fanden die Erzieherinnen das relativ positiv und hatten keine Kritik an der Aktion. In der ersten Zeit war es auch die einzige Aktion die von Nicht-Erziehern zum Streik gemacht worden ist.



»Sexismus ... Eckpfeiler faschistischer Theorie«

Stichwort: Sexismus. Wo seht ihr Zusammenhänge zum Antifaschismus?

Tom: Wir haben da so unsere Ideen. Sowohl bezogen darauf, die antifaschistische Arbeit mit sozialen Problemen zu verknüpfen, als auch Rassismus und Sexismus in ihrer Funktion als Eckpfeiler der faschistischen Theorie und Praxis zu begreifen.

Als Gruppe begannen wir letzten Herbst über Sexismus zu diskutieren. Eine Gruppe Frauen wollte eine Veranstaltung dazu vorbereiten, bestand aber darauf, daß wir Männer uns Gedanken dazu machen.

So ist jene Männergruppe entstanden, von der vorhin schon die Rede war. Die Gruppe versucht das Thema Sexismus in die Antifaschistische Arbeit alltäglich einzubringen. Das war auch mit ein Grund die NAZ mit dem Schwerpunkt ErzieherInnenstreik herauszubringen.

Westberliner Bündnis: »Kein Austausch von Erfahrungen«

Ihr habt euch im Dezember 89 in einem offenen Brief an das Westberliner Bündnis gewandt und euren Frust damit zur Sprache gebracht. Worum ging es euch?



Klaus: Daß von Sachen, die uns wichtig gewesen wären, z.B. die Arbeit von anderen Stadtteilgruppen und Initiativen, überhaupt nichts mehr rüber gekommen ist. Wir waren da ziemlich lang die einzige Gruppe, die da regelmäßig erschienen ist. Und wenn andere Gruppen erschienen sind, dann haben sie auch nichts von ihrer Arbeit und den Problemen, die sie haben, erzählt.

Tom: Bis auf die Weddinger!

Klaus: Und daß es im Prinzip keinen Austausch von Erfahrungen gegeben hat. Für mich war das so eine berlinweite Ini, die so einen großen Rahmen eingenommen hat, daß ich mir das nicht mehr zugetraut habe, da mitzureden.

Gab es auf den Brief irgendwelche Rückmeldungen und hat sich da für euch was verändert?

Klaus: Nee. Die Leute haben bloß einmal böse geguckt und damit hat es sich gehabt.

Wie sollte nach eurer Meinung das Bündnis arbeiten?

Klaus: Es müßte zwischen den verschiedenen Stadtteilinitiativen eine bessere Zusammenarbeit geben, wo es auch einen Informationsaustausch gibt.

Tom: Es ist auch immer `ne gute Aufgabe für das Bündnis `ne Rede für 5000 Leute zu machen. Nur ich denke, daß ist nicht DIE antifaschistische Arbeit. Solche Sachen haben eine Bedeutung und Wichtigkeit im Bündnis, die mit der Realität ganz wenig zu tun haben.

Der wichtigere Punkt liegt eigentlich da, den Faschisten direkt etwas entgegenzusetzen oder Informationsarbeit zu machen und Leute dazu zu kriegen, daß sie sich wehren und sich selber für ihre Interessen einsetzen.

»Gefahr des Nationalismus nimmt zu«

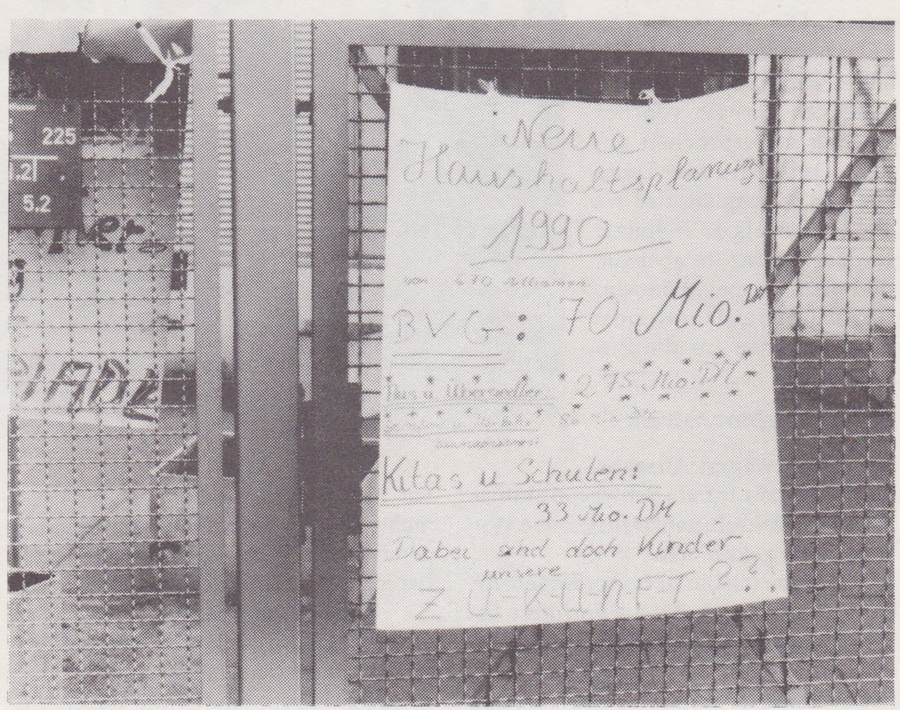
Ist Nationalismus Thema bei euch in der Ini?

Tom: Eigentlich noch nicht so richtig.

Klaus: Klar war, daß die Gefahr des Nationalismus zunimmt, daß das immer größer wird und das es immer mehr Leute werden. Nicht nur die DDR wollen sie damit einsacken, die Infragestellung der Oder-Neiße-Grenze wird auch zu einem Problem werden.

Gert: Was das für eine Bedeutung in der praktischen Auseinandersetzung hat, zeigt sich in der Anzeige des Senats in der TAZ, wo der zum KITA-Streik gesagt hat, daß es nicht die richtige Zeit für einen Arbeitskampf im Öffentlichen Dienst ist, da wir in nächster Zeit ganz andere Sorgen hätten. Darin drückt sich das allgemeine Klima aus. Die Herrschenden fahren jetzt so einen Kurs, wo sie die Leute ideologisch mit Nationalismus gewinnen wollen, damit die zugunsten des Großmacht-Kurses zurückstecken.

Tom: Ich habe ein bißchen andere Probleme damit. Es gibt ja Ansätze in der Linken zu sagen "Nationalismus kann positiv sein". Warum ist er bei uns negativ, während sie in Nicaragua ihren Sandino hochhalten können? Ich habe einfach kein Verhältnis dazu.





Die Arroganz der Macht

Bei Redaktionsschluß dauerte der ErzieherInnenstreik an den öffentlichen Tagesstätten in Westberlin über 9 Wochen. Damit ist er der längste Streik in der Westberliner Geschichte.

Der ErzieherInnenstreik

■ Die Zähigkeit, mit der der Kita-Streik geführt wurde, Inhalte und Hintergründe des Streiks, hätten ihn zu einem Kristallisationspunkt linker Politik in der Stadt machen können. Eine breite Solidarisierung, über den Bereich der Betroffenen hinaus, war bislang jedoch nicht abzusehen. Dabei hat der Streik weit mehr Bedeutung, als ein *»normaler«* Tarifkonflikt. Die Auseinandersetzungen tragen anti-nationalistische und u.a. anti-sexistische Züge.

90% der Erzieherinnen sind Frauen. Der Streik ist ein Streik von Frauen. Wie überall, wo hauptsächlich Frauen beschäftigt sind, sind die Arbeitsbedingungen und Löhne/Gehälter schlecht. Die Erzieherinnen fordern einen Tarifvertrag, der diese Arbeitsbedingungen regeln und ihre Mitbestimmung ermöglichen soll.

Gerade im sozialen Bereich, in der Kranken- und Altenpflege, bei der Kinderbetreuung, wird auf die dort beschäftigten Frauen großer moralischer Druck ausgeübt, sie sollen ihre Arbeit aus *»Liebe«* leisten, ihre *»Opferbereitschaft«* als Frauen wird gefordert. Streik und Widerstand, wenn er sich formiert, werden damit diffamiert, daß sie zu Lasten Dritter (in diesem Falle der Kinder und Eltern) gehen würden. Und genau auf diese miese Ausspielungstaktik auf Kosten der Betroffenen setzt auch der rosa-grüne Senat.

Die SPD stellt sich auf stur, lehnt Tarifverhandlungen kategorisch ab und setzt im übrigen auf Zeit. Bei der AL sprechen ihre Taten eine andere Sprache, als ihre Verlautbarungen. Das erinnert sehr daran, wie die AL in der Frage der AusländerInnenpolitik des Senats rumgeeiert und schließlich klein beigegeben hat. Ihre Drohung, den Streik zur Koalitionsfrage zu machen, klingt daher wenig glaubhaft.

Gerade in den Bezirken mit hohem Arbeiterinnen- und AusländerInnenanteil (in Reinickendorf, Neukölln, Kreuzberg, Wedding und Spandau), wo



es auch die meisten öffentlichen Kitas gibt, werden die - in der Regel berufstätigen - Eltern vor die größten Schwierigkeiten gestellt. Für alleinerziehende Mütter sind die Belastungen durch die aufgezwungene Streiklänge noch größer. Wenn sich Kinderbetreuung und Berufstätigkeit nicht vereinbaren lassen, kann das zu Kündigungen führen.

Als würde das nicht reichen, hat der Senat noch draufgesattelt und spielt die nationalistische Karte: In Zeitungsanzeigen forderte er die Erzieherinnen zur Unterordnung unter *»gesamtdeutsche«* Gesichtspunkte auf.

Bislang ist der Senat mit seiner Spaltungstaktik, unterstützt durch die Medien, wenig erfolgreich gewesen. Eltern mobilisierten eigenständig Kundgebungen und Demonstrationen, mit denen sie sich mit den Erzieherinnen solidarisierten. Von den 396 öffentlichen Tagesstätten werden z.Zt. 369 weiter bestreikt, 90% der Erzieherinnen sind daran beteiligt.

Bis auf die Aktion der Antifa-Ini Neukölln (siehe Interview), kam praktische Solidarität außer von den Eltern fast nur noch - wenn auch reichlich zurückhaltend - aus dem Gewerkschaftsbereich, von ÖTV und GEW. Ohne Druck von der Basis scheint auch hier nichts zu laufen. Die Erzieherinnen mußten es sich von ihren (männlichen) Gewerkschaftsfunktionären erst schriftlich geben lassen, daß diese nicht eigenständig gegenüber dem Senat einlenken würden.

Nachdem es in in Einrichtungen der freien Träger, der evangelischen Kirche, an Ganztagsschulen und Erzieherfachschulen zu ein- bis zweitägigen *»wilden«* Streiks kam, rief die GEW in Tempelhof Lehrer/innen zum Solidaritätsstreik am Internationalen Frauentag auf. Die Müllmänner der ÖTV streikten einige Tage später ebenfalls zwei Stunden. Im Westberliner Bündnis setzten sich VertreterInnen von linken und Basisgruppen für die Herausgabe einer aktualisierten Neuausgabe der Neuköllner Antifaschistischen Zeitung (siehe Interview) ein. Die Zeitung wurde auf Demos verteilt und in Kneipen ausgelegt. Das ist alles nicht viel mehr, als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Ob der Streik, bei Herauskommen dieser INFO-Ausgabe, noch anhält, ist mehr als fraglich. Art und Breite der Unterstützung werden dies mitbeinflußen. Der Streik wird Weichen stellen - so oder so. Wenn der Streik in einer Niederlage endet, werden sich die Ausgangsbedingungen für folgende Kämpfe möglicherweise verschlechtern und zwar zu einer Zeit, wo soziale Verschlechterungen gerade auf Kosten der Frauen durchgedrückt werden sollen. Als nur ein Beispiel sei an die Situation in den Krankenhäusern erinnert. In Zukunft wird sich ein wirksamer Antifaschismus gerade im Zusammenhang mit anti-sexistischen, anti-rassistischen und sozialen Kämpfen entwickeln müssen. Dafür ist es notwendig, die Bedeutung dieser Kämpfe klar zu erkennen und die Zusammenhänge deutlich darzustellen.

Vor allem muß sich die Solidarität mehr als bisher praktisch und nicht in bloßen Worten ausdrücken.

Nachtrag: Der Kita-Streik ist inzwischen ausgesetzt worden. Theoretisch kann er jederzeit wieder aufgenommen werden. Viele Erzieherinnen äußerten sich nach dem Streik jedoch resigniert. Andere kritisierten die Gewerkschaften für die mangelnde Unterstützung. Die Spaltungstaktik des Senats gegenüber Erzieherinnen und Eltern hat mit zunehmender Streiklänge schließlich immer besser funktioniert.

Die ausbleibende Unterstützung von anderen Kräften, die Haltung der AL haben das Übrige dazu beigetragen. Die entschloßene Kampfkraft und Ausdauer der Erzieherinnen reichten allein nicht aus. Viele erwarten jetzt im Kita-Bereich Verschlechterungen und daß es auf lange Zeit schwierig sein wird, den Arbeitskampf wieder aufzunehmen. Werden die (Arbeits-)Kämpfe weiterhin isoliert geführt, werden die Möglichkeiten überhaupt etwas durchzusetzen immer schwieriger.



Bär bleibt hier!

Keine Ausweisung von Ralf Reinders, Gefangener aus der Bewegung 2. Juni



■ Es gab und gibt immer noch Menschen, für die gerade die bruchlosen Traditionen in diesem Land, wie auch die Zusammenarbeit mit anderen imperialistischen und/oder faschistischen Regimen Grund genug war und ist, für eine Änderung dieser Zustände zu kämpfen.

Diese Menschen sind für die Regierenden Störfaktoren. Ralf ist einer von ihnen. Seine Geschichte ist auch eine deutsche Geschichte. Sie ist kompliziert und muß deshalb näher erklärt werden.

Ralfs Vater ist Holländer Er wurde nach der Besetzung der Niederlande durch die Wehrmacht nach Deutschland zur Zwangsarbeit verschleppt. Die Arbeitskräfte für die deutsche Wirtschaft wurden aus allen besetzten Gebieten zwangsdeportiert, um die Kriegsproduktion im 'Dritten Reich' auf vollen Touren laufen zu lassen — alles für den Sieg des »Großdeutschen Reiches«.

Für die holländischen Männer gab es entweder die Möglichkeit zur Zwangsarbeit oder den Beitritt zur germanischen SS. Diese setzte sich aus Männern sogenannter »germanischer Völker« zusammen. Sie war eine Art Hilfstruppe der SS-Mannschaften. Da eine Totalverweigerung des Vaters KZ bedeutet hätte, er aber nicht bereit war, mit Faschisten zu kollaborieren, entschied er sich für die Arbeit.

In Berlin lernte er am Arbeitsplatz Ralfs Mutter kennen, die Deutsche war. Als »Germanen« erhielten sie die Sondererlaubnis zu heiraten. durch diese Eheschließung verlor die Mutter nach dem Krieg die deutsche Staatsangehörigkeit.

Als Ralf Reinders 1948 in Berlin geboren wurde, war er automatisch holländischer Staatsbürger. Die Zufälligkeit dieser Staatsbürgerschaft hatte zunächst keine besondere Bedeutung für sein Leben. Er wuchs in Berlin auf und ging hier zur Schule.

Mitte der sechziger Jahre begann sich nach 12 Jahren Nazi-Terror und 20 Jahren anti-kommunistischer Hetze, erstmals wieder eine Jugendbewegung auf sozialistische Ideen zu besinnen.

Diese Fakten, vor allem aber die bestehenden Verhältnisse in der BRD brachten Ralf, wie viele andere auch, auf den Weg zum politischen Widerstand.

Die Wut über den Krieg der USA gegen das Volk von Vietnam, die autoritäre Bevormundung in der Schule, die Unterdrückung und Ausbeutung der ArbeiterInnen, die Hetze der Medien und die Gewalt des Staates gegen Andersdenkende — dies alles und noch mehr bestimmten die ersten Ziele des Widerstandes. Dabei entwickelten sich unterschiedliche Ansätze des Kampfes. Ralf entschied sich für revolutionäre Politik, die auch die Entwicklung anderer Widerstandsformen einschloß — über Haschrebellen und Tupamaros zur »Bewegung 2. Juni«.

Der 2. Juni begriff sich als ein bewaffneter Teil der undogmatischen Linken in der BRD und Westberlin. er

Die deutsche Frage spukt momentan in vielen Köpfen, auch in vielen linken. Deutschtümmelei und nationale Besoffenheit beherrschen die *»öffentliche Meinung«*. Dieser Staat geht deshalb um so mehr gegen jene vor, die sich mit Vergangenheit und Kontinuität genau dieser deutschen Geschichte nicht abfinden wollen.

propagierte die Entwicklung des Kampfes aus ihren Erfahrungen des kapitalistischen Alltags heraus. er versuchte, den im Ansatz revolutionären Charakter der damaligen Revolte in beispielhafte Aktionen umzusetzen und so die Entwicklung sozialrevolutionärer Gegenmacht voranzutreiben. Die Aktionen des 2. Juni richteten sich ebenso gegen imperialistische Einrichtungen wie gegen den Bullen- und Justizapparat.

Von 1970 bis zu seiner Verhaftung, 1975, lebte und kämpfte Ralf Reinders im Untergrund. Wegen verschiedener Stadtguerilla-Aktionen, u. a. der Befreiung von gefangenen GenossInnen im Austausch gegen den geklauten Berliner CDU-Politiker Peter Lorenz, wurde Ralf zu 15 Jahren Haft verurteilt. Diese 15 Jahre Knast, unter verschärften Bedingungen, sind im September 1990 abgesessen.

Sie konnten Ralfs Gesinnung und Widerstandswillen nicht brechen!

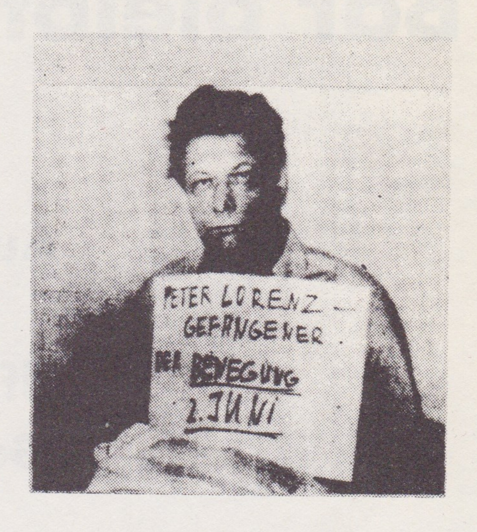
Doch die Rache des Staates endet damit noch lange nicht. Ralf Reinders, der die niederländische Staatsangehörigkeit verlor, weil er eine bürokratische Bestimmung nicht beachtete, soll nun nach dem Willen der Berliner Ausländerbehörde nach Beendigung der Haftzeit in die Niederlande abgeschoben werden. Ralf Reinders soll ausgewiesen werden aus der Stadt, in der er aufgewachsen ist. Weg von den Menschen, mit denen er gelebt und gekämpft hat.

Ralf ist kein Einzelfall

Auch vielen anderen politischen Gefangenen wurden nach der Entlassung aus dem Knast die Möglichkeiten sich frei zu bewegen, eingeschränkt. So wurde z. B. Monika Berberich der Paß verweigert, mit der Begründung, sie würde eine Auslandsreise dazu nutzen, das Ansehen der BRD herabzuwürdigen.

Warum die politischen Gefangenen auch nach der Haft mit einer solchen Härte verfolgt werden, hat die gleichen Gründe, aus denen heraus wir mit ihnen kämpfen wollen. Solange sie nicht abschwören, besitzen sie etwas, was ihnen keiner nehmen kann. Ihre stärkste Waffe ist ihre Glaubwürdigkeit.

Westberlin, April '90



Ralf gehört zu uns!
Wir wollen daß er hier in Berlinmit uns zusammen Leben und kämpfen kann!
Wir müssen alles tun, um die Ausweisung zu verhindern!
Keine Abschiebung von Ralf Reinders!
Für das Leben und die Freiheit der politischen Gefangenen!

Solidarität mit Ute Hladki

Am 14.3. wurde Ute schwerverletzt in »ihrer« Einzelzelle im Lübecker Knast aufgefunden. Sie hatte sich offensichtlich beim Sport verletzt und ist seitdem vom Hals an abwärts querschnittsgelähmt.

Ute wurde im Dezember vergangenen Jahres zusammen mit Holger Deilke bei Husum festgenommen. Nach Ute und Holger wurde gefahndet, weil sie wegen einer Veranstaltung nach § 129a zu mehreren Jahren Knast verurteilt werden sollten. Sie setzen sich aber lieber ab, als zu diesem Gerichtsverfahren zu erscheinen. Nach ihrer Festnahme wurden sie zu *»Top-Terroristen, harter Kern der RAF«* usw. hochstilisiert und den in der BRD üblichen Iso-Haftbedingungen für politische Gefangene unterworfen.

Wäre diese Isolation nicht gewesen, hätte sie nicht nach dem Unfall stundenlang bewegungsunfähig und hilflos auf dem Zellenboden dagelegen. Ute war anfangs nicht nur gelähmt, sie konnte auch nicht sprechen. Die Knastärzte haben sich zuerst lediglich um die Kopfwunde gekümmert und die Lähmung ignoriert: Die Bundesanwaltschaft weigerte sich, den Haftbefehl aufzuheben und verhinderte so Utes Verlegung in eine Spezialklinik.Inzwischen kann Ute wieder sprechen, der Haftbefehl ist vorläufig ausgesetzt.

Ute liegt jetzt in einer Hamburger Spezialklinik auf der Intensivstation. Nach einer Operation kann sie den Kopf wieder bewegen und in einen Rollstuhl gesetzt werden. Welche Chancen Ute hat, ob sie irgendwann einzelne Körperteile wieder bewegen kann, ob sie komplett bewegungsunfähig bleibt, oder ob spastische Lähmungen zurückbleiben, läßt sich noch nicht sagen.

Ute kann zur Zeit nichts lesen, da sie Bücher oder Zeitungen weder halten noch umblättern kann. Es sind zwar jeden Tag Leute bei ihr, die ihr vorlesen können, dennoch hat dies natürlich Grenzen. Es wäre von daher gut, wenn möglichst viele Leute Texte, Flugis oder Papiere auf Kassette lesen und ihr zuschicken würden. Utes Adresse:

Ute Hladki
c/o Berufsgenossenschaftliches
Unfallkrankenhaus
Querschnittsgelähmtenzentrum
Bergedorfer Str. 110
1000 Hamburg Boberg

Die Bundesanwaltschaft hat den Haftbefehl gegen Ute nur aufgehoben. D.h., daß sie sich vorbehalten, Ute wieder einzuknasten, sobald es ihr besser geht. Wir fordern von daher die vollständige Aufhebung des Haftbefehls gegen Ute Hladki.

Freilassung aller haftunfähigen Gefangenen!

Zwei einhalb Jahre Knast für Antifaschisten

Ende Januar wurde das Urteil gegen einen Westberliner Antifaschisten gesprochen. Auch unter einem SPD/AL-Senat hat sich nichts daran geändert: Die, die nach Angriffen von rechtsradikalen Schlägertrupps in den Maschen der Justiz hängen bleiben, sind in den seltesten Fällen die rechten Angreifer.

■ Am 2.9.1989 spielte Hertha BSC gegen Schalke 04. Nach dem Spiel marschierten rechtsradikale Schlägertrupps durch die Innenstadt, lieferten sich Schlägereien *»mit Tischen und Stühle«* und griffen auf dem Breitscheidplatz eine Gruppe von AntifaschistInnen an. Auch ein Trupp Zivilbullen, angeblich durch gelbe Armbinden gekennzeichnet, lief auf die Gruppe zu. Einer der Zivilbullen, POM Berlin, wurde durch eine geworfene Flasche verletzt. Marco wurde festgenommen und befindet sich seitdem in U-Haft.

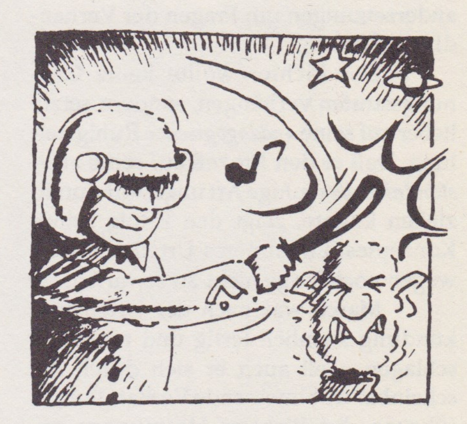
Am 31.1.90 wurde Marco nach zehn Verhandlungstagen wegen gefährlicher Körperverletzung zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Außerdem soll er 30.000 DM Schmerzensgeld an POM Berlin zahlen - 10.000 DM mehr, als dessen Anwalt gefordert hatte. Ursprünglich lautete die Anklage auf schweren Landfriedensbruch, schwere Körperverletzung und schweren Widerstand, wurde dann aber *»reduziert«* auf schweren Landfriedensbruch und gefährliche Körperverletzung.

Für Staatsanwalt Just (er wechselte sich während der Verhandlungstage mit Staatsanwalt Weber ab) ist durch zwei Bullenaussagen (von vielen) bewiesen, daß Marco die Flasche warf. Marcos Bedauern, als von der Verletzung Berlins erfuhr, überging er mit der Bemerkung, daß dieses nur *»Demut«* gegenüber den Bullen gewesen sei, um entsprechenden *»Behandlungen«* vorzubeugen. Ein Flaschenwurf aus 5m Entfernung auf einen Menschen in bürgerlicher Kleidung sei rücksichtslos und rauh, wogegen ein Wurf auf Bullen mit Helm und Schild demonstrativ wäre. Nur eine *»erhebliche, empfindliche Freiheitsstrafe, eine Spezial- und Generalprävention«* sei für ihn möglich. Außerdem würde ein entsprechendes Urteil von der Bevölkerung, besonders den Angehörigen von Polizisten - und dies seien 20.000 Personen - mit Recht erwartet. Dieser Tenor paßte genau zu Innensenator Pätzolds Vorgabe, der schon vor den Ermittlungen eine erhebliche, spürbare Strafe gefordert hatte.

Rechtsanwalt Ströbele machte den politischen Charakter der Verhandlung deutlich. Ressentiments gegenüber der Polizeiführung seien gerechtfertigt. Es wäre bekannt gewesen, daß sich die Hooligans getroffen hätten, um sich zu prügeln.

Wenn mensch sich vorstellen würde, andere Gruppen hätten dies angekündigt, hätte es sicher Massenfestnahmen gegeben und es wäre kein Durchkommen zum Breitscheidplatz gewesen. Ferner sei das wesentliche Merkmal der Hooligans, daß sie rechtsextrem, neue Nazis, seien. Sie hätten *»Heil Hitler«* geschrien; obwohl dies strafbar sei, sei kein Polizist eingeschritten.

Nach Untersuchung der 20 Zeugenaussagen kam Ströbele zu dem Ergebnis, daß es keine klare Feststellung über den tatsächlichen Ablauf des Geschehens gibt. Er forderte Freispruch, hilfsweise höchstens ein Jahr zur Bewährung wegen gefährlicher Körperverletzung.







Doch Richter Falkenberg ließ sich weder durch Tatsachen noch durch völlig widersprüchliche und manipulierte Bullenaussagen beirren. Nach einer Pro-

zeßführung, in der er stets um äußerste Objektivität bemüht schien, folgte er der Argumentation des Staatsanwalts.

Das Gesinnungsurteil: 2 1/2 Jahre Knast und 30.000 DM Schmerzensgeld

Als das Urteil verkündet wurde, machte sich bei den ZuschauerInnen lähmendes Entsetzen breit. Während der Verhandlung kam es zwischen Falkenberg und Staatsanwalt Weber zu Auseinandersetzungen um Fragen der Verhandlungsführung.

Der Richter wollte keine Ordnungsstrafen verhängen, sondern setzte lieber auf seine *»pädagogische«* Ruhigstellung. Daß er den Prozeß auf seine *»verständnisvolle«* ruhige Art ungestört durchziehen konnte, zeigt den Erfolg seines Konzeptes. Ein anderes Urteil war deswegen noch lange nicht zu erwarten.

Marco war nach der Urteilsverkündung ziemlich fertig und niedergeschlagen, weil auch er sich durch die scheinbar wohlmeinende Verhandlungsführung des Richters Hoffnungen gemacht hatte, nach der Urteilsverkündigung frei zu kommen.



Marco geht in die Revision und bleibt weiterhin in U-Haft. Das harte Urteil und die lange U-Haft haben Marco nicht resignieren lassen. In seinen Briefen schreibt er sehr viel über die unmenschlichen Haftbedingungen in Moabit. Er setzt sich intensiv mit seiner eigenen Situation und der der übrigen Untersuchungsgefangenen auseinander und fängt an, sich mit anderen zusammen zur Wehr zu setzen. Seit dem 26.2.90 beteiligte er sich an dem Hungerstreik von sechs Gefangenen gegen die unmenschlichen Untersuchungshaftbedingungen in der JVA Moabit.

An Marco wird ein Exempel statuiert. Die hohe Haftstrafe ist eines ihrer Werkzeuge, um das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen. Das Urteil steht für die Repression, mit der alle rechnen müssen, die anfangen, sich zu wehren und die Straße nicht den Bullen und den Faschos überlassen wollen.

Um die hohen Prozeßkosten zu decken, wurde ein Solidaritätskonto eingerichtet:

P.Trechow, Kto.Nr.: 710.199.198, Sparkasse Berlin, BLZ 100.500.00.

Spendet auf das Konto und schreibt Marco:

M.Hänsel, Buchnr.: 3679/89, JVA Moabit, Alt-Moabit 12, 1000 Berlin 21.

Laßt Euch LENE nicht Erwischen

Die Anti-Repressions-Gruppe hat einen Namen

Ausgehend von den Erfahrungen der über 100 Festnahmen von AntifaschistInnen um den 20. April '89 gibt es seit Mitte '89 eine Anti-Repressions-Gruppe von Antifas für Antifas. »Von Antifas für Antifas« heißt nicht, daß uns die anderen Verfahren gegen Linke nicht interessieren. Es liegt aber nahe, daß wir uns als organisierte AntifaschistInnen erstmal nur um die Prozesse gegen Antifas kümmern können.

■ Wir wollen hier versuchen in Ausschnitten unsere bisherige Arbeit und die z.Zt. laufenden Diskussionen in der Gruppe aufzuzeigen. Wir haben als erstes versucht, einen Überblick zu bekommen, wann und wo Antifas festgenommen wurden. Da im letzten Jahr ziemlich viel passiert ist und demzufolge auch viele Menschen festgenommen wurden ist dieser Überblick noch immer unvollständig.

Die Zahl der bisherigen vorläufigen Festnahmen (und nicht der eingeleiteten Ermittlungsverfahren, wie's im letzten Info zu lesen war) beläuft sich auf ca. 300. Von den derzeit laufenden Ermittlungsverfahren sind uns ca. 60 bekannt. Davon wurden inzwischen 13 Antifas verurteilt, zwei davon zu hohen Haftstrafen (siehe Bericht zu Marco; über den zweiten Verurteilten ist uns noch nichts genaueres bekannt), die anderen zu Geld- oder Bewährungsstrafen.

Drei Leute wurden freigesprochen, bei 21 wurde das Verfahren einge-

stellt, bei 8 Antifas das Verfahren gegen Zahlung eines Bußgeldes, Arbeitsauflagen oder Strafbefehl eingestellt.

Wie gesagt, das sind die von denen wir in Zeitungen gelesen oder die sich bei uns gemeldet haben (wie hoch sind wohl die tatsächlichen Zahlen?!). Doch Zahlen veröffentlichen oder frustrierende Statistiken führen ist nicht das was wir uns zur Aufgabe gemacht haben. Um es vorweg zu nehmen: Wir verstehen uns nicht als Dienstleistungsunternehmen, zu dem mensch ein taktisches Verhältnis bezüglich finanzieller Unterstützung o.ä. aufbaut, sondern wir versuchen das Thema Repression in die antifaschistischen Zusammenhänge hineinzutragen.

Repression darf nicht nur dann zum Thema werden, wenn mensch davon persönlich betroffen ist, sozusagen als notwendiges Übel — die Auseinandersetzung mit Repression muß als Grundlage der politischen Arbeit gesehen werden!

Im folgenden ein Ausschnitt der Themenbereiche, die wir momentan diskutieren, bzw. zukünftig diskutieren wollen:

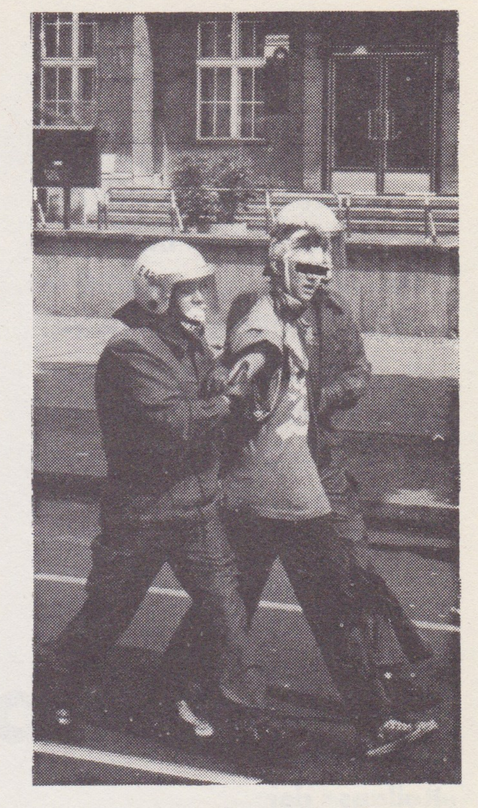
- *»Die Funktion politischer Justiz ist es, politisches Handeln, das das System angreift oder in Frage stellt zu entpolitisieren — in strafbares Verhalten umzudeuten und mit den Mitteln des Strafrechts zu verfolgen. Ziele, Absichten, politische Gründe und die politische Identität der 'TäterInnen' sollen außen vor bleiben, um sie als 'kriminell' abzustempeln, und um so Strafen leichter begründbar und durchsetzbar zu machen«* (aus *»Durch die Wüste«*)
- Wo greift eigentlich die Repression, was soll sie bewirken, wo können wir dem etwas entgegensetzen.
- Was heißt eigentlich Repression, was soll sie bewirken, wo können wir dem etwas entgegensetzen.
- Repression umfaßt nicht nur Festnahmen, Prozesse ... sondern auch physische, psychische und sexistische Gewalt. Eine Anti-Repressions-Arbeit, die sich nur auf den justiziellen Bereich beschränkt greift zu kurz.
- Aussageverweigerung
- Funktion der patriarchalen und Klassenjustiz

Anti-Repressions-Arbeit heißt für uns nicht nur mit den und für die Betroffenen eine breite Öffentlichkeit herzustellen und die materielle, sowie über RechtsanwältInnen, die juristische Unterstützung von Antifas, sondern auch und vor allem, daß aus den gemachten Fehlern, die die Kriminalisierung begünstigen, gelernt wird. (siehe hierzu auch *»Durch die Wüste«*, eine Broschüre von Menschen aus Anti-Repressions-Gruppen). D.h. beispielsweise, im Vorfeld von größeren Aktionen das für jeden politisch arbeitenden Menschen eigentlich vorauszusetzende Grundwissen über Verhalten gegenüber Bullen, Festnahmen, Aussageverweigerung ... immer wieder ins Gedächtnis zu rufen (was mensch so schön als *»Prävention«* bezeichnet).

Und dies nicht nur für Leute aus der 'Szene', sondern eben auch für Menschen aus den verschiedensten Antifa-Gruppen. Denn die durch die staatliche Repression angestrebte Individualisierung der Menschen kann nur durch eine solidarische und breit geführte Diskussion durchbrochen werden.

Trotzalledem (Vorsicht, jetzt kommt der obligatorische Schrei nach Geld...), wir brauchen die finanzielle Unterstützung. Ihr könnt ja schon mal sammeln gehen, im nächsten Info wird eine Kontonummer bekanntgegeben!





Festnahme eines Antifaschisten

Darüberhinaus versuchen wir politische Gruppen und Organisationen für *»Patenschaften«* für Gefangene zu gewinnen.

Sie sollen den Gefangenen neben der finanziellen Unterstützung (z.B. Geld für den wöchentlichen Einkauf) auch die persönliche Betreuung sichern, durch Briefe schreiben, besuchen... . Denn die Solidarität mit von Repression betroffenen Menschen darf nicht nach der Urteilsverkündung aufhören, sondern muß sich auch und erst recht zeigen wenn die Leute über mehrere Monate oder Jahre im Knast schmoren! Und immer wieder und nocheinmal:

Meldet Euch wenn Ihr von Festnahmen, Ermittlungsverfahren, Prozessen betroffen seid oder Zeuge seid, fragt 'rum in Eurem Bekanntenkreis - wir können Euch nur unterstützen wenn wir von Euch wissen, logisch. Meldet Euch mit folgenden Angaben wie Datum der Festnahme, Ort, Anlaß und Tat-Vorwurf, Verletzungen, Ermittlungsverfahren eingeleitet, evtl. Verurteilung und möglichst mit Namen und Kontaktadresse bei:

LENE c/o ANTIFA WESTBERLIN, Gneisenaustr. 2a, 1/61

oder telefonisch beim

ANTIFA-INFOTELEFON
(nur Samstags 16-20 Uhr)
692 15 99

Laßt Euch nicht erwischen!

Trag es aus im Sturmgebraus
Wenn der Staat bleibt bestehn,
könnt ihr alle zugrundegehn!
Ihr habt nichts zu fressen?
Wir brauchen die Kinder für Dortmund
und Essen,
für die Reichswehr und für die Büros -
und wenn ihr krepiert, dann sind wir
euch los!
(Kurt Tucholsky - » Die Leibesfrucht «)

Schon in den 70er Jahren drängte sich der »Pillenknick« und seine Auswirkungen verschärft in die öffentliche Diskussion. Den Regierungsparteien wurde schon damals Angst und Bange vor dem drohendem Mangel an »militärischem Verteidigungspotential« (sprich Soldaten) oder dem drohendem »Kollaps« der Rentenkassen. Gleichzeitig mußte die SPD/FDP-Koalition dem massiven Druck der §218 -Initiativen nachgeben und 1976 die »Indikationenregelung« für Abtreibungen verabschieden. Damals traten die ersten 'Lebensschützer'-Organisationen auf den Plan.

VORSICHT »Lebensschützer«

■ Spätestens seit der *»Wende«* 1982 wurde das öffentliche Geschrei gegen Abtreibungen lauter. Den Regierungsparteien machte die Abtreibungsfrage nicht mehr nur aus Gründen *»personeller Natoverpflichtungen«* oder *»Rentenzahlungsproblemen«* deutsch-*»nationale Sorge«*.

» Asylantenflut « und *» Überfremdungsangst«* waren die neuen Schlagwörter, mit denen weitere Verschärfungen der Ausländer/innen - und Flüchtlingsgesetze begründet wurden. Sie dienten gleichzeitig als Hintergrund der neuerlichen Diskussion um die Verschärfung des § 218 innerhalb der Regierungsparteien.

Die wachsende nationalistische und rassistische Stimmung innerhalb der bundesrepublikanischen Bevölkerung gibt den 'Lebensschützern' neuen Auftrieb. Mehr und mehr Organisationen setzen sich öffentlich aktiv und zum Teil militant für den Schutz des sogenannten ungeborenen Lebens ein. Auf Veranstaltungen agieren sie mit Filmen und Referaten vor zum Teil großem Publikum. Besonders katholische und evangelische Kirchentage nutzen sie als günstiges Szenarium für ihre Antiabtreibungspropaganda.

Sie verteilen Flugblätter, in denen sie gegen *»Babycaust«* (in Anlehnung an Holocaust) und *»gewissenlose Mörderinnen«* wettern — oder sie drücken uns bunte Hochglanzbroschüren in die Hand, von denen uns Föten in Überlebensgröße entgegenknallen. Darüberhinaus reichen ihre Aktionen von Glockengeläute für das *»ungeborene Leben«*, Pilgerfahrten und Gebeten vor Abtreibungskliniken, Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht bis hin zu Anschlägen auf Pro Familia Zentren in Hamburg und Bremen.

Passend dazu sind wir seit Frühsommer '89 mit Plakatwänden der CDU-Kampagne *»Mit Kindern leben«* konfrontiert. In Arztpraxen liegen Broschüren aus, in Zeitschriften, im Kino oder Fernsehen, können wir Fotos gucken von glücklichen (deutschen) Kindern und ihren Eltern. Damit einhergehende gesetzliche Neuerungen wie das Babyjahr oder die Anrechnung der Erziehungsarbeit von Frauen auf die Altersversorgung — durchaus positive (und eigentlich selbstverständliche) soziele Verbesserungen für Frauen — täuschen über das eigentliche Ziel der bundesrepublikanischen Frauen- und Familienpolitik hinweg. Tenor der Kampagne ist die Verglorifizierung der Mutterrolle und der deutschen Kleinfamilie.

Eine äußerst gefährliche Kampagne, weil ihr wirklicher Inhalt, nämlich :

Hinweis:

Vom 24. - 27. Mai '90 findet in Berlin-West erneut der Katholikentag statt. Dort wird sich dieses 'Lebensschützer'-Potential tummeln und Stimmung gegen uns machen. Wir sollten auf keinen Fall tatenlos zusehen!

Informationen zum Katholikentag sind zu bestellen unter der Tel.-Nr. 325 68 52 (Kirchentag von Unten)

'Deutsche Frauen! Produziert deutsche Kinder!' nicht offenliegt und nicht klar in Verbindung gebracht wird mit einer drohenden Verschärfung des § 218. Wir können und dürfen nicht die Augen davor verschließen, daß es sich hierbei um unterschiedliche Angriffe auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen handelt, die immer organisierter werden.

Das Spektrum der sogenannten Lebensschützer reicht von christlichen Gruppen über konservative bis ins harte faschistische Lager. Wenn es um den »Schutz des ungeborenen Lebens«, oder anders gesagt, um die Aneignung und Ausnutzung von Frauenkörpern geht, ziehen sie einhellig am gleichen Strang. Die Organisationen treten zwar alle als überparteilich und überkonfessionell auf, ideologische und personelle Verstrickungen mit bürgerlich-konservativen Parteien wie CDU/CSU bis hin zum Lager der 'Neuen Rechten' (siehe Artikel in diesem Heft) sind jedoch unübersehbar.

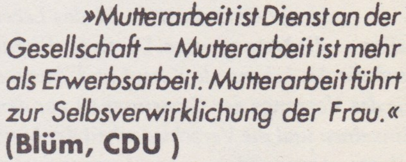
So wurde 1982 von der CDU eine interministerielle Arbeitsgruppe zum »Schutz des ungeborenen Lebens« eingerichtet. Es ging dabei um die verstärkte Propagierung der Mutterideologie, stärkere Förderung der deutschen Familie, sowie um entsprechende Öffentlichkeitsarbeit, um die Geburtenrate der Deutschen wieder steigen zu lassen. Die dort erarbeiteten Vorschläge entstanden mit Hilfe führender Vertreter der 'Lebensschützer' als Sachverständige. Genauso findet mensch deren Positionen in der Ideologie der **'Neuen Rechten'** wieder. In deren Ideologieblättern wie **'Mut'**, **'Nation Europa'** oder **'Elemente'**, von Konservativ übder die **'Republikaner'** bis hin zu **'FAP'** oder Kühnens ehemaliger **'Nationaler Sammlung'** (NS).

Uns geht es darum die ideologischen und politischen Hintergründe dieser bedrohlichen Allianz zu untersuchen und einen Einblick in organisatorische und personelle Verstrickungen der Abtreibungsgegner mit konservativen und rechtsradikalen Parteien und Organisationen zu geben.

Ideologischer Hintergrund

Die Gemeinsamkeit der verschiedenen 'Lebensschützer'-Organisationen zeigt sich als erstes in einem durch und durch patriarchalen Frauenbild, dessen wesentliche Grundlage der Biologismus ist. Die *»Unterschiede«* zwischen Mann und Frau werden als Wesensunterschiede bezeichnet. Sie sind *»biologisch«* (naturgegeben) festgelegt, bei den Kirchen *»gottgegeben«*, und gelten als unum-





»Mutterarbeit ist Dienst an der Gesellschaft — Mutterarbeit ist mehr als Erwerbsarbeit. Mutterarbeit führt zur Selbsverwirklichung der Frau.«
(Blüm, CDU)

»Frau und Mann sind im Fall gleicher Bedingungen und Anforderungen trotz ihrer Wesensunterschiede von gleichwertiger Tüchtigkeit in Leben und Beruf. Es ist jedoch insbesondere der Frau gegeben, durch Wärme und Hingabe ein Klima der Geborgenheit zu schaffen, in welchem Familie und Kinder gedeihen können. Hier liegt die besondere und von keinemHausmann oder Kollektiv erfüllbare Berufung der Frau.«
REP-Programm von 1987

»Wir verteidigen die besondere Aufgabe in Familie und Volk «
UCE - 'Vereinigung europäischer Bürgerinitiativen zum Schutz der Menschenwürde'

»Unsere kulturelle Welt wurzelt in einer biologischen Welt. Die Frau soll ihren Wesen gemäß ihre Aufgabe in ihrem Volk erfüllen, der Mann die Seine. Die Völker sollen in ihrer Region ihre Kulter leben. Erst das Zurückfinden in ihre völkische Identität bedeutet die Befreiung der Frau. Der angeborene Geschlechtsunterschied ist : - größere Variabilitätsbreite bei Männern, - Unterschiede in der Gehirnanatomie, - unterschiedliche Fähigkeiten«
Pierre Krebs, 'Neue Rechte'

stößlich. Die Gebärfähigkeit der Frau steht dabei im Mittelpunkt. Ihr gesellschaftlicher Nutzen macht sich an der Fähigkeit Kinder zu gebären fest. Daraus leitet sich der Zwang zum Gebären ab und die daran gekoppelte Rolle der Frau : *»Frau als Mutter, Hüterin der Familie und des Volkes«*.

Von Natur aus sind Menschen und Völker angeblich mit unterschiedlichen Eigenschaften und Trieben ausgestattet, denen sie sich nicht widersezten können und dürfen . Daraus abgeleitet sind der Nationalbegriff, in dem das *»Volk«* die Substanz bildet. Vermischung verschiedener Völker und deren »biologischer Erbanlagen« würden den Niedergang eines Volkes oder einer *»Rasse«* bedeuten, da sie gegen das Gesetz der »natürlichen Auslese« zwischen den Völkern verstößt. *»Natürliche Auslese«* heißt das Recht des Stärkeren den Schwächeren zu unterwerfen oder zu zerstören.

»Unser Grundsatz ... ist das Leben selber — die Naturgesetze. Die wesentlichen sind die des Lebens als Kampf und Auslese, die des Vorrangs der Gemeinschaft vor dem Einzelnen und die Verschiedenheit der Menschen untereinander ..., nicht nur zwischen den Rassen und Völkern, sondern vor allem zwischen den Geschlechtern.« (FAP)

Die deutsche Frau hat also die 'stolze' Aufgabe die *»Reinheit der Rasse«* zu gewährleisten, indem sie nur deutsche Kinder gebärt. Indem sie sich für die Familie aufopfert, sorgt sie gleichzeitig für die Stärke und das Wohl der eigenen Nation. Der Biologismus ist Erklärung und Grundlage für Frauenausbeutung und -verachtung , Nationalismus und Rassismus. Und er ist Grundlage für das daraus abgeleitete Recht des Stärkeren über den Schwächeren zu herrschen: des Mannes über die Frau, der nationalen geistigen Elite über das Volk, des *»Gesunden«* über den *»Kranken«* und *»der weißen Rasse«* über *»die schwarze«*.

Die mit Rassismus und Elitedenken durchzogenen Programme der 'Neuen Rechten' basieren also auf ihrer unterdrückerischen, sexistischen Frauenideologie, ohne die kein anderer Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit möglich wäre. Doch auch die bürgerlich-konservativen Kräfte lehnen sich an dieses Weltbild an. Es sei darauf hingewiesen, daß CDU-Politiker über den Geburtenrückgang deutscher Kinder ernsthafte Besorgung ausdrücken, jedoch gleichzeitig ausländischen Frauen unter anderem die finanzielle Unterstützung für Kinder verstärkt streichen. Deutschstämmige Aussiedlerfamilien sind erwünscht, weil sie, abgesehen von ihrer Arbeits- und Kaufkraft, laut Kohl viele deutsche Kinder in die BRD bringen. Der Kinderreichtum türkischer und arabischer Familien wird andererseits als soziales Problem beklagt. Einerseits plädiert die Regierung für den *»Schutz des ungeborenen Lebens«*



und gegen Abtreibung, andererseits sind in der BRD und Westberlin Zwangssterilisationen für ausländische Frauen derbe Realität.

Bürgerlich-konservative Kräfte verpacken ihre Propaganda natürlich vorsichtiger als die 'Neue Rechte'. Doch die völkisch-nationalistische Aufbruchstimmung in der BRD wird auch eine härtere Gangart in der Frauen und Familienpolitik nach sich ziehen. Erinnert sei an den Massenprozess gegen Frauen, die abgetrieben haben. Oder, ganz aktuell die Normenkontrollklage der bayrischen Landesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die soziale Indikation des § 218. Diese Klage wird begründet mit dem Druck der Basis (als Beispiel die katholische Gruppe 'Lebensrecht') und mit der aktuellen *»Wichtigkeit für die innerdeutsche Diskussion«* .

Die 'Lebensschützer'-Gruppen bereiten ein Klima vor, in dem Abtreibung als »abscheulicher Mord« verurteilt werden kann, ohne daß ein Entrüstungssturm über solche Diffamierungen ausbricht. Es ist uns nicht möglich ihre diver-

»Christliche« Organisationen

'Agnus Dei' - Kontaktadresse ist ein Kloster am Bodensee. 1985 traten alle Mitglieder aus der gesetzlichen Krankenkasse aus.

'Bewegung rettet das ungeborene Leben e.V.' - Veranstaltete unter anderem 1986 eine Großkundgebung in Bonn mit Mutter Theresa (3000 TeilnehmerInnen) die von CDU und Presse politisch unterstützt wurde. Außerdem verteilen sie Informationsschriften mit zum Teil völkisch-rassistischer Tendenz. Z.B. **Häussler, Alfred** : *»Die Selbstzerstörung Europas mit Pille, Sterilisation und Abtreibung«*. Die 'Bewegung' verbreitet vielfältiges Material, das zum Teil die christliche Moral für ihre Ziele mißbraucht. Sie ist stark öffentlichkeitswirksam.

'Fatima - Aktion 77' - Mitglied u.a. in der 'Bewegung für das Leben e.V.'

'Alfa'

'IGFM' (Internationale Gesellschaft für Menschenrechte), arbeitet mit Brückenorganisationen zum neofaschistischen Lager zusammen.

'Neue Bildpost' - Die Zeitschrift wird in und vor Kirchen verkauft (Auflage über 300. 000). Sie macht CDU-Werbung war aber in 70er Jahren Sammelpunkt für alle Befürworter einer vierten rechten Partei. Eines ihrer Redaktionsmitglieder ist **Ursula Zöller**, die vor einigen Jahren gegen die Barmer-Ersatzkasse wegen Abtreibungsfinanzierung klagte. Ihr Anwalt in dieser Sache, **Wolfgang Phillip**, war einer der Erstunterzeichner des *»Heidelberger Manifests«* (Gegen die *»Überfremdung«* durch AusländerInnen) Das Blatt ist allen rechtsgerichteten Autoren wie Löwenthal und Pachmann geöffnet.

'Evangelische Ärzteaktion' - eine Unterorganisation der **'Europäischen Ärzteaktion in den deutschsprachigen Ländern e.V.'**, mit dem Ziel christlich orientierte Ärzte zur Verweigerung legaler Abtreibung zu bringen und den Indikationsweg vor dem Abbruch zu erschweren.

'Pro Vita' - öffentlich anerkannter Träger der freien Jugendhilfe und nach eigenen Angaben Mitglied im 'Diakonischen Werk', Kontakte zu Siegfried Ernst, der am 'Pro-Vita'-Kongress in Rom 1980 teilnahm. **Holzgartner** (CSU) nahm am selben Kongress teil. Verglich als Vorsitzender des gesundheitspolitischen Ausschusses des CSU Abtreibung mit Massenmord in Auschwitz.Er war auch Teilmehmer an Kongressen der 'Europäischen Ärzteaktion'.

sen Organisationen klar voneinander zu trennen. Ihre Verbindungen untereinander sind fließend, vom christlichen bis zum faschistische Lager.

Organisationen, Kontakte, Methoden, und Argumente

Einige 'Lebensschschutzer' Organisationen arbeiten unter dem Dach der Kirchen, und werden von der Kirchenleitung zum Teil offizell unterstützt. Andere stehen rechts außerhalb der Kirche, benutzen jedoch die christlich orientierte Argumentationsweise in ihrer Öffentlichkeitsarbeit. Ihnen gemeinsam ist die Interpretation der Sexualität als Funktion zur Befruchtung der Eizelle. Von daher akzeptieren sie als Verhütungsmittel nur die Beobachtung der fruchtbaren Tage. Sogenannte Nidationshämmer (z.B. Spirale) gelten in ihren Augen als Abtreibungsmethode, da der Beginn des Lebens auf den Zeitpunkt der Befruchtung festgelegt wird.

Mit ihrem Gewissen nicht vereinbar ist ihre Mitfinanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch den gesetzlichen Krankenkassenbeitrag. Sie argumentieren mit Gottes Schöpfungswillen, dem Frauen nicht mit Abtreibung in die Quere kommen dürfen. Beliebter Argumentationsstrang (nicht nur der kirchkichen Gruppen) ist die Gleichsetzung von *»Holocaust«* gleich *»Babycaust«*.

Dazu ein Pastor in einer Bistumszeitung : *»1. Die Nazis haben ihren Massenmord immerhin noch mit einer Ideologie versehen. Es war nicht kaltherzige Ichsucht, wie etwa heute bei der Abtreibung. Diese Tötung aus rücksichtsloser Selbstsucht ist darum moralisch niedriger anzusetzen. 2. Nazis haben sich an unschuldigen Menschen ausgelassen, die weitgehend erwachsen waren und sich gegen das ihnen geschehene Unrecht empören konnten. Bei der Abtreibung zerstückelt, zerschneidet und erwürgt man ungeborene Kinder, die kein einziges Wort für sich sprechen ... können ... Die Charakterlosigkeit ist noch abgründiger als bei den Nazimördern. 3. Die Nazis haben ihre Untaten vor der Bevölkerung und der Umwelt zu verbergen versucht. Offensichtlich war ein Rest von Unrestbewußtsein geblieben. Abtreibung geschieht bei uns in aller Öffentlichkeit und unter Anschein des Rechts ... Die sich prostituierende Schamlosigkeit ist um Grade größer als bei den Nazis. 4. Die Nazis haben ihr unmoralisches Treiben mit einigen wenigen ihrer eingeschworenen Parteigänger getrieben. Das Gros der Bevölkerung blieb ausgeschlossen. Unsere Abtreibungspraxis ist so satanisch, daß man ihr der Mäntelchen der Gesetzlichkeit unhängt, und daß man sie vom ganzen Volk finanzieren lässt (Krankenkassenbeiträge und Steuern). Damit wird jeder mitschuldig gemacht ... Niemand von uns wird später sagen können, er habe von alldem nichts gewußt ...«*. (zitiert nach 'Der Spiegel' 7/'83)

Dieses Zitat zeigt ziemlich deutlich mit welchen Methoden von Abtreibungsgegnern Stimmung gemacht wird. Die Nazigreuel werden grob verharmlost, die Nazis moralisch verteidigt und die Massenmorde der deutschen Faschismus einigen wenigen in die Schuhe geschoben. Mit dem *»schlechten Gewissen«* der Deutschen aufgrund ihrer Geschichte versuchen sie gegen Abtreibung Politik zu machen. Wir denken dieses Zitat spricht für sich !

Politische Organisationen

In politischen Organisationen wird nicht durchweg der christlich orientierte Argumentationsschwerpunkt verfolgt. Hier tauchen vermehrt die Vergleichsschemata: Faschismaus, KZ, Euthanasie, Krieg, Massenmord, Völker-

'Neue Bildpost'- »Sonderdruck« vom Dezember '71 (s. a. Artikikel über Roeder S.29)

»Mit Dulden und Ducken sind wi

Der Revolutionär von der Bergstraße

Manfred R o e d e r, 42 Jahre, ist Rechtsanwalt. Er wurde in Berlin geboren und zog erst An- 'g 1971 in das Städtchen an Bergstraße, nicht weit von 'delberg.

r ist evangelischer Christ, sehr aktiver Christ. Er ist Mann von denkbar beschei- m Lebensstil. Seine Liebe rt dem einfachen Leben, m Leben auf dem Land, und würde viel lieber Maurer oder nzer sein als Rechtsanwalt.

Er hat ein Faible für deutsche Geschichte, er zitiert Lenin und Mao und die Bibel in einem Atemzug. Er ist ein beredter Mann, der keine Diskussion scheut, auch dann nicht, wenn er von vornherein weiß, daß er vor einem Publikum spricht, das n glatt auslacht.

Wenn man ihn in seinem Haus in Bensheim an der Bergstraße, Roonstraße 8, mit seiner Frau und seinen drei kleinen Kindern „Mensch ärgere dich nicht" spielen sieht, erinnert nichts, aber auch gar nichts an diesem Mann daran, daß er ein R e v o l u t i o n ä r ist.

Ein wild und manchmal verzweifelt Aufbegehrender, der nicht tatenlos zusehen will, wie sein Land einer Entwicklung zusteuert, die er als Christ, als Familienvater und als Bürger dieses Staates nicht verantworten kann.

Er kennt keine Angst, keine Furcht um seine Karriere. Er hat schon zahllose Anzeigen erstattet, hat wieder und wieder vor Gericht gestanden als Kläger, wurde abgewiesen.

Verbissene Kämpfe

Er schrieb böse Briefe an Willy B r a n d t, an Herbert W e h n e r, an den Bundespräsidenten, an alle Abgeordneten und forderte sie auf, der Unmoral kraft des Gesetzes ei Ende zu machen.

Er führte verbissene Kämpf um sein Recht, um das Rec dieses Volkes gegenüber ei ausufernden Unmoral.

Hat er Erfolg? — In der Ta er hat ihn. Zumindest, wen man weiß, daß die von ihm gegründete Deutsche Bürger-Initiative bislang rund 800 000 Mitstreiter gefunden hat. Menschen, die sich durch Unterschriftenaktionen mit ihm solidarisch erklärten.

Dabei will der Benshe' Rechtsanwalt weder eine r Partei noch etwas ähnlic gründen. „Unsere Aufgabe es, die Ameisen in den Ho der Mächtigen zu sein", m er.

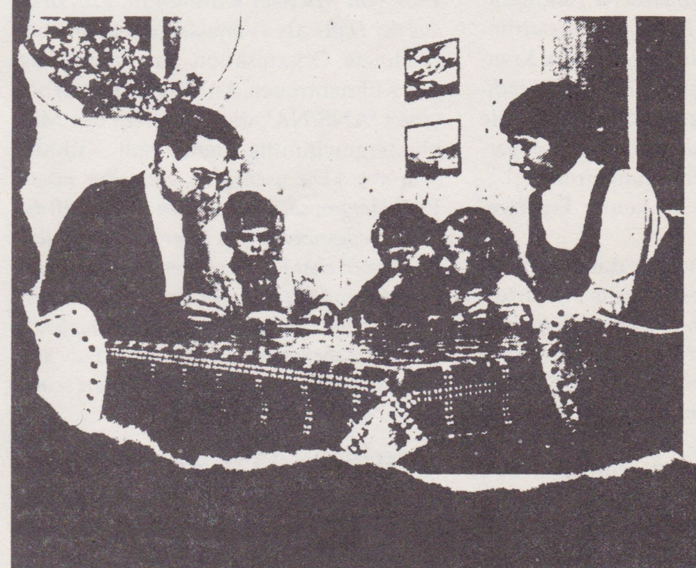
Manfred Roeder ist kein sp findiger Agitator hinter sei Anwaltsschreibtisch. Er g wenn es sein muß, auch auf Straße.

Auf der Offenbacher S messe veranstaltete er r sieben Frauen ein einsam „go in" und warf demonstra drei Farbbeutel gegen den E gang der Messe, um angekl zu werden und so die Justi zwingen, das Gesetz zu h haben.

Er beschmierte am hellich Tage die Kino-Schaukästen einen Porno-Film, aus dem chen Motiv.

Er bekommt nicht nur A gen wegen Sachbeschädi sondern auch Drohbriefe nächtliche Anrufe. Aber er nicht daran, klein beizu

Er opfert längst s samte Freizeit für dies stellt sein Haus G freunden zur Ver anstaltet Tagunge



mord = Abtreibung auf. Die Argumentation ist schärfer und aggresiver als in kirchlichen Organisationen. Beispiele für politische 'Lebensschützer'-Organisationen: **'Alfa'**, *'Aktion Ulm e.V.'* (identisch mit 'Europ. Ärzteaktion', s.unten) **'Aktion Leben e.V'** (Mitglied in 'Bewegung für das Leben e.V.') **'Bürgerinitiative für Recht und Ordnund'** (Mitglied in 'Alfa') **'Bewegung für das Leben e.V.' 'Aktion Lebensschutz'**, **'Europäische Ärzteaktion in den deutschsprachigen Ländern e. V.'** Im folgenden gehen wir auf vier dieser Organisationen genauer ein:

'Bewegung für das Leben e. V.' - In ihrem Infomaterial tauchen folgende Propagandaparolen auf:

- *»Abtreibung führt zum Kulturverfall und somit zur Vernichtung der Nation«*
- *»jedes 3. und 4. Kind in Deutschland wird liquidiert. Das kommt einem Genozid am deutschen Volke gleich«.*
- *»In jeder Generation stirbt ein Drittel der deutschen Bevölkerung aus«.*

Dies sind eindeutig völkisch - nationalistische Sprüche. Ein platter Antikommunismus kommt zusätzlich in folgenden Aussagen zum Ausdruck: *»Die kommunistischen Parteien unterstützen das Abtreibungsprogramm in den kapitalistischen Staaten, mit dem Ziel, den Zerfall dieser Systeme zu forcieren.«* Schwangerschaftsabbruch bedeutet für sie *»straflose Liquidierung ungeborener Kinder«*, Abbruchkliniken sind *»staatlich finanzierte Tötungsinstitute, in denen der Embryocaust stattfindet«*, *»durch die Mitgliedschaft in den Krankenkassen wird jeder zum Komplizen ärztlicher Killer«*. Sie gehen davon aus, daß die Frau durch ihren *»Zustand der Schwangerschaft«* in ihrer Entscheidungsfreiheit beeinträchtigt sei und zu keiner Eigenverantwortung fähig.

Die 'Bewegung für das Leben' ist Mitunterzeichner des Aufrufs zur Gründung der **'Wilhelmshafener Liste für Ausländerstop'**. Auf der Gründungsveranstaltung dieser 'Liste' am 14. 2. '82 unter dem Motto: *»Ausländerstop — Deutschland den Deutschen«*, traten unter anderem eine Reihe von Nazigrößen auf. Mitglied bei der *»Bewegung«* ist u. a. der Anwalt **Wolfgang Phillip**, bekannt für sein heftiges Engagement in Sachen Rassismus und völkischem Nationalismus.



Alt und neurechte Vorstellung von der »Stellung« der Frau in der Gesellschaft

Er dient als gutes Beispiel für das Zusammenspiel zwischen Rassismus und Sexismus.

Die finanzstarke Einrichtung ist Dachverband für viele Initiativen, z. B.: **'Aktion Leben e.V.'**, 'ALFA', 'Europäische Ärzteaktion e.V.', 'Fatima Aktion' und der **'Aktion Lebensschutz'** unter Führung von **Ingrid Weckert**

Die 'Aktion Lebensschutz' ist eine 1987 von **Michael Kühnen** im *»20. Brief aus der Haft«* als *»Vorfeldorganisation«* bezeichnete Organisation zur Sammlung der Kühnentreuen Anhänger der verbotenen **'ANS/NA'**, die vor allem der Mitgliedergewinnung dienen soll. Kühnen schreibt: *»Die wichtigste unter den neuen Vorfeldorganisationen werden in Zukunft die 'Volksbewegung gegen Überfremdung' unter persönlicher Führung von Kamerad Brehl und die vor allem gegen den Abtreibungsmassenmord an unserem Volk kämpfende 'Aktion Lebensschutz' unter der Führung von unserer Kameradin Ingrid Weckert sein«.* ('Die Neue Front', April '87)

Faschistische Organisationen

Die **'Aktion Lebensrecht für alle e. V.'**(ALFA) bezeichnet sich als bundesweite Bürger Initiative zum Schutz des menschlichen Lebens, insbesondere des ungeborenen Kindes. Sie konzentrieren sich vor allem auf diesen Bereich, da nach ihren Aussagen das menschliche Leben am häufigsten durch Abtreibung verletzt wird. Zu ihren Mitgliedern gehören viele Bundes- und Landtagsabgeordnete. Die heutige Bundesvorsitzende, Hedwig Seelentag, erhielt für ihre Arbeit bei 'ALFA' das Bundesverdienstkreuz! 'ALFA' wird von den Kirchen unterstützt. Des weiteren unterhalten sie internationale Verbindungen zu 'Lebensschutzorganisationen', z. B. in die USA.

Vierteljährlich erscheint ihre Publikation - der **'ALFA -Rundbrief'**, in dem aktuelle Diskussionen (z. B. Gentechnologie), Berichte über öffentliche Aktionen und auch *»Hilfsaktionen«* für schwangere Frauen ihren Platz haben. Sie machen Überzeugungsarbeit bei FrauenärztInnen gegen Abtreibungen und treten ansonsten mit ihrer Propaganda hauptsächlich auf Kirchentagen auf. Sie verfolgen, wie alle anderen Abtreibungsgegner auch, das Ziel, die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch die Kassen aufzuheben. In ihren Publikationen sprechen sie von *»Kinderholocaust«*, von der »Mutter, vor der das Kind geschützt werden muß«. Und gleichzeitig wird die Mutterrolle glorifiziert.

'ALFA' verfügt seit 1980 über eine Jugendorganisation, die **'Jugendarbeitsgemeinschaft für das Leben'** (JAL). Ebenso ist 'ALFA' seit 1980 Dachorganisation der **'Bürgerinitiative für Recht und Ordnung'** (BRO), deren Gründer **Axel Heinzmann** mit **Karl-Heinz Hoffmann** ('Wehrsportgruppe Hoffmann') zusammenarbeitete. Die BRO dient als Brückenorganisation zwischen 'Lebensschützern' des ultrakonservativen und des neofaschistischen Lagers.

Die **'Europäische Ärzteaktion e.V.'** - ist Mitglied in der 'Bewegung für das Leben e.V.'. Ihr Vorsitzender ist Dr. Siegfried Ernst und ihre Zeitung heißt **'Medizin und Ideologie'** (Auflage ca. 10.000). Diese 'Ärtzteaktion' unterhält gute Kontakte zu allen europäischen Antiabtreibungsgruppen und der amerikanischen **'Pro Life-Bewegung'**. Sie führen hauptsächlich Kongresse durch auf denen bekannte Persönlichkeiten des Braunzonenspektrums aus Kirche, CDU/

CSU und Wissenschaft vertreten sind. Unter anderem **Otto von Habsburg** (CSU), Präsident der **'Paneuropaunion'** (siehe Antifa-Info Nr. 10), und außenpolitischer Berater der Hans Seidel Stiftung (CSU).

Habsburg ist Autor in faschistischen Organen, wie der **'Nationalzeitung'**, als auch in *»Brückenorganen«* wie z.B. **'Konservativ heute'** (jetzt 'Criticon'). Dr. Holzgartner (CSU), siehe unter 'Pro Vita', **Hans Maier** (CSU), Autor in Ideologieblättern der 'Neuen Rechten' wie **'Mut'** und **'Criticon'** und wissenschaftlicher Beirat der Hans-Seidel-Stiftung. **Christa Meves**, bekannte Autorin von zahlreichen rechten bis faschistischen Publikationen. Mit Vorliebe referiert sie — in pseudowissenschaftlicher Manier — über *»Geburtenschwund aus psychologischer Sicht«*, z.B. für die **'Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung'** (*»Wissenschafts«*-zirkel der Neuen Rechten) des Faschisten **Jürgen Rieger**. Diese Organisation spricht gezielt die herrschenden Schichten und die Ärzteschaft an.

In dem Organ der 'Ärtzteaktion' — 'Medizin und Ideologie' — sind viele Aufsätze neurechts, nationalistisch, antidemokratisch, antikommunistisch und rassistisch. Viel von *»Volk«* ist darin die Rede. Es geht um die moralische Aufrüstung des *»abendländischen Europas«*. Zitat: *»Ein Volk und seine Regierung, die der jungen Generation kein Ziel mehr geben können für das es sich lohnt zu leben und notfalls auch zu sterben, eine Nation ohne verbindliches Leitbild wird sinnlos«* ('Medizin und Ideologie', Juli'82). Und es passiert auch schon mal, daß von der Abtreibungssituation im *»freien Teil Deutschlands«* die Rede ist.

Der Vorsitzende der 'Ärtzeteaktion, Siegfried Ernst, war zumindest bis 1973 enger Duz-Freund des Nazis **Manfred Roeders** (s. Ausschnitt aus 'Neue Bildpost' S.) und beteiligte sich an dessen *»Aktion Porno-Stop«*. Er hatte 1980 eine Klage wegen Beleidigung am Hals, weil er den DGB mit der 'NSDAP' verglich. Der DGB unterstütze *»Verbrecherbanden«* mit seiner Forderung nach *»Modellzentren zur Erleichterung der Abtreibung«*. Das Verfahren wurde in 2. Instanz eingestellt.

Seine Beiträge werden über außerordentlich viele 'Lebensschützer'-Organisationen verbreitet, und viele Fäden dieser Organisationen laufen bei ihm zusammen. Er gilt als 'Kopf der Bewegung, ist Alterspräsident der **'Europäischen Landessynode Württemberg'** und ständiger Autor in 'Medizin und Ideologie'. Er vertritt offen völkisch nationalistische, rassistische und sexistische Positionen, die seine Nähe zur 'Neuen Rechten' klar erkennen lassen.

»Wenn man die sogenannte Friedensbewegung nach dem Motto 'Frieden schaffen ohne Waffen' — insbesondere in Zusammenhang mit dem Evangelischen Kirchentag verfolgt, so wird man unwillkürlich an das Geschrei aus dem 3. Reich erinnert: 'Wollt ihr den totalen Krieg?'. Nur heißt es diesmal umgekehrt: 'Wollt ihr den totalen Frieden?'. Aber der 'totale Frieden' ist in Wirklichkeit ein Friede ohne Freiheit, ohne Glaube, ohne Gott! Er steht darum auf einer Ebene mit dem totalen Krieg gegen Gott und Menschen.« (Entnommen aus seiner Rede 1981 vor dem Landesparteitag der CDU in Ba.Wü., abgedruckt in 'Medizin und Ideologie', August '81). In einem Brief an Genscher (auch in dem o.a. Blatt abgedruckt) nimmt er zu umfassenden Fragen des Rassismus Stellung:

»... Warum propagieren Sie ... nicht eine 'Befreiungsbewegung' mit Gewalt, Terror und Partisanenkrieg als natürliches Recht für unsere Deutschen in der DDR?« (denn die Grenze zwischen DDR und BRD bedeutet seiner Meinung nach *»Apartheid«*). Und die FDP habe kein Recht, sich moralisch über Südafrika zu entrüsten, *»denn die Schwarzen in Südafrika haben zwar noch nicht alle Rechte, sie besitzen aber im Gegensatz zu uns, das wichtigste aller Rechte, das 'Recht auf Leben' bereits als ungeborene Kinder .... Wo ist hier wirklich Rassismus? Etwa bei denen in Südafrika, die das ungeborene schwarze und weiße Baby durch das Strafgesetz in seinem Lebensrecht immer noch schützen oder bei denen, die seine Liquidierung fordern?«* (Anm.: In Südafrika ist Abtreibung verboten).

Ernst bedauert, daß das Verbot von sexuellen Beziehungen zwischen Schwarzen und Weißen aufgehoben wurde. Begründung: *»Wenn es irgendwo eine Herrenrasse und eine ihr unterlegene Rasse gab, waren die Frauen die Sexsklavinnen der Männer dieser Herrenrasse. In Südafrika schützte man sie vor dieser Ausbeutung, auch wenn es nicht immer gelang.«*

An der Person des Dr. Ernst und seiner 'Ärzteaktion' macht sich die Verbindung von konservativem Lager und 'Neuer Rechte' besonders deutlich. Es geht uns selbstverständlich nicht darum Abtreibung als unwichtigen kleinen Eingriff zu verharmlosen. Viele von uns Frauen kennen die quälenden psychischen und körperlichen Probleme und Schmerzen, die damit verbunden sind. In unserer heutigen lebensfeindlichen Gesellschaft — geprägt von sozialer und ökonomischer Not, Kinderfeindlichkeit und Frauenverachtung und -ausbeutung ist Abtreibung jedoch oft das einzige oder gar letzte Mittel für und Frauen, um nicht unterzugehen.

Von daher muß der Kampf gegen Abtreibungsgegner und Abtreibungsverbot natürlich den Angriff auf die Grundfeste dieser patriarchalen kapitalistischen Verhältnisse als Ursache unserer Zwangssituation als Frauen miteinbeziehen.

Wir wollen verdeutlichen wie logisch die verschärften Angriffe auf die Selbstbestimmung von Frauen zusammenpassen mit der neuerlichen völkisch-nationalistischen und rassistischen Politik der BRD-Regierung. Die Verschärfung des § 218, genauso wie der gesamten Lebenssituation von Frauen in der BRD (z.B. neues Ausländergesetz, anwachsende Arbeitslosigkeit besonders von Frauen) rückt in bedrohliche Nähe.

Kampf gegen Faschismus muß heute heißen: Kampf gegen den verschärften sexistischen Angriff auf Frauen — gegen Deutsch-Nationalismus und gegen Rassismus!

Für die Abschaffung des § 218 ! Für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen weltweit !

Für Menschen aus außereuropäischen Ländern gelten in der Bundesrepublik Sondergesetze. Die sogenannten Ausländergesetze verbieten diesen Menschen mit den gleichen Rechten hier zu leben, wie die übrige Bevölkerung. Elementare Grundrechte wie Meinungsfreiheit, Reisefreiheit, selbständige Auswahl des Arbeitsplatzes und das Wahlrecht werden ihnen grundsätzlich verweigert. Aus der rechtlichen Ungleichheit ergibt sich zwangsläufig die gesellschaftliche Schlechterstellung. Ausgrenzung und Diskriminierung werden durch die staatliche Gesetzgebung legitimiert und begünstigt. Die durch die Ausländergesetze verordnete Hirarchie ist eine Grundlage für Ausländerfeindlichkeit und Rassismus.

Forderungen der 'Republikaner'

»Ausländergesetz«

werden zu offizeller Regierungspolitik

■ Die geplante Neufassung des *»Ausländer*-Raus-*Gesetzes«* ist nur ein Teil der sich ständig zuspitzenden Situation für ImmigrantInnen und Flüchtlinge. Mit dem Argument, daß die Bundesrepublik kein Einwanderungsland und das *»Boot schon voll«* sei, wurde jahrelang die Totalabschottung gegen außereuropäische Menschen begründet. Aus- und ÜbersiedlerInnen hingegen wurden mit offenen Armen empfangen, weil sie der antikommunistischen Hetze einen willkommenen Auftrieb gaben.

Angesichts der frischen *»deutschen«* Arbeitskräfte und der ungeahnten Möglichkeiten eines Großdeutschlands haben Menschen aus außereuropäischen Ländern, die vor Jahren zum Arbeiten hergeholt wurden, für die Herrschenden ihre Funktion erfüllt. Frei nach dem Motto »der Mohr hat seine Schuldigkeit getan«, werden die AusländerInnen jetzt aus dem Land getrieben.

Innenminister Schäuble und Konsorten hoffen, angesichts der wuchernden Deutschtümelei, das neue Ausländergesetz ohne nennenswerten Widerstand durchsetzen zu können. Spucken wir ihnen in die Suppe! Diese Gesetzesvorlage und seine nationalistischen Propagandisten haben nur einen Platz verdient: den Müllhaufen der Geschichte.

Die z.Zt. geltenden Ausländergesetze von 1965 sind die nahtlose Fortsetzung der ausländerrechtlichen Verordnungen aus der Nazizeit. Die Ausländerpolizeiverordnung von 1938 war das Instrumentarium zur Errichtung der absoluten Verfügungsgewalt und Rechtlosigkeit von AusländerInnen.

Es ging darum, ausländische Arbeitskräfte beliebig zur Verfügung zu haben und im Kriegsfall die innere Sicherheit zu gewährleisten. Die Nazis benötigten zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft und zur Verwirklichung ihres Welteroberungsprogrammes mehr Arbeitskräfte als in Deutschland zur Verfügung standen. Vor allem Frauen aus Osteuropa wurden unter barbarischen Bedingungen deportiert und zur Arbeit in der deutschen Rüstungsindustrie gezwungen.

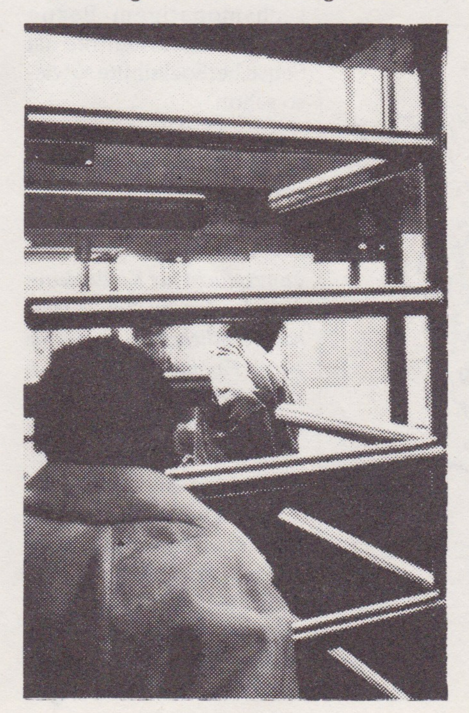
Die faschistische Kontinuität der heutigen Bundesrepublik zeigt sich u.a. daran, daß diese ausländerrechtliche Verordnung von 1938 als Grundlage für die Ausländergesetze von 1965 dienten.



Trotz der sprachlichen Kosmetik ist das nationalsozialistische Gedankengut unschwer erkennbar. Beispielsweise sind die *»wichtigen Belange des deutschen Reiches und der Volksgemeinschaft«* nur in »erhebliche Belange der Bundesrepublik« umgeändert worden.

Nach wie vor orientiert sich die Ausländerpolitik an der Nützlichkeit der ausländischen Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt. Die zig Gummiparagraphen und Kannbestimmungen ermöglichen den Behörden, die Erteilung von Aufenthalt- und Arbeitserlaubnissen an ausländische Arbeitskräfte der Situation auf dem Arbeitsmarkt anzupassen. Dementsprechend sind auch die Ausweisungsgründe flexibel handhabbar.

Um zu gewährleisten, daß sich nur solche ausländischen Arbeitskräfte hier aufhalten, die den Herrschenden auch genehm sind, wurde mittels der Auländergesetze ein ausgeklügeltes System der staatlichen Überwachung und Kontrolle geschaffen. Alle ImmigrantInnen und Flüchtlinge sind verpflichtet, regelmäßig und ausführlich über ihre Wohn- Arbeits- und Lebensverhältnisse Rechenschaft abzulegen. Bei der Asylantragstellung haben Flüchtlinge genaueste Angaben über politische Organisationen, Mitglieder, Aktivitäten, Fluchtwege etc. zu machen. All diese Daten werden beim Verfassungsschutz, Abteilung Ausländerüberwachung in Köln gespeichert.



Um die jahrelang gemachten Erfahrungenen und in der Praxis schon angewendeten Maßnahmen rechtlich abzusichern, will die Bundesregierung im April oder Mai das neue Ausländergesetz verabschieden. Der Entwurf dafür wurde bereits von Innenminister Schäuble vorgestellt. Der von jetzt 55 auf 102 aufgeblähte Gesetzesentwurf, macht es jedem Nichtjuristen schier unmöglich, den Begriffsdschungel zu entwirren.

Dahinter steckt die Absicht, jegliche Übersicht und Klarheit zu beseitigen, damit bloß niemand zu einer Aufenthaltsverfestigung gelangen kann. Während in Öffentlichkeit behauptet wird, daß dieses Gesetz mehr Rechtssicherheit bietet, wurden in Wahrheit die Ermessensentscheidungen der Behörden noch ausgeweitet. Hier einige Auszüge:

Verschärfungen bei der Einreise

- Um in die BRD zu gelangen, benötigen alle AusländerInnen einen gültigen Paß und ein Visum, welches bei der bundesdeutschen Botschaft zu beantragen ist die. Die Erteilung des Visums kann laut Entwurf ohne Angabe von Gründen verweigert werden. Somit besteht keine Möglichkeit mehr, daß Visum bei Nichterteilung einzuklagen.

- Die Grenzbeamten können Menschen trotz gültigem Visum zurückweisen, falls der *»begründete Verdacht besteht, daß der Aufenthalt nicht dem begründeten Zweck dient«*.

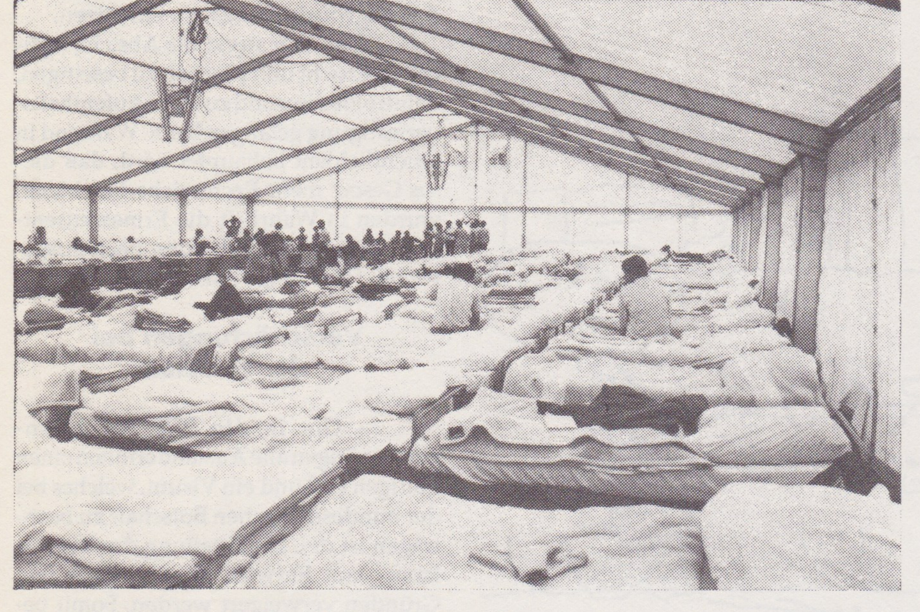
Diese Paragraphen lassen den Botschaften und Grenzern freie Hand bei ihren Entscheidungen. Erstmals werden Verdachtsmomente , die durch nichts zu beweisen sind, zur rechtsstaatlichen Handlungsgrundlage gemacht.

- Die bisher halblegale Praxis der Zurückweisung an der Grenze in ein Drittland anstatt in das Herkunftsland, wird jetzt legalisiert.

Verschärfungen beim Aufenthalt:

- Der Aufenthalt, der für die Herrschenden zum Problem gewordenen 300.000 De-facto Flüchtlinge, wird neu geregelt. Als De-facto Flüchtlinge werden die Flüchtlinge bezeichnet, deren Asylanträge aufgrund der repressiven Asylgesetzgebung abgelehnt wurden. Sie können aber wegen der Verhältnisse im Herkunftsland nicht abgeschoben werden (nach der Genfer Füchtlingskonvention, die die BRD 1951 unterzeichnete)

Die sogenannten De-facto Flüchtlinge werden hier nur geduldet aufgrund unterschiedlicher Abschiebestoppregelungen in einzelnen Bundesländer (Duldung heißt Aussetzung der Abschiebung für ein Jahr ohne Recht auf Daueraufenthalt) Diese unterschiedlichen Praktiken und damit auch einen gewissen Spielraum soll untersagt werden. Zukünftig werden Entscheidungen bezüglich eines



Abschiebestopps zentral in Bonn, vom Innenminister getroffen.

Die Ausländerbehörden entscheiden nicht mehr selbst über Abschiebung, Duldung oder die neueingeführte Aufenthaltsbefugniß für Flüchtlinge (Aussetzung der Abschiebung für zwei Jahre, die nach achtjähriger Bewährungszeit in einen Daueraufenthalt münden kann). Dadurch wird es z.b. für Flüchtlingsiniativen unmöglich vor Ort

Abschiebestoppregelungen gegenüber der Behörde durchzusetzen. Außerdem bedeutet die einheitliche Abschiebestoppregelung, daß im Zuge der allgemeinen *»Ausländer-Raus Politik«*, die relativ »großzügigen Regelungen« des Westberliner Senats der rabiaten Abschiebepraxis Bayerns angepasst wird.



- Massive Verschlechterungen enthält der Entwurf für die Flüchtlinge; die durch eine Länderregelung einen gesicherten Aufenthaltstitel, die Aufenthatlserlaubnis, erhielten. (Altfallregelung von Kewenig 87 und Pätzold 89). Dieser Status soll aberkannt werden und stattdessen die wesentlich schlechtere Aufenthaltsbefugnis. erteilt werden.

Dieser Aufenthaltstatus kann von Innenminister Schäuble widerrufen werden und die Abschiebung angeordnet werden, wenn er befindet, daß sich die Lage im Herkunftsland geändert hat. Dadurch werden diese Flüchtlinge wider in Unsicherheit gehalten um sie in einem politisch günstigen Moment eiskalt abzuservieren.

- Der Aufenthaltstitel der hier lebenden Immigranten ist in der Regel die Aufenthaltserlaubnis. Die Voraussetzungen die, zur Erteilung erfüllt sein müssen, werden wesentlich verschärft: nach sechsmonatigem Bezug von Arbeitslosenhilfe ist Sense, bei Sozialhilfe sowieso schon.

Die Voraussetzung des *»ausreichenden Wohnraums ist erheblich verschärft worden. In Verbindung mit der Aufenthaltsgenehmigungspflicht für Kinder kann diese Forderung zum aufenthaltsrechtlichen Fallbeil für die ganze Familie werden. Auch kann der Familiennachzug verweigert werden, wenn kein ausreichender Wohnraum«* vorhanden ist.

Die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt spitzt sich immer mehr zu. Aus dem Rennen fliegt wer die falsche »Volkszugehörigkeit« hat. Unzählige Hausbesitzer erklären mittlerweile ganz offen, daß nur an Deutsche Wohnungen vergeben werden. Ausländische Menschen haben kaum noch die Möglichkeit eine anständige Wohnung zu bekommen.

Gewinner aus dem Andrang nach Wohnungen sind die Vermieter. Bei Neuvermietung werden gleich 20% auf den Altpreis aufgeschlagen. Die Steigerungsrate bei den Altbaumieten liegt 78% über der der Lebenshaltungskosten. In Westberlin gibt es ca. 30.000 Obdachlose.

- die Aufenthaltsberechtigung ist der sicherste Aufenthaltsstatus, der nach 8 Jahren erteilt werden kann. Besonders Jugendliche der 2. Generation erhielten diesen Titel. Jetzt soll er nur dann erteilt werden, wenn 5 Jahre versicherungspflichtig gearbeitet wurde. Menschen, die seit der Geburt hier leben, sind theoretisch von Abschiebung bedroht weil sie angeblich nicht zum deutschen Volk gehören. Diese Maßnahmen bewegen sich ganz im Fahrwasser der reaktionären und völkischen Politik dieses Staates.

Sollte der Gesetzentwurf verabschiedet werden sind vor allem diejenigen von den Bestimmungen betroffen und bedroht, die keine Aufenthaltsberechtigung besitzen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes hatten 1988 33 % (= 147.930) eine befristete Aufenthaltserlaubnis, 29,1 % (= 130.790) eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis und nur 10,2 % (= 45.880) eine Aufenthalsberechtigung.

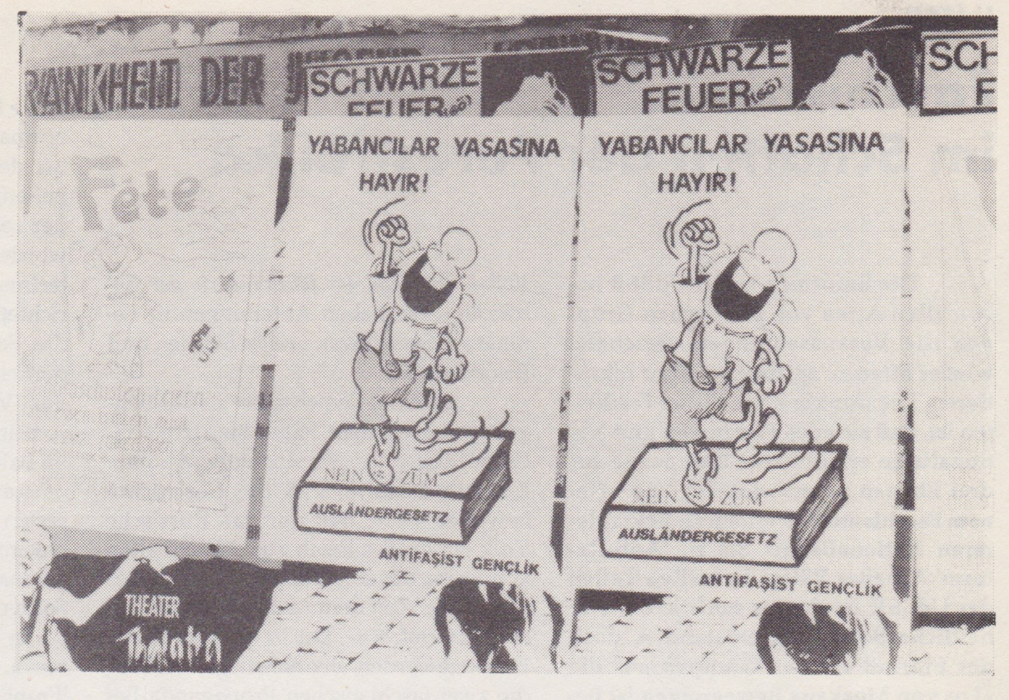
Politische Betätigung

Das Ausländergesetz von 1965 kann die politische Betätigung von AusländerInnen untersagt werden, wenn *»sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik«* es erfordern, bei Abwehr von Störungen der öffentlichen Ordnung oder bei Beeinträchtigung der politischen Willensbildung. Diese Punkte sind im Entwurf im wesentlichen übernommen worden und um einige Verbotsgründe erweitert.

Die politische Betätigung kann untersagt werden, wenn sie dem *»außenpolitischen Interesse«* der BRD zuwiderläuft. Wenn z.b. IranerInnen gegen das Terrorregime im Iran hier demonstrieren, kann dies mit dem Argument des Zuwiderlaufen des außenpolitischen Interesse verboten werden. Bekanntermaßen hat die BRD die besten Handelsbeziehungen zum Iran.

Weiter heißt es in dem Entwurf, daß die politische Betätigung untersagt werden, wenn das friedliche Zusammenleben von Deutschen und AusländerInnen gestört wird. Wenn z.b. Menschen aus nicht europäischen Ländern gegen den hier unter Deutschen weit verbreiteten Rassismus demonstrieren, kann das ver-

sagt werden mit obiger Begründung.

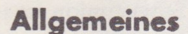


Ausweisungsgründe:

-Bislang war die Bestreitung des Lebensunterhaltes durch Sozi ein Ausweisungsgrund. Laut Entwurf ist der Bezug von Sozi nur für Krankenversorgung schon Ausweisungsgrund.

- der Gebrauch von Drogen kann jetzt als Ausweisungsgrund genügen ohne das eine strafrechtliche Verurteilung vorliegt.

- Geltendes Recht bestimmt, das eine gerichtlich angeordnete Fürsorgeerziehung bei Straftat oder Verwahrlosung zur Abschiebung führt.Laut Entwurf kann die Ausweisung jetzt schon bei freiwilliger Inanspruchnahme wie, Jugendwohngemeinschaften, Pflegefamilie angedroht werden.



Allgemeines

-Erstmals wird gesetzlich festgeschrieben, daß Behörden wie Arbeitsamt, Meldestelle, Finanzamt, Sozial-und Jugendamt und Paßbehörde der Ausländerbehörde regelmäßig und unaufgefordert persönliche Daten übermitteln sollen.Diese lückenlose Überwachung von AusländerInnen läßt erahnen was demnächst auf uns alle zukommt.

- Neu eingeführt wird die strafrechtliche Verfolgung von Versteckaktionen um AusländerInnen vor Abschiebung zu schützen. Zukünftig soll diese Solidarisierung mit einer Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit einer Geldstrafe bestraft werden. Damit steigt die Angst solche Aktionen zu unterstützen.

- Vor allem die Republikaner haben sich mit der Forderung nach der Einführung des Schweizer Rotationsprinzip für ausländische Arbeitskräfte hervorgetan. So sollen bei Bedarf ausländische Arbeitskräfte angeworben werden, die beliebigen räumlichen und zeitlichen Beschränkungen unterliegen und nach Erfüllung des Aufenthaltszweckes sofort wieder auszureisen haben. Ihnen soll von vorneherein die Möglichkeit genommen werden ihren Aufenthalt zu verfestigen.

Besonders in der Landwirtschaft oder auf dem Bau wird über Arbeitskräftemangel geklagt. Kein Wunder, bei den dort herrschenden miesen und menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen und schlechter Bezahlung. Vor allem für diese Branchen sollen ausländische Menschen als billige und rechtlose Arbeitskräfte angeworben werden. Auch im Hinblick auf kommende Streicks sollen diese Menschen als Streickbrecher eingesetzt werden oder Mißachtung von gesundheitlichen Bestimmungen z.B. in der Atomindustrie.

Derzeit laufen Verhandlungen mit der polnischen Regierung über ein Arbeitskräfteheer von jährlich 10.000 Menschen, die im Bedarfsfall zur *» Verfügung gestellt «* werden sollen.

Mit diesem Rotationsprinzip sollen auch jegliche Renten- Kranken und Arbeitslosenversicherungen für diese Menschen entfallen. Die Folgeerscheinungen und Nachwirkungen aufgrund des Verschleißes durch Arbeit soll das Herkunftsland tragen.

Rechtradikale Ideologie ist längst nicht mehr *»exotische Ansicht«* von Rechtsaußen. Sie ist mittlerweile offizielle Regierungspolitik und wird von den Herrschenden immer offensiver in die Praxis umgesetzt.



UdSSR

Faschisten im Schatten der Perestroijka

Die Reformen in der UdSSR haben allen Arten von politischen Gruppen die Voraussetzungen verschafft wieder offen zu agitieren und zu rekrutieren. Die dunkle Seite dieser Freiheiten ist, daß sie auch Faschisten und Nationalisten erlaubt eine Kampagne auf drei Ebenen zu entwickeln: Von offenem Faschismus, zu einem respektablereren Nationalismus bis zu 'Anti-Reform' Arbeiter Räten. In weiten Teilen der UdSSR ist daraus noch keine einheitliche Bewegung entstanden, doch der Einfluß solcher Gruppen auf die »Los von Moskau« Bewegungen ist beträchtlich.

Ein Beispiel ist die national-faschistische Gruppe 'Pamyat' (Erinnerung), die inzwischen ein deutlich sichtbares Zeichen dafür ist, in welcher Art und Weise sich der Nationalismus, zusammen mit Antisemitismus zu einer Ideologie gegen die Perestoika verbindet. So berichteten jüdische Abgeordnete des Sowjetischen Parlamentes, daß während der Tagung des Obersten Sowjets, ihr Hotel von 'Pamyat' Mitgliedern belagert worden ist. Diese forderten den Rücktritt der jüdischen Parlamentsmitglieder und die Polizei schritt nicht gegen die Faschisten ein. Auch in Leningrad nahmen antisemitische Überfälle in den letzten Monaten zu, so wurden u.a. ein Kulturbeauftragter ermordet, wobei die Täter auf seiner Weste einen Davidsstern hinterließen und ein jüdischer Mediziner wurde von Männern erstochen, die Ku Klux Klan Roben trugen.

In der Ukraine, in Belorussland, in Aserbaidschan, in den baltischen Republiken, im Kaukasus und auch in Russland sammeln sich unter den Menschen, die mehr Eigenständigkeit fordern auch Faschisten. Ihre Namen sind verschieden 'Otechestvo' (Vaterland), 'Patriotische Union', 'Union der spirituellen Erneuerung des Vaterlandes', doch ihre Ziele sind die gleichen.

Zur Verdeutlichung ihrer Arbeitsweise ist die 'Otechestvo' ein gutes Beispiel. Gegründet mit viel Rückendeckung der konservativen Presse, fordern sie *»Rückkehr und Entwicklung der Schätze spiritueller und materieller Kultur unseres Volkes im Laufe der Jahrhunderte der Geschichte«*. Sie haben Abteilungen in Leningrad, Sverdlovsk und in Sibirien und Belorussland.

Obwohl sie sich selbst als Studiengruppe bezeichnen, haben sie klare politische Ziele. Ihr Vorsitzender Apollon Kuzmin erklärte, daß die Geschichte bewiesen habe, daß nur das Russische Volk ein großes Reich zusammenhalten könne und das es so bleiben werde und es nun an der Zeit dem *»ausländischen Kapital zu widerstehen«*. Das ist auch ihre neue Parole geworden, eine naheliegender Weg die zwei faschistischen Propaganda-Bestandteile zusammenzubringen: Internationaler Kapitalismus und Internationales Judentum. Doch Kuzmin bestreitet anti-semitisch zu sein, aber die Fakten können das nicht ausräumen. Zwei Jahre zuvor z.B. beschuldigte die 'Otechestvo' in Sverdlovsk ein lokales Theater mit den Worten von einer *»zionistischen Verschwörung gegen die russischen Klassiker«*.

Viel wichtiger jedoch sind die engen Bindungen dieser Studiengesellschaft mit der 'Pamyat'. Beide wurden von der selben Organisation gegründet, der 'Allrussischen Gesellschaft zur Erhaltung von Historischen Denkmälern' (VOOPliK).

Der stellvertretende Vorsitzende der 'VOOPliK' war Vorsitzender der ersten 'Otechestvo'-Konferenz und die Postadressen der beiden Organisationen sind die selben. Auch die 'Union für die spirituelle Erneuerung des Vaterlandes' hat 'Pamyat' Unterstützer unter sich, wie Vera Bryusova, die die sowjetische Führung als *»jüdisches Denk Zentrum«* bezeichnet hatte.

Die Bedeutung dieser zweiten Ebene der Strategie ist, durch einen scheinbar wissenschaftlich begründeten Nationalismus und Faschismus von Akademikern, Journalisten, Partei-Arbeitern und Soldaten respektiert zu werden . Während die 'Pamyat' das Fußvolk organisiert, wenden sich diese Gruppen an höhere Schichten der Gesellschaft. So nahmen zwei Generäle an der Gründung der 'Otechestvo' teil und einer ihrer Vorsitzenden ist Aleksander Autskoi, ein dekorierter Kriegsheld für seinen Einsatz in Afghanistan.

'Arbeiter-Front'

Die 'Arbeiter-Fronten' bilden die dritte Ebene. Ihr vorgegebener Grund ist normale Arbeiter zu vertreten und ihnen bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu helfen, tatsächlich sind sie von Personen der rechtsextremen Parteien gegründet worden, um entäuschte slawische ArbeiterInnen zu gewinnen. Ihre Kampagne richtet sich generell gegen Reformen und die Forderungen von ethnischen Minderheiten im speziellen. Unter der Fahne der 'Vereinigten Front der russischen Arbeiter', sind Gruppen in Russland und im Baltikum, Moldavien und Tadjikistan entstanden. In Leningrad waren ihre ersten AktivistInnen zwei unrühmlich bekannte Konservative: der abgesetzte ehemalige Chef der örtlichen Partei, Yuri Solovev und die Anti-Semitin und als Stalin Anhängerin geltende Nina Andreeva. Doch die stärksten Erfolge dieser 'Front' sind da zu verzeichnen, wo die russischen ArbeiterInnen in der Minderheit sind und sich benachteiligt fühlen.

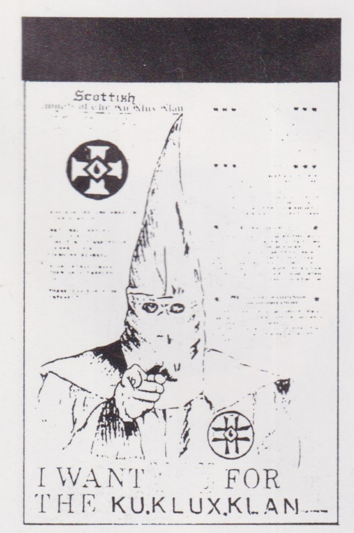
Die Sowjetunion ist in der Krise zahlreiche Republiken versuchen aus der UdSSR auszuscheiden, das Essen ist in einigen Teilen Rußlands rationiert. Die umliegenden Republiken sind gegen die slawische Bevölkerung eingestellt und das drückt sich oft in blutigen Überfällen aus. Ein Armee-General warnte kürzlich davor, daß die UdSSR ein zweites Libanon werden könne, falls die Kämpfe sich ausweiteten. Hungrig, wütend, und desillusioniert blicken viele russische ArbeiterInnen um sich und suchen nach Sündenböcken. Die Faschisten haben einige parat: *»Die Intellektuellen, die ethnischen Minderheiten und hinter allem der internationale jüdische Kapitalismus und ihre Marionetten im Kreml«*. Durch Nationalismus, so ihre Botschaft, die Beherrschung und Ausbeutung *»niedriger Völke «* und die absolute Diktatur, könne Russland wieder stark werden. Diese Bewegungen sammeln sich nicht nur unter der russischen Nationalflagge, sondern auch wieder unter dem Banner des alten Zarenreiches.

Belgien

Nazi-Treffen vereitelt

■ **Eine Kampagne der Anifaschistischen Front Antwerpen hat zum Verbot einer internationalen Versammlung von Faschisten in der Stadt geführt.** Dieses Ereignis wurde unter dem Namen der 'VBJ', der Jugendorganisation der faschistischen Partei **'Vlaams Blok'**, angemeldet und sollte im Kulturzentrum der Stadt vom 3. 3. bis 4. 3. '90 stattfinden. Doch AntifaschistInnen enttarnten die Veranstaltung, als in Wirklichkeit von der Hardliner Gruppe des 'Vlaams Blok', dem **'Voorpost'** organisiert. Die Faschisten erwarteten hunderte von Teilnehmern des rechtsextremen Spektrums aus ganz Europa und vertrauenswürdigen Informationen zu Folge hätte das auch die **'Republikaner'** und die französische **'Front National'** mit eingeschlossen.

Desweiteren sind in den Ardennen beim Fort Aubin-Neufchateau acht Leute unter dem Verdacht verhaftet worden zu einer paramilitärischen Organisation anzugehören. Obwohl ihre Namen nicht veröffentlicht worden sind, gab die Polizei bekannt, daß einige der Verhafteten aus Holland und der BRD stammen.



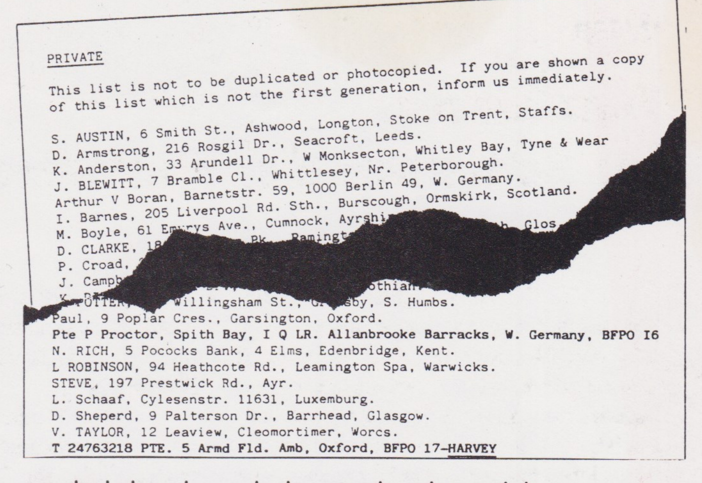
Frankreich

Razzia

■ **Neunundvierzig Mitglieder und Unterstützer der militanten faschistischen Partei 'PNFE' (Parti Nationaliste et Europeen) sind in eine Razzia im Februar in Frankreich festgenommen worden. Die 'PNFE' unterhält seit langem gute Kontakte zur Kühnens 'FAP'.**

Die Durchsuchungen, die zweite ihrer Art, fanden im Zusammenhang mit einer Serie von mörderischen Bombenanschlägen gegen Büros der Zeitung 'Globe' und Unterkünften von EmigrantInnen statt. Bei der letzten Aktion wurden vier Polizeibeamte, Mitglieder der rechts-extremistischen Polizei-*»Gewerkschaft«* 'FPIP', verhaftet. Diese Organisation, die viele Polizisten vertritt, hat ihre Mission so umschrieben: *»All das Wissen des Berufes zu nutzen, um unsere Ideen siegen zu lassen«*. Kürzlich ist herausgekommen, daß sie eine Spezial Gruppe gebildet haben, um bei der Linken und AntifaschistInnen zu spionieren - für ihre Korrespondenz benutzen sie das Siegel der SS.

Ihr Chef, **Serge Lecanu**, ist nun wegen der Bombenanschläge verhaftet, doch die Gruppe ist weiterhin intakt. Die französischen Behörden sprechen davon, daß die 'FPIP' von 7% der Polizisten unterstützt werde, doch ihr Netz scheint wesentlich breiter zu sein. Einer der angeschuldigten Attentäter verkündete öffentlich *»ich habe gewußt, daß die Durchsuchungen kommen«* und der Tip von einem nicht genannten Bullen habe es ihm ermöglicht ein großes Waffenarsenal bei Seite zu schaffen. Genauso wie unter Polizisten sammelt die 'PNFE' Mitglieder aus Skinhead Bands, wie **'Legion 88'**, **'Front 242'** und **'Bunker 84'**, die auch bei einer Anzahl blutiger Übergriffe gegen EmigrantInnen beteiligt waren.


PRIVATE

This list is not to be duplicated or photocopied. If you are shown a copy of this list which is not the first generation, inform us immediately.

S. AUSTIN, 6 Smith St., Ashwood, Longton, Stoke on Trent, Staffs.
D. Armstrong, 216 Rosgil Dr., Seacroft, Leeds.
K. Anderston, 33 Arundell Dr., W Monksecton, Whitley Bay, Tyne & Wear
J. BLEWITT, 7 Bramble Cl., Whittlesey, Nr. Peterborough.
Arthur V Boran, Barnetstr. 59, 1000 Berlin 49, W. Germany.
I. Barnes, 205 Liverpool Rd. Sth., Burscough, Ormskirk, Scotland.
M. Boyle, 61 E[redacted]
D. CLARKE, 18[redacted]
P. Croad, [redacted]
J. Campb[redacted]
[redacted] Willingsham St., [redacted]sby, S. Humbs.
Paul, 9 Poplar Cres., Garsington, Oxford.
Pte P Proctor, Spith Bay, I Q LR. Allanbrooke Barracks, W. Germany, BFPO I6
N. RICH, 5 Pococks Bank, 4 Elms, Edenbridge, Kent.
L ROBINSON, 94 Heathcote Rd., Leamington Spa, Warwicks.
STEVE, 197 Prestwick Rd., Ayr.
L. Schaaf, Cylesenstr. 11631, Luxemburg.
D. Sheperd, 9 Palterson Dr., Barrhead, Glasgow.
V. TAYLOR, 12 Leaview, Cleomortimer, Worcs.
T 24763218 PTE. 5 Armd Fld. Amb, Oxford, BFPO 17-HARVEY

Mitgliederliste des englischen Ku Klux Klan, Teil des internationalen Nazinetzes (aus Searchlight)

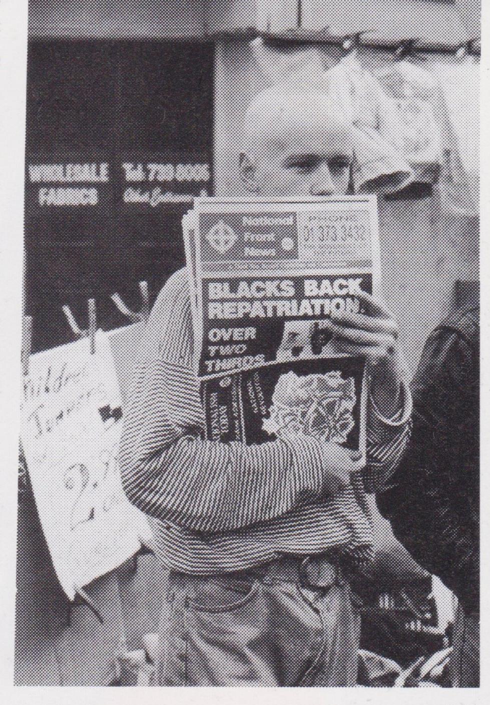
England

Neuerliche Terrorpläne aufgedeckt

■ **Britische Faschisten planen mit Unterstützung aus mehreren anderen Ländern für die 90er Jahre Terroranschläge, die einen Krieg zwischen den verschiedenfarbigen Bevölkerungsgruppen provozieren sollen. Zudem ist in England (und wohl auch in anderen Ländern) eine Liste von Angriffszielen erstellt worden, die im Frühjahr dieses Jahres in die Tat umgesetzt werden sollte.**

Auf der Liste stehen bekannte Antifaschisten, Leute aus den Medien, Akademiker, ein Polizist, Politiker, sowie Personen aus dem Umfeld der Nazis, von denen sich diese verraten fühlen.

Wie die britische Antifa-Zeitung "Searchlight" enthüllt, trafen sich zur Jahreswende führende internationale Faschisten in London. Es handelte sich um Vertreter aus den USA, Europa und Asien. Gestört wurde die Zusammenkunft durch die Verhaftung bewaffneter Faschisten in Belgien. In Belgien und Frankreich waren schon in den Monaten zuvor Waffen von Faschisten beschlagnahmt worden. Schlüsselfiguren in der Vorbereitung einer neuen Terrorwelle der Nazis sind die Briten **Colin Jordan** (ehemaliger Führer der National Front) und **Keith Thompson** von der rechtsextremen **'League of St.George'**.



heraus zum revolutionären

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

1. MAI